

Wortprotokoll/Protokoll

der öffentlichen Sitzung
des Schulausschusses

Sitzungsdatum: 05. Januar 2016
Sitzungsort: Hamburg, im Rathaus, Kaisersaal
Sitzungsdauer: 17:02 Uhr bis 20:49 Uhr
Vorsitz: Abg. Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE)
Schriftführung: Abg. Karin Prien (CDU)
Sachbearbeitung: Claudia Kuhlmann

Tagesordnung:

1. Drs. 21/2099 Feststellung des Senats über das Zustandekommen der Volksinitiative „Guter Ganzttag für Hamburgs Kinder“ (Bericht Senat)
2. Drs. 21/2292 Bericht über die Haushaltsentwicklung sowie die Entwicklung der Hamburger Steuererträge und Schulden zum 3. Quartal 2015 (Bericht Senat)
- Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Kulturausschuss, der Stadtentwicklungsausschuss, der Europaausschuss, der Familien-, Kinder- und Jugendausschuss, der Verfassungs- und Bezirksausschuss, der Ausschuss Öffentliche Unternehmen, der Verkehrsausschuss, der Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien, der Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration, der Ausschuss für Justiz und Datenschutz, der Ausschuss für Sport und Olympia, der Ausschuss für Umwelt und Energie, der Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung, der Gesundheitsausschuss, der Innenausschuss und der Schulausschuss sind mitberatend. -
3. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE)
Abg. Sabine Boeddinghaus (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Matthias Czech (SPD)
Abg. Barbara Duden (SPD)
Abg. Astrid Hennies (SPD)
Abg. Dora Heyenn (fraktionslos)
Abg. Hildegard Jürgens (SPD)
Abg. Karin Prien (CDU)
Abg. Jens-Peter Schwieger (SPD)
Abg. Richard Seelmaecker (CDU)
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein (FDP)
Abg. Dr. Alexander Wolf (AfD)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Hendrikje Blandow-Schlegel (SPD)
Abg. Stephan Gamm (CDU)
Abg. Uwe Giffei (SPD)

III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Behörde für Schule und Berufsbildung

Herr	Senator	Ties Rabe
Herr	Landesschulrat	Thorsten Altenburg-Hack
Herr	Senatsdirektor	Dr. Hannes Alpheis
Herr	Senatsdirektor	Rainer Schulz
Frau	Wiss. Angestellte	Susanne Junge
Frau	Wiss. Angestellte	Nicole Schuback
Frau	Ltd. Regierungsdirektorin	Uta Köhne
Frau	Wiss. Angestellte	Dr. Sibylle Reichmann
Herr	Ltd. Regierungsdirektor	Dr. Christoph Bohlen
Herr	Regierungsdirektor	Jan Woelky

IV. Auskunftspersonen

Die Initiatoren der Volksinitiative „Guter Ganzttag für Hamburgs Kinder“

Frau Christina Dwenger
Frau Manja Scheibner
Herr Gerd Kotoll
Herr Jörg Kleine

V. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Claudia Kuhlmann

VI. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

ca. 70 Personen

Zu TOP 1

Vorsitzende: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie alle ganz herzlich zur ersten Schulausschusssitzung des Jahres 2016. Ich wünsche allen auch ein frohes neues Jahr, hoffe, dass wir ein gesundes, friedvolles Jahr haben, das vor uns liegt. Das letzte war ja nicht so ganz einfach.

Und heute als Allererstes auf der Tagesordnung haben wir die Drucksache 21/2099, Feststellung des Senats über das Zustandekommen der Volksinitiative „Guter Ganztag für Hamburgs Kinder“. Das ist eine Senatsmitteilung, und gemäß Artikel 50 Absatz 2 der Hamburgischen Verfassung erhalten die Initiatoren und Initiatorinnen die Gelegenheit, ihr Anliegen vorzutragen. Und damit begrüße ich auch zunächst ganz herzlich die Initiatorinnen und die Initiatoren dieser Initiative, Herrn Kotoll, Frau Dwenger, Frau Scheibner und Herrn Kleine. Und ich begrüße auch ganz herzlich von der Behörde für Schule und Berufsbildung Herrn Senator Rabe, Herrn Altenburg-Hack, Herrn Dr. Alpheis, Herrn Schulz, Frau Junge, Frau Schuback, Frau Köhne, Frau Dr. Reichmann, Herrn Dr. Bohlen und Herrn Woelky.

Ich möchte gerne kurz erläutern, wie diese Anhörung beziehungsweise die Erläuterung der Initiatorinnen und Initiatoren vor sich geht. Zunächst ein Hinweis noch. Sie sehen, dass die Medien noch hier sind. Sie dürfen am Anfang der Sitzung noch da sein, werden dann aber, wenn die PowerPoint, die Sie hier alle schon sehen können, beziehungsweise die erste Folie ... werden sie den Saal dann verlassen. Es ist so, die Medien ... hier dürfen dann keine Bildaufnahmen mehr gemacht werden.

Dann ist es so, dass wir ein Wortprotokoll erstellen wollen, denke ich einmal. Das macht wohl Sinn. Dann ist es so, dass zuerst die Initiative das Wort erhält, erläutern kann, was ihr Vorhaben ist, was ihre Forderungen sind. Dafür hat sie eine PowerPoint-Präsentation (**Anlage**) mitgebracht. Dann werden wir als Mitglieder des Ausschusses Rückfragen stellen, Sie werden sie wieder beantworten, und das Ganze geht so lange, wie Sie das für richtig halten. Sie müssen die Gelegenheit bekommen, und das wollen wir auch gerne, dass Sie Ihr Anliegen in Gänze erläutern können, möglichst aber Wiederholungen vermeiden. Es sind ja durchaus auch Rückfragen, die auch wichtig sind. Wenn Sie dann sagen, Sie haben alles erläutern können, dann mache ich einen Schnitt, und dann eventuell, wenn die Zeit schon weit fortgeschritten ist, machen wir einmal eine kurze Pause, eventuell dauert es ja auch gar nicht so lange. Das werden wir ja sehen. Jedenfalls erhält der Senator danach auch noch das Wort. Es wird dann selbstverständlich einen Bericht an die Bürgerschaft geben, und dieser Bericht an die Bürgerschaft wird auf die Tagesordnung der Doppelsitzung am 20. und 21. Januar 2016 dann auch erscheinen. Das heißt, in nicht allzu langer Zeit ist es dann bürgerschaftlich tatsächlich auch soweit erst einmal abgeschlossen, das Verfahren.

Ich möchte noch einen Hinweis geben an die Öffentlichkeit. Beifallsbekundungen oder auch Missfallensbekundungen sind nicht erlaubt, das heißt, Sie sind herzlich eingeladen zuzuhören, sich auch Notizen zu machen, aber sich nicht da weiterhin zu äußern in irgendeiner Art und Weise.

Ich hoffe, damit sind alle Fragen geklärt soweit, auch zum Ablauf, und dann möchte ich die Initiatorinnen und Initiatoren ganz herzlich um das Wort bitten. Es gibt immer so ein Mikrofon, da gibt es eine Taste, dann müssen Sie auch wieder loslassen, wenn jemand anderes redet, sonst kommt es zu Störungen beim Funkverkehr, sozusagen. Okay. Frau Scheibner, nehme ich an, wird zuerst das Wort ergreifen. Richtig?

Frau Scheibner: Muss ich da ständig drauf rücken? Das mache ich nicht so häufig.

Ja, genau, mein Name ist Manja Scheibner, ich bin eine der Vertrauenspersonen der Initiative, ich habe einen Sohn, der ist in der dritten Klasse in einer GBS-Schule. Ich bin

darauf angewiesen, ich bin berufstätig, ich bin auf eine Betreuung angewiesen. Es ist also kein ... Das mache ich nicht, weil ich es besonders gut finde, sondern weil ich es brauche. Ich sehe bei unserem Standort, dass die Erzieherinnen und Erzieher sich sehr, sehr viel Mühe geben, aber wirklich an ihre Grenzen geraten, was die Bedingungen betrifft. Und ich sehe auch, dass es kein Ort ist für Kinder, an dem sie ihre Freizeit verbringen sollten. Deswegen versuche ich das auf ein Mindestmaß zu reduzieren und bin auch dieser Initiative letztendlich beigetreten oder unterstütze sie auch als Vertrauensperson.

Vielen Dank erst einmal für die Einladung in den Schulausschuss. Wir freuen uns sehr, dass wir dazu einmal etwas sagen dürfen, nicht über Presse. Wir vermissen ein bisschen die BASFI heute Abend, weil wir denken, dass es ja an sich auch ein ganz wichtiges Thema ist, was die Jugendhilfe betrifft. Und Ganztage ist ja nun einmal eingeführt worden auch, weil Jugendhilfe und Schule miteinander kooperieren sollten und diesen Ganztage gestalten sollten. Und das ist allerdings auch das, was unsere Wahrnehmung ist, dass die Jugendhilfe so nach und nach hinten rüber kippt und die Schule das Gewicht bekommt und damit auch gewichtet wird auf formeller Bildung, auf Leistung.

Das ist wirklich schade, das ist bedauerlich, es ist aber auch bedenklich. Ich möchte daher gerne diese Präsentation beginnen mit einem Zitat der UNICEF bezüglich der Lebensbedingungen von Kindern. 2013 ist diese Studie erschienen, das war ja nun auch das Jahr, in dem der Ganztage flächendeckend eingeführt wurde, insofern ist das vielleicht ganz interessant.

Ich muss es vielleicht nicht vorlesen. Oder doch? „Offenbar fehlt es vielen Kindern in Deutschland an einem positiven Selbstwertgefühl. Es ist die Aufgabe der Erwachsenen, Kindern die Möglichkeit zu eröffnen, den Glauben an sich selbst zu entfalten. Mädchen und Jungen brauchen Freiräume, um sich im Spiel mit anderen Kindern eigenständig zu entwickeln. Dazu sollten wir ihnen in und außerhalb der Schule genügend Platz lassen. Dies sollte künftig bei allen politischen Anstrengungen für Kinder bedacht werden.“

Der Ganztage wurde ja eingeführt einerseits, um Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen, und andererseits aber ja auch, um Chancengleichheit für Kinder herzustellen. Das sollte besonders für die Kinder ein Gewinn sein, die sonst in der Gesellschaft hinten runterfallen. Wir hatten das ja ... Es gab ja nun über Jahre bewährte Hortpädagogik, und das sollte nun allen Kindern zugutekommen.

Nun wurden damals, als der Ganztage eingeführt wurde, ja bereits Mängel deutlich oder es gab einige Initiativen, die bereits Dinge angemahnt haben, die so keine Qualität liefern lassen oder die zumindest ... – Jetzt funktioniert es gerade nicht, es ist immer das Gleiche. Genau. Jetzt. – Diese Initiativen, Gewerkschaften, Bündnisse, Elterngremien haben sich dafür eingesetzt, dass der Ganztage gut gestaltet wird, dass auch Dinge, die damals schon kritisiert wurden, eingebracht werden, damit es Verbesserungen gibt. Es gab ja auch einige Verbesserungen. Der Schlüssel wurde dann deutlich, na ja, deutlich, aber er wurde ein bisschen verbessert von 1:25 auf 1:23.

Es gab Gespräche darüber, es gab runde Tische, die gibt es auch immer noch, es gab damals interessanterweise einen Pädagogischen Beirat, der wurde nach der ersten Sitzung dann aber auch gleich wieder abgeschafft, war wohl zu anstrengend. Es gab Demonstrationen, öffentliche Anhörungen, da können sich ja die meisten wahrscheinlich noch dran erinnern.

Mehr oder weniger verliefen diese Dinge alle ergebnislos. Und damit komme ich auch zu dem Ursprung unserer Initiative. Und damit sich niemand wundern muss – Herr Rabe hatte das einmal in einem Interview erwähnt, dass er sich schon wundert, was es so für Initiativen gibt –, haben wir das noch einmal so aufgebröseln und müssen sagen, wenn all diese Möglichkeiten ergebnislos bleiben, dann haben wir für uns beschlossen, für unsere Kinder

einzutreten, weil, sie haben nur eine begrenzte Kindheit. Das heißt, es nützt unseren Kindern definitiv nichts, wenn sich erst in 10 oder 20 Jahren etwas ändert, es muss sich jetzt etwas ändern.

Nun ist es ja mit diesen Unterschriften so gewesen, dass es ja sehr einfach war, die zu sammeln. Also 15.000 waren es am Ende. Und leider gibt es in diesen Unterschriftenlisten keine Kommentarfunktion, kein Kommentarfeld, das wäre vielleicht für Sie ganz interessant gewesen, warum die Menschen unterschreiben. Deswegen möchte ich gerne einmal ein paar Menschen zitieren, die hinter dieser Initiative stehen, die sie unterstützen, um ihnen auch ein bisschen Gehör zu verleihen.

Jörg Kleine sitzt praktischerweise gerade neben mir, er kann direkt selbst etwas dazu sagen.

Herr Kleine: Ja, mein Name ist Jörg Kleine, ich habe zwei Kinder in Hamburger Schulen, ein Kind ist schon an einer weiterführenden Schule, das andere geht auf eine gebundene Ganztagschule. Ich bin seit 2009 aktiv im „Bündnis für Hortbetreuung“. Was für mich jetzt so ein Schlüsselerlebnis war vor etwa anderthalb Jahren, das war, dass mein kleiner Sohn, der begeistert Fußball gespielt hat, eben so k.o. aus der Schule kam, weil da einfach Rückzugsmöglichkeiten und Ruheräume fehlten, dass er mich gebeten hat, ihn vom Fußballtraining abzumelden, obwohl es ihm eigentlich wahnsinnig viel Spaß gemacht hat. Aber es war ihm einfach zu viel, nach diesem Achtsturentag in der Schule dann noch irgendwie zum Fußball zu hetzen und, ja, da eben wieder funktionieren zu müssen. Der wollte einfach raus aus der Gruppe, der wollte nur noch seine Ruhe haben.

Das ist für mich auch eine Motivation gewesen, mich hier doch stärker zu engagieren, obwohl es mich – der ist mittlerweile in der vierten Klasse – so intensiv nicht mehr betreffen wird.

(Frau Scheibner: GTS-Schule.)

– Ja, eine GTS-Schule, gebundene Ganztagschule. Hatte ich gesagt.

Frau Scheibner: Ja, ein anderer interessanter Beitrag war von Nils L., er ist Gruppenerzieher, Vertretungsförderlehrer, Vater eines Sohnes an einer GBS-Schule. Er sagt: „Guter Ganztags braucht einen höheren Betreuungsschlüssel, ist für beide Professionen zu niedrig. Dieser Punkt ist mir am wichtigsten und betrifft alle Ganztagsmodelle. Das ist meine Meinung als Vater, Lehrer und Erzieher.“

Jörg G., auch Vater eines Sohnes in einer GTS-Schule, sagt: „Schule wird in Hamburg leider weder aus Sicht der Kinder noch mit Blick auf sie gedacht. Ganztags in Hamburg begann ganz billig und hat sich inzwischen auch nicht wirklich verbessert. Kurzfristiges Sparen zulasten unserer zukünftigen Gesellschaft.“

Aus Nord eine Stimme von Michael K., seine Kinder sind in GBS: „Guter Ganztags braucht gute Betreuung und gute Betreuung braucht mehr Erzieherinnen und Erzieher. Mit dem derzeitigen Betreuungsschlüssel ist eine gute Betreuung nicht zu realisieren. Ein Erzieher allein kann keine Angebote für 23 Kinder machen. Er kann sich auch nicht um sie kümmern, um alle 23 gleich, weder beim Übergang aus der Schule in den Nachmittag noch beim Mittagessen oder in der Lernzeit. Kinder brauchen in der Schule einen Ort, wo sie sich wohlfühlen, wo sie sich austoben können, wo sie aufgefangen werden. Und dafür braucht es Menschen, die für sie da sind. Ein einzelner Erzieher reicht dafür bei 23 Kindern nicht aus. Wir brauchen mehr in allen Nachmittagsgruppen, damit gute Betreuung und damit guter Ganztags endlich Realität werden.“

Ulrike D., Mutter von zwei Kindern und Unternehmerin, sagt, auch aus Nord: „Es ist beschämend, dass Hamburg als eine der reichsten Städte Europas jene mit reiner

Misstandsverwaltung beschäftigt, die sich eigentlich der Bildung und Betreuung unserer Kinder widmen sollten. Viel beschämender noch, was Hamburg bereit ist, seinem Nachwuchs an Kindheit übrig zu lassen.“

Aus Wandsbek Christina Dwenger.

Frau Dwenger: Wenn Hamburg sich einen Ganzttag leistet, dann muss es auch ein wirklich guter Ganzttag sein, denn hierin liegt eine ganz große Chance für all die Kinder, die ansonsten nämlich bei uns benachteiligt sind. Hamburg ist eine der Städte, die führend darin ist, Kinder auf der Strecke zu lassen in der Entwicklung.

Frau Scheibner: Nico F., sie arbeitet auch im Bereich GBS, hat drei Kinder in GTS, die vorher in GBS waren: „Kinder sind die Generation von morgen. Und auch wenn sich das Umfeld und ihre Bedürfnisse verändern, was sie ständig brauchen, ändert sich nie: Die Liebe, Bindung, Zeit, Verbindlichkeit, Spielen, Lernen und Leben. Der Zeitraum Kindheit ist nicht die Vorbereitung auf das Leben, sondern das Leben selbst. Von Peter Rosegger.“

Dann haben wir Mitte, Claudia W., zwei Kinder, ist Ihnen ja bekannt: „Ich unterstütze die Initiative, weil sie meines Erachtens den Finger in die Wunden des Ganzttagssystems legt: Kooperation, Räume, Personal und Essen. Ganzheitliche Bildung muss eine hohe Qualität haben, und Qualität bekommt man nicht, wenn sich Schulen nach einer zu kleinen Decke strecken müssen.“

Aus Bergedorf Helmut S., der 25 Jahre als Sonderschullehrer in einer Integrationsklasse arbeitete, sagt: „Ein guter Ganzttag braucht kleinere Gruppen und ausreichend qualifiziertes und gut bezahltes Personal, auch für die Inklusion. Heilerzieher/innen und Sonderpädagogen/innen müssen am Nachmittag zur Verfügung stehen. Die Kinder brauchen viel mehr Rückzugsräume, wie sie im Hort üblich waren. Sie kommen sonst zu wenig zur Ruhe.“

Gabi G., auch aus Bergedorf, spricht das Thema Essen an: „In der heutigen Gesellschaft ist das gemeinsame Essen leider in den Hintergrund gerückt, aus verschiedensten Gründen. Umso wichtiger ist es, dass den heutigen Schülern wieder eine gemeinsame Essenskultur nahegebracht wird. Die Einnahme sollte daher von Schülern und Lehrern gemeinsam eingenommen werden, und dies in einer angenehmen Atmosphäre. Eine gesunde, regionale und frisch zubereitete Mahlzeit sollte für alle Kinder in Hamburgs Schulen möglich sein und werden, um auch schon den Kleinsten die gemeinsame Einnahme von Mahlzeiten näherzubringen.“

Und aus Harburg haben wir noch Gerd Kotoll.

Herr Kotoll: Mein Name ist Gerd Kotoll, ich bin 44 Jahre alt, habe zwei Kinder, die mittlerweile beide in GTS-Schulen untergebracht sind, waren vorher in GBS, wobei ein Kind, das jüngere, dort nicht teilgenommen hat, das haben wir dann eben in der Familie betreut nachmittags. Meine Anmerkung dazu ist, dass es vor allem die fehlenden Investitionen sind in Bildung und Ausbildung unserer Kinder, die eben heute nicht geleistet werden und die uns in Zukunft doppelt und dreifach teuer zu stehen kommen werden. Es ist für mich ein Armutszeugnis, wie wenig Bereitschaft hier offensichtlich herrscht, um Kinder und Familien zu fördern und so zu entlasten, wie es notwendig wäre.

Frau Scheibner: Sie sehen, das sind alles Stimmen von Eltern, Lehrern, Erziehern, die beispielhaft hier genannt worden sind. Das sind alles Dinge, die wir auch auf der Straße gehört haben von all diesen Menschen, die das unterschrieben haben, und noch aus ganz vielen anderen Ecken. Das sind Menschen, die den Blick auf das Kind und vom Kind her bewahrt haben, weil sie natürlich selbst entweder mit ihnen arbeiten oder selbst Eltern sind, Kinder haben, und das ist auch das, was wir letztendlich anprangern. Es geht darum, den

Blick auf das Kind und vom Kind in den Fokus zu richten, und nicht immer nur um Effizienz oder sparen.

Natürlich ist uns auch klar, man muss die Kosten im Blick behalten. Dabei möchten wir aber gerne noch einmal darauf hinweisen, dass der Ganzttag in Hamburg nicht eingeführt wurde, weil Eltern oder gar Kinder das gefordert haben, sondern weil dieser Senat das für richtig hielt, und deshalb muss er diesen Bedürfnissen der Kinder nun auch entsprechen.

Welche Bedürfnisse sind das? Das ist jetzt meine letzte Folie zu diesem Thema. Da könnte man sich ja selbst mal daran zurückerinnern, wie war denn Ihre Kindheit, wie war meine Kindheit, an was erinnere ich mich, was war mir wichtig, was hat mich gestärkt oder was waren vielleicht auch Dinge, die einfach anders hätten laufen müssen. Was brauchen Kinder in ihrer Kindheit? Was macht die Kindheit aus? Freundschaften, sich nützlich machen, mitentscheiden, Geborgenheit finden bei Personen, die ihnen Zeit widmen, auch die Welt entdecken, Fehler machen dürfen, Menschen um sich haben, die einen nicht bewerten. Wie zum Beispiel am Vormittag oder in der Schulzeit die Leistung bewertet wird, so brauchen Kinder ganz besonders eben auch Zeiten, wo sie nicht bewertet werden. Und natürlich Bewegung, Erholung, freie Zeit, Spielen und so weiter.

Letztendlich kann man es vielleicht zusammenfassen: Kinder brauchen Freiraum und freie Zeit. Und da wir nun heute hier sitzen, weil wir Ganzttag in Hamburg haben und es eben auch Kinder gibt, die fünf Tage die Woche von morgens, vielleicht sogar von der Frühschicht an oder von 8 bis 18 Uhr oder 8 bis 16 Uhr, fünf Tage die Woche in der Schule verbringen, dann verbringen die da einen Großteil ihrer Kindheit. Das muss man sich einfach einmal klarmachen. Und aus diesem Grund müssen Schulen einfach den Bedürfnissen der Kinder gerecht werden. Sie müssen den Kindern selbst gerecht werden und nicht Kinder den Schulen gerecht werden. Und weil wir da akuten Handlungsbedarf sehen, würde ich jetzt gerne weiterleiten auf unsere Forderungen und ein ... Ich meine, Sie kennen die Forderungen, Sie haben sie sicherlich alle gelesen, aber es gibt da noch das eine oder andere vielleicht dazu zu sagen.

Frau Dwenger: Noch einmal guten Abend. Mein Name ist Christina Dwenger, ich habe zwei Kinder, eine Tochter, die ist acht Jahre alt, besucht eine GBS-Schule, nimmt jetzt seit diesem Jahr auch an der GBS teil, und ich habe einen Sohn, der besucht noch die Vorschule in der Kita, der wird dann im nächsten Jahr eingeschult. Welche Schulform, ist da noch nicht bekannt. Ich habe noch eine Woche, ich glaube, zwei Wochen Zeit, mich zu entscheiden.

Wir haben jetzt von den Bedürfnissen gehört, die Kinder haben. Die Frage ist nur, die wir uns gestellt haben von der Volksinitiative, wie können wir den Bedürfnissen der Kinder gerecht werden, wie können wir die verwirklichen. Und wir haben verschiedene Ansätze durchgesprochen und sind dann aber auf vier Eckpfeiler gestoßen, die Rahmenbedingungen, mit denen ein Ganzttag wirklich gut gelingen kann.

Diese Forderungen jetzt noch einmal in Kürze. Das sind zum einen Räume zusätzlich zu den Unterrichtsräumen, und da möchte ich auch noch einmal wirklich sagen, zusätzlich zu den Unterrichtsräumen, denn es geht nicht darum, dass Unterrichtsräume gar nicht genutzt werden sollen. Das ist nicht in unserem Sinne und steht auch nicht in unseren Forderungen drin.

Wir brauchen Räume zusätzlich zu den Unterrichtsräumen, weil Schule, und so will es die Stadt Hamburg, Frau Scheibner hat es eben gerade gesagt, heute nicht mehr nur ein Lernort ist, sondern auch einen Lebensraum unserer Kinder darstellt. Wir brauchen dringend einen besseren Betreuungsschlüssel, denn der steht nicht bei 1:13, sondern der liegt bei 1:23.

Dann müssen wir tatsächlich den tatsächlichen Förderbedarf aller Kinder am Vor- und am Nachmittag berücksichtigen. Das heißt, hier geht es um Inklusion, um Förderung von

Kindern, Forderung von Kindern. Des Weiteren geht es um Rahmenbedingungen für Vollzeitverträge von Erziehern für den unterrichtsbegleitenden Einsatz, egal, in welcher Schulform.

Es geht um das Mittagessen. Wir wollen frisch vor Ort gekochtes Essen, und es geht uns nicht um diesen Begriff Produktionsküche, der uns da gerne zugeschoben wird, sondern es geht um frisch vor Ort gekochtes Essen, wie es auch an einigen Schulen bereits stattfindet. Es geht nicht darum, dass an einer Schule gekocht wird und das Essen an weitere Schulen geliefert wird oder an andere Institutionen, sondern es soll an der Schule gekocht werden, an der auch gegessen wird. Das ist unser Ziel.

Wir brauchen eine pädagogische Begleitung beim Essen und einen gesunden Snack. Das ist, es geistert so schön rum, das ist der sogenannte Wohlfühlapfel für den Nachmittag. Und das gilt auch für die weiterführenden Schulen. Da sind wir auch nicht nur an den Grundschulen mit dem gesunden Snack, denn, ich esse, was ich bin, sozusagen, also das Essen prägt mich. Und meine Leistungsfähigkeit hängt auch von dem ab, was ich zu mir nehme. Es geht um Kooperation auf Augenhöhe, also auch um Mitspracherecht für alles, für alle am Ganzttag beteiligten Menschen. Es geht hier um ein gemeinsames paritätisches Gremium.

So, die Frage ist nun, was steht auch hinter unseren Forderungen, die ich jetzt hier noch einmal kurz skizziert habe. Lassen Sie uns doch einfach einmal schauen, was die Menschen uns im Ganzttag so zu sagen haben, denen wir dort begegnen können.

„Ich will toben“, steht dort gerade. Bewegung. „Ich habe den ganzen Tag gegessen, ich möchte mich endlich einmal bewegen. Ich brauche Platz.“

„Mir war so langweilig, immer wird alles vorgekaut, immer nur Bücher, nie darf ich etwas selbst erleben. Ich habe Lust, etwas selbst zu entdecken und zu erforschen. Ich gehe jetzt in die Lernwerkstatt oder ich gehe mit meinen Freunden im Idealfall in den Garten. Da kann ich auch etwas entdecken und auch etwas lernen.“

„Spielen und Freizeit. Ich möchte mit meinen Freunden auch ohne Erwachsene spielen. Ich will Tischkicker, ich will Uno spielen und vielleicht auch Ticken spielen.“

„Ich bin so müde, es war echt anstrengend. Ich habe den ganzen Tag hier an der Schule gegessen, ich brauch jetzt echt einmal eine Pause. Und das war so laut, ich kann mich hier überhaupt nicht mehr konzentrieren. Ich brauch jetzt unbedingt Ruhe, ich glaube, ich würde gerne einmal in den Ruheraum gehen und mich da einen Moment aufs Ohr hauen.“

Lassen Sie uns doch einfach einmal gucken, wie sieht es heute aus im Ganzttag. Die Kinder sind in Klassenräumen untergebracht, also Unterrichtsräumen. Und zwar auch in der sogenannten Freizeit. Heute gibt es im Ganzttag keinen Anspruch auf Räume, die den Bedürfnissen der Kinder entsprechen. Das heißt nicht, dass es in der Schule gar keine Räume gibt. Es gibt Schulen, da gibt es wunderbare Betreuungsräume und wunderbare Räume für Freizeit, Ruhe. Aber da haben sie keinen Anspruch drauf, die können ihnen jederzeit weggenommen werden, sobald diese Schule einen weiteren Zug sozusagen eröffnet, heißt das, glaube ich. Nicht?

Also heute geht es räumlich gesehen ausschließlich um Beschulung. Und das hat, wie wir auch in der Talkrunde bei „Schalthoff live“ gehört haben, oberste Priorität für die Schule. Nun haben wir aber einen Ganzttag und müssen uns fragen, welche Auswirkungen hat das auf die Kinder, auf Hamburgs Kinder, in der Zukunft. Das kann ich, ehrlich gesagt, heute noch nicht absehen. Was ich aber erlebe, das sind gestresste Kinder, die nach Hause kommen, wie wir gerade gehört haben, keine Lust mehr haben auf Fußballspielen in einem Verein, etwas, was sie wirklich sehr lieben, weil sie einfach ausgepowert sind, weil sie keine

Rückzugsmöglichkeiten hatten. Und gerade vor dem Hintergrund von Inklusion, die wir ja parallel hier auch eingeführt haben, ein wichtiger Punkt, müssen wir auf die Bedürfnisse aller Kinder achten. Wir müssen auf die Kinder achten, die besonders gefordert werden, wir müssen auf die Kinder mit Förderbedarf achten. Wir müssen sie alle mitnehmen, das ist unsere Aufgabe. Jedes Kind ist ein Solitär, der Raum für Entfaltung benötigt. Und wenn wir ihm diese Entfaltung nicht bieten, wenn wir ihm diesen Raum vorenthalten, dann kann er nicht glänzen. Ein Sofa in einem Klassenzimmer macht noch lange keinen Freizeitraum aus. Rollbare Klapptische in Klassenräumen sorgen noch lange nicht für ein Freizeitgefühl in diesem Raum. Multifunktionsräume sind nicht gleichzusetzen mit Freizeiträumen.

Wenn wir heute einen Blick auf die Schule werfen, dann dürfen wir nicht vergessen, die Halbtagschule war ausschließlich ein Ort intensiven Lernens. Die Ganztagschule, die der Senat unbedingt wollte, ist ein Lebensort, der auch Heimat bieten muss, und Heimat, finde ich, ist ein ganz großes Wort, aber es ist auch für einige Kinder bis 18 Uhr ihr Zuhause. Das darf man nicht vergessen. Und in diesem Sinne möchte ich das Thema Raum mit einem Zitat von Professor Tobias Wulf beenden: „Schule als Lebensraum – Lernen ist Leben, Lernen ist nicht Leistung. Die Räume in der Schule sollen immer flexibler, variabler und multifunktionaler werden. Sie sollen alles können. Ich bin misstrauisch gegenüber Alleskönnern, denn sie können nichts richtig. Ein Raum muss stark sein, er muss dem Ganztagschüler Heimat sein, er muss einfach einen Charakter haben. Leider ist es meist so, dass die Charakterstärke eines Raumes in dem Maße abnimmt, in dem man ihm Multifunktionalität zumutet. Räume im Ganztage sollen den Bedürfnissen der Kinder entsprechen. Frei wählbar zugänglich sein und Möglichkeiten des selbstbestimmten Lernens und Lebens entsprechen.“

Im Zusammenhang mit den Räumen hier haben wir gerade das Wort Heimat gehört. Heimat wird ein Ort nicht durch den Ort selbst, das ist klar, Heimat wird er erst durch die Menschen auch, die in diesem Raum mit leben und die einen wertschätzen, unterstützen und einen geschützten Raum bieten.

Jetzt wollen wir einmal hören, was die Menschen sagen zum Thema Beziehung und Betreuung:

„Ich fühle mich so schlecht heute, alles ist doof, niemand mag mich, ich brauch jemanden, der mich in den Arm nimmt.“

„Hey, schau mal, mein Bild. Das habe ich ganz toll gemalt.“ Mmh. „Interessiert gar keinen, keiner ist für mich zuständig, immer wechseln meine Betreuer. Wem soll ich mich denn jetzt anvertrauen und vertraut mir? Wer kennt mich so gut, dass er weiß, was ich alles kann und wie groß ich schon bin oder wie stark ich bin.“

„Ah, ich brauch jemanden, der Zeit hat, mir was zu erklären, wenn ich es nicht verstehe. Wer zeigt mir, wie ich die Schleife binde?“

„Mist! Meine Mütze wurde geklaut. Wer hilft mir, sie wiederzubekommen? Hat jemand Zeit? Hallo!“

Was sagen die Pädagogen:

„Ich brauche mehr Zeit für alle. Ich brauche mehr Zeit für die Bedürfnisse der Kinder, für Inhalte, Planung, Vorbereitung, Dokumentation, Verzahnung, Absprache zwischen Eltern, Lehrern, Erziehern, Therapeuten. Und ich brauche gute Arbeitsbedingungen. Ich muss von meinem Job leben können, ich will nicht abends noch kellnern gehen. Ich habe eine gute Ausbildung genossen, ich kann was und ich möchte auch wirklich dafür bezahlt werden.“

Schauen wir uns doch einfach einmal die Situation der Pädagogen im Ganztage an. Sie sind überlastet und können den Kindern oftmals nicht gerecht werden. Das frustriert sie. Denn gute inhaltliche Arbeit, die ist allen Pädagogen, die ich kennengelernt habe, wichtig. Sie sind sich ihrer Verantwortung bewusst, den Kindern gegenüber, aber unter den gegebenen Bedingungen, die wir derzeit haben, können sie sie oftmals nicht umsetzen.

Ich möchte hier unbedingt noch einmal klarstellen, dass wir alle die Mitarbeiter im Ganztage sehr wertschätzen. Es kommt oftmals als Kritik rüber, wenn wir sagen, was alles nicht funktioniert, aber wir erleben Männer und Frauen, die unter den gegebenen Bedingungen, die sie in Schule erleben, wirklich das Bestmögliche auf die Beine stellen. Davor haben wir ganz, ganz große Hochachtung und dafür möchten wir den Menschen auch danken. Aber uns muss eigentlich auch klar sein, dass dieses Engagement nicht ewig so laufen kann, denn irgendwann sind diese Menschen auch ausgebrannt und erschöpft. Und ich habe in dieser kurzen Zeit, in der ich gerade Schule begleite, mein Kind in der Schule begleite und direkt beobachte, auch erlebt, wie Menschen wirklich gegen Mühlen kämpfen und sich einsetzen für die Kinder. Und wenn da in zwei Jahren irgendwann die Luft raus ist, hat sich das erledigt, dann ist dieses Engagement weg und das fände ich unglaublich traurig.

Jetzt kommen wir zu einem ganz wichtigen Thema, das ist das Mittagessen.

Herr Kleine: Ja, das Mittagessen.

Mit der Einführung der Ganztage Schulen hat die Schulbehörde, die Stadt Hamburg, auch die Verantwortung für das Mittagessen der Kinder übernommen, die ganztäglich betreut werden, und zwar aller Kinder, die dann auch am Nachmittag in der Schule sein sollen. Früher in den Horten war das selbstverständlich. Alle Kinder, die nachmittags im Hort waren, haben dort etwas zu essen bekommen. Auch daran denken wir, wenn Senator Rabe uns erklärt, dass die Ganztage Schule nicht schlechter sein soll, als es früher in den Horten war.

Das Mittagessen ist ein ganz zentraler Punkt der Ganztage Schule. Das wird von allen im Ganztage arbeitenden Schulen bestätigt. Dabei bedeutet Mittagessen sehr viel mehr, als nur die Ausgabe von Speisen zu organisieren und bestimmten Anforderungen in Bezug auf die Nährwerte zu genügen.

Ich möchte vor allem zwei Aspekte hervorheben. Der erste, das sind die Bedürfnisse der Kinder. Wichtig ist, dass wir eine Interaktion erreichen. Die Kinder sind in der Küche, sie stellen fest ... Also, wir brauchen eine Atmosphäre, in der Kinder sich öffnen können. „Oh, Spinat ist lecker!“ Das ist etwas, was Kinder nur erreichen können, wenn sie in einer sicheren Atmosphäre das Essen zu sich nehmen können. „Ich möchte selbst entscheiden. Ich möchte selbstwirksam ...“ Oder dieser Gedanke der Selbstwirksamkeit, dass Kinder bestimmen können, wie groß die Portion ist, die sie essen wollen, dass sie die einzelnen Komponenten ihres Mittagessens bestimmen können. Dass sie nicht einfach mit der Kelle ein Schlag Essen auf ihren Teller bekommen und dann gehen und einen Teil dieses Essens wieder in den Müll wandert. „Ich möchte in Ruhe essen.“ Die akustische Situation vieler Kantinen ist eine Katastrophe. Das ist dramatisch.

Das Mittagessen muss die Bedürfnisse der Kinder nach frischer und gesunder Nahrung erfüllen. In der Mittagspause sollen sie sich entspannen und ein Essen in ruhiger Atmosphäre zu sich nehmen können. Nur wenn das gewährleistet ist, gehen die Kinder tatsächlich gestärkt aus der Mittagspause und nur dann kann auch der Ganztage gelingen. Für die Kinder, die zum Beispiel in großen Gruppen nicht so gut zur Ruhe kommen, die Kinder mit Förderbedarf, kann es bedeuten, dass in der Kantine kleine abgegrenzte Bereiche geschaffen werden müssen, wo besonders auf die Bedürfnisse dieser Kinder eingegangen werden kann. Kinder brauchen – zum Beispiel das ist das, was ich, Entschuldigung, eben gerade gesagt habe – sie brauchen einfach eine Umgebung, in der sie sich sicher und geborgen fühlen, denn nur dort können sie sich Neuem öffnen, nur dort können sie sich

einlassen auch einmal auf neue Speisen. Insbesondere für die jüngeren Kinder an den Grundschulen erfordert das Schulessen eine sorgfältige pädagogische Begleitung, womit wir zum zweiten Aspekt des Schulessens kommen. Das Mittagessen, und das wird leider immer wieder übersehen, ist nämlich auch so etwas, wie ein Bildungsauftrag für die Schulen. Hier muss das Ziel sein, allen Kindern eine gesunde Ernährung nahezubringen, insbesondere den Kindern, die aus eher schwierigen und sozial schwächeren Familien kommen und die tendenziell nicht so gesund essen. Ich denke hier zum Beispiel an den berühmten Schokoriegel, der dort oftmals das Frühstück ersetzt.

Im Sinne der Verhaltensprävention bietet die Schulverpflegung von klein auf die Möglichkeit, positiv auf das Ernährungsverhalten einzuwirken. In Kombination mit dem Unterricht gelingt mit der Küche vor Ort die Verknüpfung zwischen theoretisch Erlerntem und der Erfahrungswelt Schulkantine. Hier liegt vor allem eine große Chance für die Schulen und die kann eben am besten wahrgenommen werden durch eine Küche vor Ort. Durch eine Küche, in der frisch vor Ort gekocht werden kann. Denn alle unsere Besuche in Schulkantinen mit frischer Küche und in Schulkantinen mit Aufwärmessen haben ein sehr klares Bild ergeben. Essen bedeutet mehr, als Nährwerte auf den Tisch zu bringen. Die Zufriedenheit mit frisch gekochtem Essen ist sehr viel höher und nach der Umstellung nehmen deutlich mehr Kinder am Essen teil als zuvor. Übereinstimmend wird von den Schulen angegeben, dass da, wo frisch vor Ort gekocht wird, auch weniger Essen weggeworfen werden muss. Immer mehr Kinder leiden an unterschiedlichen Allergien. Mit einer Küche vor Ort ist die nötige enge Abstimmung mit den betroffenen Familien weniger kompliziert und es ist einfacher, flexibel auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen. Massenerkrankungen, die vor einiger Zeit in Kantinen in Ostdeutschland aufgetreten sind, können mit einer dezentralen Versorgung weitgehend vermieden werden, denn wenn es an einem Ort Probleme mit schlechten Essen gibt, sind davon nicht gleich viele Tausend Kinder betroffen. Aber am wichtigsten ist der Bezug zwischen den Kindern und der Küche. Die Küche kann so etwas sein wie das Herz der Ganztagschule. Sie bildet praktisch das Scharnier zum Nachmittag. Essen soll ein Genuss sein, der die kognitive, affektive, emotionale Erfahrung einbezieht. Die Küche stärkt das Gemeinschaftsgefühl der Schüler und Schülerinnen und die Bindung zur Schule. Die Schüler sollen täglich erleben, wie aus frischen Zutaten leckeres, gesundes Essen wird. Wenn vor Ort gekocht wird, so sind Koch oder Köchin in der Regel an der Essensausgabe beteiligt. Auf diese Weise stehen sie in direktem Kontakt zu den Kindern und die Küche bekommt ganz direkt Feedback, wie ihr Essen angenommen wird. Die Nachsteuerung, die gerade bei Lieferessen zu den größten Problemen gehört, ist für die Küchen vor Ort einfach und unkompliziert.

Natürlich haben Kinder in einer professionellen Schulküche nichts zu suchen, aber warum sollen Koch oder Köchin, wenn sie Lust dazu haben, nicht auch einmal in den Nachmittag eingebunden sein und mit den Kindern zum Beispiel in einer Lehrküche, wie sie an vielen Standorten zur Verfügung steht, Pizza backen. Der Koch oder die Köchin sind das Gesicht hinter dem Essen.

Der Ganzttag bietet neue Möglichkeiten, gerade Ernährungsthemen zu platzieren und diese mit den übrigen Angeboten zu verknüpfen. Warum soll man nicht im Unterricht, im Sachkundeunterricht, sich mit dem Apfel beschäftigen, einen Ausflug ins Alte Land machen, mit den Erziehern im Schulhof Saft pressen und mit dem Koch in der Lehrküche Kuchen backen oder Apfelmus herstellen.

Wir wünschen uns einen schnelleren und ambitionierteren Ausbau der Schulküchen. Wenn der Ganzttag an Hamburgs Schulen gelingen soll, muss der Senat auch die Rahmenbedingungen für das Schulessen verbessern.

Frau Dwenger: Zu unserem letzten Punkt: Kooperation auf Augenhöhe – den Ganzttag gemeinsam gestalten. Da steht im Schulgesetz die Frage: Warum besteht die Schulkonferenz? Die Schulkonferenz fördert die Zusammenarbeit. Und da sagen wir: Ja, ja,

aber bitte auf Augenhöhe, und zwar mit allen Beteiligten. Und darum fordern wir im Zuge des Ganztags ein paritätisches Mitbestimmungsrecht in einem Gremium für alle am Ganztage Beteiligten, wenn es um die ganztägige Betreuung geht – um sie gemeinsam zu gestalten.

Herr Kotoll: So, wir haben bis hierhin die Forderungen noch einmal erläutert und begründet und das sehr ausführlich gehört, warum wir diese Forderungen stellen und warum wir die als richtig und wichtig erachten, sodass wir jetzt zum Schluss den Appell an die handelnde Politik richten, die Verantwortung auch wahrzunehmen. Wir haben erfahren oder auch gelernt, dass die Bedeutung des Ganztages zugenommen hat. Es wurde ja auch heute Mittag erfreulich darüber berichtet, dass die Teilnahmequote am Ganztage ja enorm hoch ist, dass eben auch die Zeit, die damit die Kinder an den Schulen verbringen, auch zugenommen hat, in gleichem Maße, und das muss eben auch ins Bewusstsein der handelnden Personen rücken, dass auch die Verantwortung für diese Kinder gewachsen ist.

Deswegen sei an dieser Stelle noch einmal explizit erwähnt, die Forderungen, die wir stellen, beschränken sich nicht auf eine der Schulformen, wie Grundschule oder Stadtteilschule, sondern sie sind tatsächlich für alle Schulen, wo Ganztage stattfindet. Wir sagen auch nicht, ob der Ganztage irgendwie verpflichtend sein sollte oder andere Dinge, wir sagen, dort, wo Ganztage stattfindet, möchte er bitte gut sein. Das bezieht auch Schulen mit ein, die sich in freier Trägerschaft befinden, und meint einfach, dort, wo Ganztage ist, soll er eben gut sein.

Das wird auch besonders deutlich an zwei Punkten, die wir in den Forderungen grundsätzlich mit eingearbeitet haben, die bislang im Ganztage relativ wenig vorgekommen sind. Das eine ist, weil bislang relativ wenig Thema war, nämlich die Flüchtlingskinder. Das andere ist aber schon sehr viel länger Thema, nämlich die Inklusion. Und die wurde bislang diskutiert im Wesentlichen als Thema, das am Vormittage stattgefunden hat und ist ja auch dort bislang mehr gewollt als gekonnt, weil eben auch nicht auskömmlich finanziert, was man ja auch an vielen Zahlen festhalten kann.

Noch präziser, noch deutlicher, noch schärfer wird die Richtigkeit und Notwendigkeit der Forderungen, die wir stellen, deutlich an dem Thema der Flüchtlingskindbeschulung, weil, auch die müssen und sollen natürlich selbstverständlich auch in dem Nachmittag ankommen, weil dort mit Sicherheit ein ganz großer Teil an Integrationsarbeit geleistet wird, die notwendig ist, wenn die Menschen jetzt zu uns kommen und deren Kinder eben in unsere Gesellschaft integrieren zu können. Auch dort ist die Verantwortung der handelnden Politik eben eine sehr große, um das vernünftig zu organisieren.

Können wir jetzt auf die nächste Folie klicken? Nur so wird eben, wie gesagt, der Ganztage gut und Sie haben bei einigen Folien schon gesehen, dass es an allen Ecken fehlt. Deswegen, wie man am Rauch erkennt, die Hütte so ein bisschen brennt.

Was wir uns wünschen oder, präziser formuliert, eigentlich erwarten, ist, dass wir nach dem heutigen Tage, wo die Argumente ausgetauscht wurden, dann ernsthaft auch in Verhandlungen eintreten können, um möglichst viele der Dinge, die notwendig sind, wie wir gehört haben, auch realisieren zu können für die Kinder dieser Stadt. Damit wir tatsächlich wirklich in der Zukunft gute Bedingungen und auch Chancen und Gerechtigkeit in der Bildung für die Kinder erreichen. Dazu wünschen wir uns aber nicht nur erfolgreiche Verhandlungen, wir wünschen uns vor allem auch ehrliche Verhandlungen. Wenn wir eben heute Mittag gehört haben, dass wir angeblich fordern würden, dass wir neue Räume für den Ganztage halt fordern, die ein Bauprogramm von einem Volumen von 1,5 Milliarden Euro auslösen, dann ist das einfach an der Stelle nicht ehrlich. In unseren Forderungen steht das Wort „zusätzliche Räume“ drin. Warum der Senator dort auch mit Unterstützung der Juristen in der Schulbehörde das anders deutet, ist uns an der Stelle schleierhaft, ein einfaches Gespräch vorher hätte das vielleicht schon einmal auch klären können. Aber es war offensichtlich da noch nicht gewollt. Deswegen wünschen wir und erwarten wir uns von den

zukünftigen Verhandlungen, so sie denn eintreten, dass wir dort sehr viel ehrlicher miteinander umgehen.

Heute gab es diverse Beispiele anderer Art noch, in dieser Landespressekonferenz, und wo wir uns nicht wirklich so wahrgenommen fühlten wie das, was wir dort tatsächlich fordern. Und deswegen ist es gut, wenn wir da ins Gespräch kommen, um dort eine sinnvolle Lösung zu finden.

Daher noch einmal der Appell eben auch an die Politik, auch an Sie als Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft, das entsprechend mit voranzutreiben. Wenn wir das Gefühl kriegen, dass der Umgang dort nicht ehrlich erfolgt, dann sind wir eben auch bereit, den zweiten Schritt zu gehen, darauf sind wir vorbereitet.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende: Entschuldigen Sie, aber es sind keine Beifallsbekundungen zulässig. Gut. Sie sind soweit erst einmal mit der ersten Runde fertig? Genau.

Dann habe ich hier schon eine lange Redeliste erstellt beziehungsweise Frageliste, weil es wohl immer so ist, dass jede Fraktion einmal die Gelegenheit bekommt, auch entweder sich selber zu äußern zu einem Thema oder Fragen zu stellen. Und große Bitte an meine Kolleginnen und Kollegen hier im Ausschuss, jetzt nicht bitte so Kettenfragen mit fünf Stück so an einer Perlenschnur zu stellen, sondern versuchen, ein Schwerpunktthema erst einmal zu beleuchten, die Frage zu stellen, damit wir auch möglichst gleichmäßig hier alle so ein bisschen zu Wort kommen. Ich denke, das ist im Rahmen der Kollegialität, wäre das ganz nett.

Gut. Als Erstes habe ich Frau Duden auf der Liste und dann Frau Prien. Die anderen habe ich aber schon aufgeschrieben.

Abg. Barbara Duden: Ja danke, Frau Vorsitzende. Also die erste Frage, die ich stellen wollte, hat sich jetzt, glaube ich, schon im Zuge der Erklärung der Initiative ein bisschen besser dargestellt. Sie differenzieren in Ihrem Ursprungstext ja überhaupt nicht zwischen den unterschiedlichen Angeboten, aber ich habe jetzt mitgenommen, das betrifft wirklich von der Grundschule bis zur Stadtteilschule Klasse 13 alles, was damit dabei ist. Dann ist das schon einmal sozusagen klarer.

Dann habe ich eine Frage bezüglich der Finanzierung. Die Initiative ... ich möchte gerne von Ihnen wissen, wie stellen Sie sich eigentlich grundsätzlich eine Finanzierung der von Ihnen gestellten Forderungen vor. beziehungsweise, haben Sie in den Vorbereitungen dazu sich jemals darüber Gedanken gemacht, was sozusagen da auf Sie zukommt? Denn eigentlich ist es so, dass ja nach Paragraf 2 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes die Initiativen schon Deckungsvorschläge sozusagen an den Text anfügen sollten. Deshalb bin ich auf Ihre Antwort auf die Frage, wie viel kostet es denn beziehungsweise gibt es von Ihnen dazu irgendwelche Vorstellungen, das würde ich gerne einmal hören.

Vorsitzende: Sie können selber wählen, wer antworten will. Sie können sich auch abwechseln.

Herr Kotoll: Ja, vielen Dank. Die Finanzierungsfrage ist aus unserer Sicht sehr stark daran gekoppelt, was eigentlich politisch gewünscht ist. Für alle die Dinge, für die es politisch eine Mehrheit gibt in dieser Stadt, werden dann auch die Haushaltsansätze gefunden. Ja? Ob das jetzt große Bauvorhaben sind von Gebäuden, von Verkehrsprojekten et cetera pp., spielt in

dem Sinne keine Rolle. Es ist überall dort, wo eine politische Mehrheit halt gefunden wird, wird eben auch die Finanzierung aus dem Haushalt entsprechend dargestellt.

Warum es uns gibt, ist ja die Tatsache, dass die politische Mehrheit bislang nicht vorhanden gewesen ist. Weil, wir haben ja eingangs gesehen, dass es viele Gesprächsrunden, runde Tische et cetera pp. gegeben hat, die nicht dazu geführt haben, dass die notwendigen Forderungen oder die notwendigen Handlungen umgesetzt wurden. Dem verleihen wir deswegen jetzt entsprechend Nachdruck über die Möglichkeiten der Volksgesetzgebung als Volksinitiative und erwarten, dass das dann entsprechend auch passiert und dass dort dann eben auch – ja – das Geld entsprechend eingeworben wird im Haushalt, um es finanzieren zu können. Deswegen haben wir explizit dort keine Vorschläge gemacht im Sinne von, wir nehmen das Geld links weg, um es uns hier rechts zu geben sozusagen, sondern übertragen die Aufgabe dann an diejenigen, die es entscheiden müssen, nämlich in dem Fall die Bürgerschaft.

Vorsitzende: Gut, vielen Dank, Herr Kotoll. Dann habe ich Frau Prien und dann Frau von Treuenfels.

Abg. Karin Prien: Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Erst einmal Ihnen herzlichen Dank für Ihren Vortrag und auch für die authentische Darstellung dessen, was Sie an Hamburgs Ganztagschulen und insbesondere auch in GBS erleben.

Frau Duden hat ja so ein bisschen den Finger in die Wunde insofern gelegt, als dass Sie ja selber gesagt haben, mh, es waren ja nicht die Eltern, die gewünscht haben, GBS in dieser Form einzuführen, sondern es war der Senat, der sich dafür entschieden hat, ich übersetze es jetzt einmal sehr schnell, in die Fläche zu gehen, ohne sich über viele Qualitätsfragen vorher Gedanken zu machen, geschweige denn, sie zu lösen. Nun ist es aber ja so, jetzt – der Senator hat es heute ja schon vor dieser Anhörung verkündet – ist die Nachfrage sehr groß und die Kinder sind in GBS und GTS. Jetzt fehlen aber die von Ihnen beklagten Rahmenbedingungen, insbesondere was Räume angeht, aber auch, was den Erzieberschlüssel angeht und die weiteren Punkte – da kommen wir im Einzelnen ja gleich noch drauf. Wie stellen Sie sich das jetzt vor? Habe ich es richtig verstanden, da war eben auch so ein Satz, dort, wo Ganztage ist, soll er gut sein. Das heißt, wenn es jetzt nun einmal in der Fläche ist, dann ist es auch Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass dort, wo er ist, es dann auch vernünftig läuft und das heißt sozusagen das nachzuholen, was man bei Einführung versäumt hat. Das heißt jetzt konkret für die Räume zum Beispiel, um damit einmal anzufangen, erwarten Sie, dass in jedem Schulgebäude sozusagen zusätzliche Räume geschaffen werden? Sie hatten es eben schon einmal so ein bisschen begonnen. Es wäre nett, wenn Sie das noch einmal erläutern könnten. Soll das sukzessive passieren, soll das notfalls dort, wo erforderlich, mit Anbauten passieren? Also, das sind ja doch ganz praktische Fragen. Könnten Sie sich auch vorstellen, über diese Fragen Schule pro Schule auch zu sprechen. Also, das lässt sich ja nicht an jedem Standort gleich lösen dieses Problem. Und da würde mich einfach einmal interessieren, wie Ihre Idealvorstellung ist. Und dann muss man einmal gucken, ob man darüber dann ins Gespräch kommen kann.

Ähnliche Fragen habe ich auch noch zu den anderen Punkten, aber Kollegialität, da beschränke ich mich jetzt erst einmal auf die Raumfrage. Vielen Dank.

Vorsitzende: Ja, Frau Dwenger.

Frau Dwenger: Zunächst noch einmal ein kleiner Hinweis. Es geht nicht nur um GBS, sondern eben auch um GTS. Die Probleme sind an allen Standorten vorhanden. Wenn wir jetzt zum Beispiel die Räume nehmen oder die Finanzierungsprobleme, die gibt es eben für alles, es wurde ja auch alles flächendeckend eingeführt. Und zu dieser Finanzierung, dass Sie sagten auch noch einmal, es geht bei uns darum, dass der Ganztage eingeführt wurde und wir brauchen einen guten Ganztage, wenn wir dann auch gut entwickelte und glückliche

Kinder hier in Hamburg haben wollen. Im Rahmen unserer Volksinitiative mussten wir für die Forderungen ja auch noch Bemerkungen angeben mit einem Finanzierungsvorschlag. Den haben wir auch gemacht, nämlich schlichtweg, wir können uns gar nicht leisten, das nicht zu finanzieren jetzt, denn unsere Kinder können es später nicht finanzieren und erst recht nicht, wenn sie einen schlechten Ganzttag hinter sich haben. Das ist noch einmal das eine dazu.

Und zum anderen, zu den Räumen. Es geht nicht darum, dass ausschließlich Freizeiträume genutzt, gebaut werden sollen und genutzt werden sollen, sondern es geht darum, dass zusätzliche Räume genutzt werden sollen. Und wie wir wissen – auch wir wissen das –, in Eimsbüttel beispielsweise sieht die Lage nicht besonders günstig aus und wir haben kein Interesse daran, dass Schulen geschlossen werden oder dass Kinder nicht mehr auf eine Schule gehen können, sondern eine viel weiter entfernte Schule in Kauf nehmen müssen. Man muss gucken, wie man das lösen kann, und man muss individuelle Wege finden an bestimmten Standorten, aber es geht auch darum, einfach einmal ganz klar festzuzurren, worauf die Kinder generell einen Anspruch haben. Und wenn eine Schule bereits jetzt wunderbare – wie an der alten Schule meiner Tochter – vier Freizeiträume hat, die sie prima nutzen können, in denen sich diese Kinder entspannen können, austoben können, endlich einmal alles rauslassen können oder sich zurückziehen können, dann ist das etwas, was man auch sichern muss und was wir auch sehen müssen und was wir auch in der zukünftigen Entwicklung berücksichtigen müssen, im heute und in der Zukunft.

Ich übergebe noch einmal an Frau Scheibner.

Frau Scheibner: Ja, wir hatten das ja auch schon bei Schalthoff in dem Gespräch. Also grundsätzlich geht es, wie auch gerade schon gesagt wurde, Beschulung hat halt immer nur Vorrang und alle anderen Bedürfnisse müssen dem Rechnung tragen und werden einfach nicht so wichtig genommen. Das ist das Entscheidende. Zusätzlich möchte ich gerne noch sagen, es gibt ja nun auch oder es wird ja immer wieder darüber gesprochen, dass die Stadtteile geöffnet werden oder dass die Kinder in den Stadtteil hinaus sollen. Die sollen ja gar nicht unbedingt immer an der Schule bleiben, sondern die sollen ja durchaus die Stadt erkunden. Oder auch die freie Jugendhilfe, die irgendwelche Familienhäuser noch hat, besuchen oder nutzen, auch dort Räumlichkeiten, stehen die Räumlichkeiten ja durchaus zur Verfügung. Nur, das war auch interessant, der PARITÄTISCHE hat das ja auch bereits benannt, es wird ja quasi, die Tatsache, dass denen jetzt auch noch die Gelder gekürzt werden, konterkariert das ja quasi, dass die Kinder raus sollen aus den Schulen und auch dort Angebote wahrnehmen können. Also es geht nicht nur darum, an den Schulen diese Räume verfügbar zu machen, sondern es geht durchaus, zum Beispiel in Eimsbüttel, wenn es gar nicht anders geht, auch darum, rauszugehen aus der Schule, externe Räumlichkeiten zu finden.

Ach so, und das wollte ich gerne noch erwähnen, also wir haben ja nun gerade die Schule Berne, die geschlossen wird. Also so schlimm kann es ja dann mit manchen Räumlichkeiten nicht sein.

Vorsitzende: Gut. Vielen Dank. Dann Frau von Treuenfels, und ich lese einmal die ganze Redeliste vor, Frau Boeddinghaus, Frau Heyenn, Herr Wolf. Dann habe ich mich raufgesetzt und dann geht es mit der zweiten Runde weiter, Herr Schwieger hat sich schon gemeldet.

Abg. Anna von Treuenfels-Frowein: Vielen Dank, Frau Vorsitzende und auch von unserer Seite aus vielen Dank für Ihren Vortrag, den ich auch sehr authentisch fand und auch Ihre Forderungen, die wir alle kennen. Wir haben uns auch sehr gewundert über die wirklich sehr schnelle und vor allen Dingen auch sehr überstürzte Einführung des Ganztages mit ... Gleichzeitig wurde ja auch der Hort relativ schnell abgeschafft. Das war, fand ich, schon klar, dass da jetzt nicht unterm Strich also gleich so viel Qualität dabei rauskommt. Wenn Ganzttag, dann kann es keine Aufbewahrung sein, sondern es muss ein guter Ganzttag sein. Da bin ich ganz bei Ihnen. Es gehört aber auch ein bisschen Ehrlichkeit dazu. Ich glaube

nicht, dass wir so unter dem Diktat eines Senates leben, dass die Eltern ihre Kinder anmelden, weil das der Senator möchte, sondern ich glaube, da war die Nachfrage auch einfach so riesig groß. Das ist ja auch gut und das ist ja auch so gewollt, dann muss der Ganztags natürlich auch gut ausgestattet sein. Also ich glaube, man kann jetzt nicht einfach sagen, der Senator wollte das und wir wollten es ja eigentlich gar nicht, wir Eltern. Ich glaube, wir müssen schon ehrlich sein und uns überlegen, wie kann man das finanzieren.

Und da klärt sich bei mir auch die Frage, wären Sie bereit, Ihre Forderungen, die ich zum Teil richtig finde und die ja auch viele Probleme hier aufdecken, schrittweise mit durchführen zu lassen. Ich kann mir wirklich beim besten Willen nicht vorstellen, dass alles, was Sie wollen und fordern, was ich zum Teil wirklich unterstütze, was, glaube ich, hier auch jeder unterstützen würde, dass das von heute auf morgen umzusetzen ist. Ich glaube, wenn wir auf so einer Ebene anfangen sollten, zu diskutieren, dann würde mir das so ein bisschen schwerfallen, weil ich mir das einfach nicht vorstellen kann. Ich habe es mir jetzt einmal nicht eben so kurz durchgerechnet, kann keiner, aber ich glaube ... da würde ich gerne von Ihnen hören, ob Sie bereit sind, zum Beispiel bestimmte Gewichtungen vorzunehmen, oder ob Sie auch bereit sind, sich zu überlegen, dass manche Dinge vielleicht hintenanstehen und andere ein bisschen nach vorne kommen, ohne dass man sich darüber unterhält, dass Kinder auf irgendetwas einen Anspruch haben, das muss gleich passieren, sondern dass es vielleicht schrittweise eingeführt wird.

Frau Scheibner: Es war ja gerade schon auf der vorletzten Folie zu sehen, dass wir uns natürlich sehr freuen über Verhandlungen, und die beinhalten natürlich auch, dass man Gewichtungen vornimmt und überlegt, in welchem Zeitrahmen welche Dinge umsetzbar sind und was vielleicht jetzt ganz besonders brennt und wo man sagen kann, das kann vielleicht noch einmal eine Zeit warten. Natürlich, das beinhalten ja Verhandlungen.

Aber ganz wichtig ist, dass es eben ernsthaft trotzdem auf die Tagesordnung kommt und auch ernsthaft dann umgesetzt wird. Also nur leere Versprechen bringen uns da nicht weiter.

Vorsitzende: Ganz kurze Nachfrage. Oder wollten Sie noch erläutern?

Frau Dwenger: Ich habe noch eine Ergänzung dazu, und zwar haben Sie eben gesagt, Frau von Treuenfels, dass ja so viele Eltern ihre Kinder im Ganztags anmelden. Ich hätte meine Tochter durchaus in dem Hort angemeldet, der zu der Kita gehörte. Die Chance habe ich gar nicht mehr, weil dieser ... Zum einen hat die Kita beschlossen, sich dem nicht anzuschließen, der in dem Fall GBS, die zu betreuen vor Ort, weil sie gesagt hat, zu diesen Bedingungen macht sie es nicht, und ich hätte genau dort die Dinge realisiert gehabt, die wir heute hier kritisieren.

Abg. Anna von Treuenfels-Frowein: Ich habe trotzdem noch eine Nachfrage. Ich hatte ja eingangs auch gesagt, um das noch einmal eben schnell zu sagen, dass wir auch dagegen waren, dass sofort alles ... die Horte geschlossen werden und das Ganze jetzt in die Schule verlagert wird. Aber es ist nun einmal einfach so. Und die Anmeldungen, denen werden wir auch alle Rechnung tragen. Und es ist, glaube ich, auch keiner von uns hier, der irgendwie leere Versprechungen machen möchte. Gerade weil man das ja nicht will, ist ja die Frage, und deswegen stelle ich sie jetzt auch noch einmal, gibt es eine Gewichtung oder könnten Sie einfach einmal so eine Reihenfolge sagen, was Ihnen das Allerwichtigste ist, damit man sich einmal so ein Bild machen kann – die Forderungen unterstützen wir alle, von heute auf morgen geht wahrscheinlich gar nichts –, was wäre, wo Sie sagen würden, also das ist uns jetzt wirklich das Allerwichtigste. Ich weiß nicht, wäre es das Essen, wären es die Räume, die Ruheräume? Sind ja alles wichtige Punkte. Sind es die Begleitung nachmittags, Inklusion nachmittags. Ich könnte jetzt noch ganz viel aufzählen. Aber gibt es da irgendetwas, wo Sie sagen würden, das steht für uns ganz oben?

Vorsitzende: Es geht um eine Priorisierung.

Herr Kleine: Diese Priorisierung kann man natürlich nicht einmal eben so aus dem Hut zaubern, da muss man sorgfältig auch auf die einzelnen Standorte gucken, weil die Prioritäten der einzelnen Standorte wahrscheinlich unterschiedlich sind. Was wir bei all diesen Geschichten nicht übersehen dürfen, ist, dass wir inzwischen schon fast über eine ganze Generation von Kindern reden, die in diesem System steckt oder gesteckt hat, das immer noch ruckelt und immer noch nicht da ist, wo es irgendwann einmal hin soll.

Und wenn man jetzt anfängt, einzelne Forderungen oder Ideen oder Verbesserungswünsche sich anzuschauen, dann muss man auch gucken, ob es nicht möglicherweise verschiedene Töpfe gibt. Also wenn ich jetzt das Essen mir anschau, was mir oder was uns da auch noch einmal aufgefallen ist, der Staat hat da ja eine ganz schöne Mehreinnahme in Bezug auf die Mehrwertsteuer. Jedes Essen ist mit 56 Cent besteuert. Da kommt richtig Geld rein irgendwie. Das sind, ich weiß nicht, das ist eine Millionensumme, die da jedes Jahr von den Hamburger Familien zusätzlich entrichtet werden muss.

Es gibt sicherlich Dinge, man muss da einfach genauer hingucken. Aber wir müssen natürlich immer auch sehen, dass es vielen Kindern nicht so richtig gut geht in diesem System. Wer sich einmal eine Kantine angeguckt hat, wo die Akustik eine Katastrophe ist, der wird wahrscheinlich nicht sagen können, das hat noch zehn Jahre Zeit.

Frau Scheibner: Ich würde gerne noch etwas ergänzen. Es ist ganz wichtig zu sagen dass das einfach standortspezifisch ist. Wir waren gerade wieder an einer Stadtteilschule, die auch sagt, die Kinder brauchen im Ganztage, das ist ein gebundener Ganztage, da sind ja wirklich alle dann auch da, die brauchen Freizeiträume. Da gibt es Kinder, die schlafen mittags ein, weil die so müde sind. Oder andere wollen Kickern oder ein Buch lesen in der Mittagsfreizeit. Die haben diese Räume selbst geschaffen, weil sie im Keller noch Differenzierungsräume hatten, die sie dann als U-Boot gestaltet haben oder als sonst irgendetwas. Das habe ich auch von einer Stadtteilschule gelesen.

Letztendlich, diese Schule wird sich sicherlich nicht darüber beklagen, dass sie fehlende Räumlichkeiten hat. Andere Schulen, bei denen ist das der Brennpunkt, weil die überhaupt keine Räumlichkeiten haben. Also ich glaube, jetzt zu sagen, na ja, jetzt machen wir erst einmal für alle die Räumlichkeiten und alles andere hat da keine Wichtigkeit, das ist einfach schwierig.

Frau Dwenger: Und noch eine Ergänzung hierzu: Uns nutzen die Räume nichts, wenn wir nicht die Betreuung dazu haben. Also es ist ein Geflecht, von dem wir hier sprechen, und innerhalb dieses Geflechts muss man eben gucken, wie man das umsetzt. Wenn man einen Faden rauszieht, muss man zusehen, dass auch die anderen halten.

Vorsitzende: Frau Boeddinghaus.

Abg. Sabine Boeddinghaus: Ich möchte mich auch sehr herzlich bedanken für Ihren Vortrag. Mir hat besonders gefallen, dass Sie so konsequent das Kind in den Mittelpunkt Ihrer Forderungen gestellt haben und überhaupt in das Geschehen, in das schulische Geschehen. Das ist ja keine Selbstverständlichkeit, leider immer noch nicht. Und von daher, finde ich, ist auch Ihr ganzes Leitbild und Ihr Menschenbild, was Sie hier übergebracht haben, finde ich, sehr sympathisch. Und wir unterstützen Ihre Anliegen sehr. Ich möchte auch noch einmal Ihnen Respekt zollen überhaupt davor, dass Sie die Initiative ins Leben gerufen haben. Sie tragen da eine große Verantwortung, weil ich davon ausgehe, dass viele Eltern in Hamburg auch Hoffnung in diese Initiative setzen, haben viel Arbeit damit verbunden, es ist ein großer Erwartungsdruck, es ist viel Zeit, und dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken und freue mich, dass diese erste Stufe geklappt hat und dass wir jetzt hier sitzen. Und von daher habe ich natürlich auch die große Erwartung an den Senat,

dass er mit Ihnen in ernsthafte Verhandlungen tritt darüber, und ich möchte gar nicht sagen, wo die Priorisierung ist.

Natürlich werden Sie, wenn Verhandlungen wirklich anstehen, noch einmal deutlich überlegen müssen, ob Sie vielleicht in irgendeiner Art und Weise Ihre Forderungen absichten, aber ich begreife Ihre Forderungen heute als total gleichwertig. Und würde mich jetzt in der ersten Runde auf die Frage beschränken wollen, noch einmal die Kooperationsforderung zwischen Vormittag und Nachmittag so ein bisschen zu beleuchten. Das kam ja ein wenig zu kurz, weil, wir wissen ja auch von dem Modellversuch des PARITÄTISCHEN, wie wertvoll schon diese eine Stunde ist, die dort geschaffen wurde an Absprachen. Und ich würde einfach von Ihnen gerne noch einmal ein bisschen hören, was geht eigentlich verloren oder beziehungsweise, was braucht der Ganztag für die Beschäftigten und für die Kinder, dass eben Kooperation möglich sein muss zwischen Vormittag und Nachmittag. Was sind da die Knackpunkte, die es eigentlich dann letztendlich wichtig machen, dass der Ganztag gelingt?

Vorsitzende: Nur einmal so als sachlicher Hinweis. Bei der Kooperation, bei der Forderung der Initiative, geht es ja darum, demokratische Strukturen in der Schule zu haben, und nicht ... wenn ich es richtig verstanden habe. Aber Sie können natürlich selber gerne etwas dazu sagen. Ihr Forderungspunkt, da geht es ja um demokratische Strukturen, und hier die Frage von Frau Boeddinghaus, da geht es um die Verzahnung von Vor- und Nachmittag. Sie können aber gerne zu beiden etwas sagen (...).

Abg. Sabine Boeddinghaus: Entschuldigen Sie, Frau von Berg, aber ich glaube nicht, dass Sie mich da korrigieren müssen. Weil, wenn man die Forderungen liest, steht ganz klar die Kooperation auf Augenhöhe zwischen Schule und Jugendhilfe. Und das ist natürlich ein ganz klarer und deutlicher Bestandteil von GBS, und von daher ist es wichtig, danach zu fragen.

Frau Scheibner: Erst noch einmal, das ist tatsächlich ... mit dem Gremium ist die eine Forderung, und die andere Forderung ist, was wir unter Personal stehen haben, dass also Personal unterrichtsbegleitend eingesetzt wird, auch an GBS-Schulen, dass dafür die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Und natürlich aus dem Grund heraus, dass die Themen von Vor- und Nachmittag verzahnt werden müssen.

Ich kann da aus meiner Schule sagen, mein Sohn geht in eine Französischklasse, wir haben nachmittags eine französische Erzieherin, muttersprachlich, und es geht unglaublich viel verloren. Man könnte so ein großes Potenzial daraus schöpfen, wenn man diese Dinge miteinander verzahnen würde, wenn die Lehrerin und die Erzieherin wirklich Themen, französische Themen, gemeinsam am Vormittag so bearbeiten und am Nachmittag den Kindern eben anders anbieten könnten. Und es ist tatsächlich auch etwas, was Lehrer und Erzieher gleichermaßen sehr kritisieren an diesem ganzen System, dass diese Kooperationszeit, die da bezahlt wird, das ist ja lachhaft, also das sind ja 15 Minuten pro Tag, wo man tatsächlich sagen kann, Hans ist heute schlecht gewesen. Da geht es ja überhaupt gar nicht um Inhalte. Und diese Inhalte, die müssen aber ... das muss ganz selbstverständlich werden, dass Erzieher auch unterrichtsbegleitend eingesetzt werden können, damit dieses Potenzial gelebt wird und damit auch das Ganze ein Guss wird und die Kinder unterschiedliche Lernformen auch angeboten bekommen.

Frau Dwenger: Ich habe sonst noch ein anderes sehr praktisches Beispiel. Das ist ja wirklich unsere Forderung, dass die Mitarbeiter, die für die Betreuung zurzeit zuständig sind, in allen Systemen auch Vollzeit da sind. Das heißt also, auch unterrichtsbegleitend mitwirken. Und ich habe ein Beispiel an einer Schule erlebt, da gab es ungefähr fünf Kinder mit Förderbedarf, die aber keine Förderung bekamen, eine Lehrerin, die sich abgestrampelt hat und es versucht hat, irgendwie am Laufen zu halten. Es gab leistungsstarke Kinder, denen war das egal, die sind da einfach durchgegangen. So, und diese Lehrerin sagte, ich kann keine weiteren schwierigen Kinder gebrauchen, ich schaffe nicht mehr. Dann kam ein

Kind, das war so gut wie gar nicht beschulbar, mit in diese Klasse, und diese Lehrerin hatte das wahnsinnige Glück, dass sie von der GBS-Betreuung eine SFJlerin ausgeliehen bekam, die im Vormittag war und sie dort unterstützt hat, ansonsten hätte dieses Kind zu dieser Zeit überhaupt nicht in die Schule gehen können. Der gesamte Unterricht wäre gegen die Wand gefahren.

Und in dem Moment habe ich gedacht, das ist ja wunderbar, das ist doch genau das, was wir fordern. Das ist genau unser Punkt. Wir verzahnen das und wir optimieren das, und so ist den Kindern geholfen. So konnten alle Kinder noch etwas mitnehmen, solange diese junge Frau dort mit unterstützt hat. Und wenn das jemand ist, der eine professionelle Ausbildung hat, dann sieht das noch ganz anders aus.

Vorsitzende: Dann habe ich Frau Heyenn auf der Liste.

Abg. Dora Heyenn: Ja, auch von mir recht vielen Dank für die Präsentation, das war je sehr, sehr plastisch. Und letztendlich, wenn man jetzt von Priorisierung spricht, finde ich, ist ja ziemlich deutlich geworden, dass Sie ganz klar fordern, Qualität vor Quantität. Und das ist ja auch ein ganz wichtiges Anliegen.

Ich habe eine konkrete Nachfrage zu Ihrer Vorstellung. Sie haben ganz deutlich gemacht, und das teile ich ja auch, dass das gemeinsame Mittagessen eine ganz wichtige pädagogische Einrichtung auch ist und dass das eben auch ganz wichtig ist für die Kinder. Die Frage ist natürlich, und Sie haben eben davon gesprochen, dass sich die Lehrkräfte ziemlich abstrampeln, ich war selber lange Zeit Lehrerin und weiß, dass die Pausen keine Pausen sind und dass auch sehr viele Lehrkräfte sehr ausgepowert sind, und nun ist da meine Frage: Wenn Sie nun fordern, dass die Lehrkräfte beim Mittagessen dabei sein sollen, ist das denn Freizeit oder ist das ihre Arbeitszeit oder wie ist das eigentlich gedacht? Weil, ich finde das problematisch, wenn man von den Lehrern erwartet, dass sie ihr Mittagessen gemeinsam mit der Klasse einnehmen als ihre Freizeit. Weil, das ist keine Freizeit, das weiß ich ganz genau, wenn man mit Kindern zusammen isst, dann hat man auch eine ganze Menge pädagogischer Aufgaben und kommt wahrscheinlich selbst gar nicht zum Essen, um es einmal so zu sagen.

Die zweite Frage ist: Wie geht es jetzt politisch weiter? Sie haben jetzt die erste Hürde sehr gut geschafft mit 15.000 Unterschriften, und es gibt ja im Grunde drei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist, dass die Bürgerschaft und der Senat Ihre Forderung übernimmt, das wünschen Sie sich sicherlich von ganzem Herzen. Ich glaube aber, dass das nicht klappen wird. Die zweite Möglichkeit wäre ja die, dass die Bürgerschaft beziehungsweise der Senat mit Ihnen ins Gespräch kommt und guckt, und da haben wir ja schon so einige Erfahrungen hier mit Volksinitiativen und Volksentscheiden gehabt, und man guckt, ob man sich auf einen Kompromiss einigen kann. Und das Dritte ist, dass eben nichts übernommen wird, und dann würden Sie ja wahrscheinlich in die zweite Stufe gehen, nämlich ins Begehren.

Die Frage ist deshalb, wir hatten heute ja eine Pressekonferenz vom Senator, ich war ein bisschen erstaunt, dass ein paar Stunden vor dieser Ausschusssitzung zu diesem Thema mit Ihrer Präsentation dann diese Pressekonferenz kam. Ich hätte das, glaube ich, sinnvoller gefunden, wenn der Senat oder der Senator sich mit Ihnen an einen Tisch gesetzt hätte und gemeinsam geguckt hätte, was kann man nun eigentlich machen. Also meine Frage ist ganz konkret: Hat sich aus der Bürgerschaft oder auch aus dem Senat, gibt es dort Angebote für Gespräche, dass man vielleicht hoffen kann, dass es eine Einigung gibt?

Vorsitzende: Vielen Dank, Frau Heyenn. Wer mag antworten?

Herr Kotoll: Ich starte mit der Beantwortung der zweiten Frage. Das Erste, was es ... in Bezug auf das Gesprächsangebot seitens des Senats. Es gab heute am Rande oder nach der Pressekonferenz ein kurzes Gespräch mit dem Senator, dass unter Umständen

Gespräche, vielleicht sogar Verhandlungen möglich sein könnten. Das war es aber bislang auch.

Vorsitzende: Ich glaube, damit ist Ihre Frage beantwortet. Oder?

(Abg. Dora Heyenn: Ja, die zweite.)

Herr Kotoll: Die zweite Frage, die erste war das noch nicht.

Herr Kleine: Zur ersten Frage noch kurz. Wenn wir davon ausgehen, dass die pädagogische Begleitung oder Betreuung des Mittagessens Teil eines Bildungsauftrages ist, dann ist das natürlich Teil der Arbeit der Erzieher oder auch der Lehrer und natürlich muss diese Arbeit bezahlt werden. Das ist ja kein Freizeitvergnügen eines Lehrers.

Vorsitzende: Nun aber. Entschuldigung. Gut. Herr Wolf.

Abg. Dr. Alexander Wolf: Vielen Dank. Ich mache es kurz. Erstens vielen Dank auch von meiner Seite für Ihr Anliegen, mit dem Sie offenbar den Finger in die Wunde einer vielleicht etwas überstürzten Einführung der Ganztagschule legen, und Ihre Anliegen scheinen mir in einiger Hinsicht, vieler Hinsicht berechtigt. Und ich wünsche mir, und das knüpft etwas an diese Kritik von Frau Heyenn eben an, dass Ihre Anliegen in einem konstruktiven Diskussionsprozess auch vom Senat ernst genommen werden. Und ich empfand die Art und Weise dieser recht kurzfristig anberaumten Pressekonferenz nicht angemessen beziehungsweise hätte mir eine kooperative Vorgehensweise gewünscht. Das von meiner Seite nur ganz kurz ohne konkrete Frage jetzt. Danke.

Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg: Gut. Ich habe mich jetzt auf die Redeliste gesetzt.

Herr Kotoll: Pardon, darf ich, auch wenn es keine Frage war, kurz ...

Vorsitzende: Ja, selbstverständlich, Herr Kotoll.

Herr Kotoll: Die Ansicht teilen wir auch. Wobei wir schon ein bisschen schmunzeln mussten über den Tippfehler auch in der Einladung. Aber sei's drum. Das passiert wohl im Eifer des Gefechts, wenn man so etwas ganz kurzfristig ansetzt. Wir sehen es vor allem auch als so ein bisschen Affront Ihnen gegenüber, die Sie uns hier gegenüber sitzen, weil mir schon auch bewusst ist, dass Sie ja hier nicht Vollzeitparlamentarier sind, und ich denke, dass da mehr ein respektvoller Umgang auch wünschenswert wäre Ihnen gegenüber. Und das finde ich eigentlich viel schlimmer von der Seite her.

Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg: Gut. Jetzt bin ich auf der Redner/innenliste.

Ich möchte noch einmal auf dieses Thema Räume zurückkommen, weil ich möchte es einfach nur verstehen, was Ihre Forderung beinhaltet. Ich habe mir das mehrfach wirklich durchgelesen und kann noch nicht genau erkennen, in welchem Umfang Sie wirklich neue Räumlichkeiten haben möchten oder an den Schulen bestehen sollen, wie auch immer. Könnten Sie das für mich noch einmal quantifizieren, auch natürlich für meine Kolleginnen und Kollegen, von wie viel Räumen Sie sprechen? Pro Klasse, pro, was weiß ich, wenn 80 Prozent Teilnehmer/innenquote bei den GBSen ist, wie viel Raum braucht man, wie viel Quadratmeter pro Kind? Ich weiß es nicht. Das werden Sie sicher schon ... Sie werden sich ja Gedanken gemacht haben.

Dann würde ich auch gerne wissen, ob Sie genau diese Forderung eben halt auch für Stadtteilschulen haben und für die Gymnasien, die ja Ganztagschulen besonderer Prägung

sind. Also wenn Sie sagten, Sie meinen alle Ganztagschulen, betrifft es natürlich auch die Gymnasien. Was Sie sich da vorstellen.

Und dann habe ich natürlich mir auch noch einmal den Rahmenplan Schulbau angeguckt und alles, was an Baulichkeiten, Baumaßnahmen bereits geplant ist, und würde auch gerne damit dann verbunden fragen, soll das alles gestoppt werden, neu geplant werden. Also welche Gedanken haben Sie sich dazu bereits gemacht?

Herr Kotoll: Ja, vielen Dank für die Frage. Natürlich haben wir uns dazu Gedanken gemacht. Ich hole noch einmal ein klein wenig weiter aus, um diese Frage zu beantworten. Es war ja vorher auch von Frau von Treuenfels die Frage mit der Priorisierung der Forderung, was wir denn da eingehen wollen. Dazu muss man vielleicht wissen, dass die Evolution der Forderungen, wie wir sie jetzt präsentiert haben oder wie sie auch von rund 15.000 Hamburgern unterschrieben wurden, ein relativ langer Prozess gewesen ist. Also die ursprüngliche Forderungssammlung, auch nur in Stichworten, die war sehr viel umfangreicher, bis wir das dann entsprechend eindampfen konnten unter der Beteiligung vieler Menschen, die sich da in speziellen Bereichen noch mehr auskannten, als wir es heute tun, obwohl wir, glaube ich, heute auch schon sehr tief in der Thematik drin sind. Und da haben wir ... deswegen ist es für uns auch im Augenblick schwierig zu sagen, so was hat jetzt von diesen vier Forderungen die Hauptpriorität, weil da sehr viel drinsteckt.

Da war auch sehr viel das Raumthema Thema oder die Raumfrage, wo es nicht nur um Räume geht im Sinne klassischer umbauter Räume, wie wir hier in einem sitzen, sondern eben auch um Flächen, also auch Schulhofflächen beispielsweise. Wir sind deswegen relativ allgemein geblieben mit der Forderung, weil wir da natürlich auch die Standorte uns individuell ansehen müssen. Es gibt ja, wie schon auch erwähnt, bereits Schulen oder Schulstandorte, wo das sehr, sehr gut gelöst ist, wo sehr viele Ansprüche, die die Kinder haben, umgesetzt werden können, nach Toberäumen, nach Ruheräumen, wo auch die Außenflächen entsprechend groß und auch attraktiv sind, um sie nutzen zu können. Bei anderen Schulen ist das noch überhaupt nicht der Fall. Es gibt Schulen, wo noch nicht einmal alle Räume, die da sind, überhaupt für den Ganzttag geöffnet werden, weil es dort immer noch, und das ist so das Thema Kooperation auf Augenhöhe, diese Situation gibt, wir am Vormittag, die am Nachmittag. Eure Räume, unsere Räume. Das ist auch ein Teil der Forderungen, was wir gerne aufgelöst haben wollen, dass es diese Widersprüche nicht mehr gibt.

Dann muss man sich sicherlich ansehen bei Schulen in Innenstadtlagen, dort werden wir nicht sinnvoll großartige Zubauvarianten fordern können, weil die entweder zulasten des Schulhofes gehen oder weil die Fläche schlicht und einfach nicht da ist, weil links und rechts von der Schule auch andere Bebauung vorhanden ist. Da wäre es dann sinnvoll zu gucken, wie kann ich alternativ ein attraktives Ganztagesangebot gestalten, indem ich umliegende Infrastruktur, die es gibt aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit, entsprechend nutzen und einbinden kann. Die ist ja da und ist ja auch schon einmal finanziert worden. Auch das ist möglich zu gestalten in diesem Bereich.

Frau Scheibner: Ich würde das gerne noch ergänzen. Es ist tatsächlich schwer gewesen, gerade diese Forderung zu formulieren. Und genauso schwer ist es jetzt zu sagen, soundso viel Quadratmeter brauchen wir zusätzliche Fläche, weil natürlich an Schulen auch Räumlichkeiten, wie gesagt, schon zur Verfügung stehen, die vielleicht einfach nur umgestaltet werden müssen. Die sind schon da als Fläche, aber sie sind eben noch nicht als Ruheraum ausgestattet oder als Tobemöglichkeit oder so. Also insofern ist es einfach sehr, sehr individuell, und vielleicht muss man auch ein Stück weg von diesen Quadratmeterzahlforderungen, da sind Sie ja eher die Experten, die sich da mit Musterflächenplänen auskennen, hin zu den Bedürfnissen der Kinder wieder. Was brauchen die Kinder? Die brauchen die Ruhemöglichkeit, sie brauchen Rückzugsmöglichkeit und es muss für alle Kinder diese Möglichkeit geben.

An unserer Schule machen sich die Lehrer schon Gedanken, wo sie den Ruheraum unterbringen, und über den Belegungsplan. Das muss man sich einmal überlegen. Da soll es einen Ruheraum geben und dann wird vorgeschrieben, wann die Kinder da rein... also wann welche Klasse Zugang zu diesem Raum hat. Das hat ja dann auch nicht mehr viel mit den Bedürfnissen zu tun. Und insofern, wirklich diese Bedürfnisse sehen, die die Kinder haben, und daraufhin an den Standorten gucken, was ist machbar, was ist mit den vorhandenen Dingen und Mitteln umsetzbar und was wird auch finanziert.

Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ich will aber noch einmal erläutern, warum ich da so genau nachfrage. Sie müssen sich ja in unsere Situation dann reinversetzen. Nehmen wir einmal einfach an, Sie haben mit Ihrem Volksbegehren und allem Erfolg und dann soll das umgesetzt werden, und dann ist natürlich die Frage, wann ist denn genug. Das muss quantifizierbar sein. Das möchte ich Ihnen einfach noch einmal auf den Weg geben. Sie müssen es den Menschen auf der Straße ja auch erklären. Und das ist für mich immer noch nicht klar, wann ist denn genug. Verstehen Sie? Deswegen frage ich da so genau nach. Aber ich glaube, da kommen wir jetzt in diesem Moment nicht weiter. Richtig? Gut. Okay.

Herr Kotoll: Ist auch okay. Um Ihre Frage noch zu beantworten, ob wir jetzt besehende Bauplanung sofort gestoppt haben wollen: Nein. Weil, das wäre töricht. Es geht nicht darum, dass wir jetzt irgendwie Geld verschwenden wollen, sondern wir wollen es sinnvoll weiterentwickeln. Dort, wo man noch Dinge einplanen kann, weil der Planungsprozess erst am Anfang steht, und das gibt es ja auch noch an genug Standorten, macht es Sinn, darauf einmal einzugehen. Wir können grundsätzlich beispielsweise einmal schauen, Musterflächenprogramm, das Stichwort kam ja schon, einmal schauen, wie viel Fläche ist eigentlich für Inklusion dort vorgesehen. Null.

Vorsitzende: Okay. Dann habe ich Herrn Schwieger als Nächstes jetzt auf der Liste, dann Frau Prien und Frau Duden. Wer möchte noch?

Abg. Jens-Peter Schwieger: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Es tut mir leid, ich muss immer noch so ein bisschen kreisen, und es bewegt mich immer noch das Thema Räume. Die Diskussionsgrundlage für mich ist ja das, was Sie aufgeschrieben haben in Ihrer Vorlage für die Volksinitiative, und nicht das, was Sie jetzt äußern. Also ich habe jetzt mitgenommen einmal, dass Sie in Kauf nehmen würden, dass zwischen Vormittag und Nachmittag Wege entstehen können. Das hat Frau Scheibner ganz deutlich gesagt. Weil in bestimmten Innenstadtlagen zum Beispiel, nehmen wir einmal als Extrembeispiel die Schule in der Hafencity, dort keine weiteren Räumlichkeiten gebaut werden können.

Die zweite Frage, die sich mir stellt: Es gibt natürlich auch Schulen, wo das denkbar wäre, würden Sie denn auch den Verlust von Freiflächen in Kauf nehmen für den Zubau von den Räumen, die Sie brauchen? Und bei dem Ganzen möchte ich Sie auch noch einmal bitten zu kalkulieren, wenn Sie die Flächen berechnen, dass die Kalkulationsgrundlage pro Kind 4 Quadratmeter sind plus 40 Prozent Organisationsflächen. Weil ja vorhin auch die Frage kam, wie kommen Sie auf solche Summen.

Und ein weiterer Punkt, der hier noch nicht genannt worden ist, Sie fordern auch, dass keine weiteren Schulflächen, weder Außen- noch Innenflächen, zur anderweitigen Nutzung, Vermietung und so weiter, freigegeben werden.

(Zuruf)

Ja, "in der Regel" ist es für mich ein juristischer schwammiger Begriff, es steht aber vollständig zitiert da. Betrifft das auch Sportvereine, die die Hallen nutzen? Das ist eine Vermietung. Man kann auch ganz extreme Beispiele nehmen. Am Wahltag, die Wahlstellen, ist auch eine Vermietung. Nicht? Also, da muss man einmal ... da müssen Sie auch ein

bisschen deutlicher werden. Das ist immer so absolut bei Ihnen formuliert. Und ich habe den Eindruck, die Ausnahmen, die höre ich immer nur mündlich, aber ich muss mich an das halten, was Sie aufgeschrieben haben.

Frau Dwenger: Vielen Dank für die Frage, Herr Schwieger. Wir müssen zum einen beachten, dass wir eine wirklich kleine Fläche haben, wenig Raum haben, um alles, was wir transportieren wollen, unterzubringen. Das ist der eine Punkt. Das "in der Regel" steht sehr bewusst dort. Denn uns ist nämlich auch bewusst, wenn wir sagen, es dürfen keine Schulen verkauft werden, keine Flächen verkauft werden, dass eine Schule, die am Ende der Welt ist, zwei Schüler hat, nicht aufrechterhalten werden kann. Also es gibt Einzelfälle, aber es geht in diesem Punkt wirklich darum, dass wir uns vorher gemeinsam angucken, und Eltern, glaube ich, haben an dieser Stelle auch einen Weitblick und können auch mit gucken und überlegen und sagen, ach, Moment einmal, bei uns um die Ecke, bei uns in Bramfeld beispielsweise, wird gerade wunderbar gebaut, da ist mit Sicherheit ... Schule An der Seebek, die vier Räume, die es da gibt, die werden nicht bleiben, diese vier Freizeiträume, diese vier GBS-Räume. Wunderbare Flächen. Wir rechnen damit, dass sie irgendwann verkauft werden, Freiflächen. Also warum planen wir diesen Ganzttag nicht erst durch und fangen dann an, über einen Verkauf nachzudenken, über Schließungen nachzudenken. Da steht genau hinter diesem Punkt.

Und um noch einmal auf diese Räume einzugehen und diese Frage nach den Räumen, es ist sehr individuell in Hamburg. Und hätten wir hier geschrieben, wir fordern pro Kind 10 Quadratmeter, dann würde ich gerne einmal wissen, was Sie dazu sagen würden. Da würden Sie uns nämlich sagen, das geht ja gar nicht. Würden wir sagen, wir fordern 2 Quadratmeter pro Schule und pro Kind, würden Sie uns hochrechnen, dass das ebenfalls nicht geht. Wir sind bereit, individuell zu gucken an dieser Stelle und hier und jetzt, und ich denke, das ist ein Punkt, den sollten Sie auch nutzen, die sollte die Bürgerschaft nutzen, diese Möglichkeit, mit uns darüber zu sprechen und das mit uns zu entwickeln. Und das ist auch das, was wir den Menschen auf der Straße gesagt haben. Und die Menschen auf der Straße haben das eindeutig so gesehen, dass zusätzliche Räume zum Unterricht wichtig sind für die Entwicklung von Kindern. Dieses Beispiel, mit diesen vier Räumen, 200 Kinder, vier Räume für die Freizeit. Es ist wunderbar, es sind wunderbare Räume, es sind Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder. Das ist ein Beispiel, wo ich sagen würde, da würde ich nicht meckern.

Herr Kotoll: Noch ergänzend zu der Frage mit den Sportvereinen. Ich glaube, genau die Fragestellung zeigt so ein bisschen auch, wo die Problematik ist von der Perspektive her. Die Frage ist ja nicht, ob Schule/Ganzttag oder Sportvereine, sondern die Sportvereine sind jetzt ja auch schon da und nutzen die Hallen. Es wäre ja vielleicht intelligent, darüber nachzudenken, wie die Sportvereine, die jetzt ja auch schon da sind, in das Angebot der Ganztagsbetreuung mit einzubinden sind, da, wo das noch nicht stattfindet, ja? Solche Dinge. Zu Ihrer Frage, wie weit jetzt die Nutzung der Schulen an Wahlsonntagen kollidiert mit der Nutzung der Schule: An Wahlsonntagen ist keine Betreuung, das ist unproblematisch.

Vorsitzende: Herr Schwieger, Sie haben eine Nachfrage oder hat es sich erledigt? Also Nachfrage wirklich nur.

Abg. Jens-Peter Schwieger: Nur eine Nachfrage, ich möchte darauf hinweisen, dass hier nicht vom Verkauf gesprochen wird, sondern ich nur das Thema Vermietung angesprochen habe. Also von Schulflächenverkauf habe ich nicht gesprochen.

Frau Dwenger: Ergänzend dazu ist aber auch, dass die Vermietung, wenn Mietverträge geschlossen werden, diese Räumlichkeiten nicht mehr zugänglich sind für die Kinder, kurzfristig. Also ich bin gerade, Schule An der Seebek, da werden jetzt Räume vermietet an die VHS, wenn diese Räume dann gebraucht werden im Zuge des Zuwachses, weiß ich nicht, wie da ... Ich meine, ich kenne die Verträge persönlich nicht ...

(Zuruf)

– Genau, da ist ein Mietvertrag und, ich glaube, der kann nicht von heute auf morgen gekündigt werden. Und genau darum geht es.

Vorsitzende: Gut. Frau Prien.

Abg. Karin Prien: Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Lassen Sie sich bloß nicht ins Bockshorn jagen durch diese sehr detaillierten Fragen, denn, ich glaube, die Formulierung Ihres Petitums, dieses ersten Petitums zu den Räumen, macht ja sehr klar, dass es Ihnen gerade nicht darauf ankommt, über Quadratmeterzahlen im Einzelnen zu sprechen, sondern Sie sagen, wir wollen, dass eine bestimmte Zielvorstellung formuliert wird, und dass diese standortspezifisch, sukzessive umgesetzt wird. So jedenfalls verstehe ich Ihr Anliegen. Das kann durch Räume in den Schulen, durch bereits vorhandene Räume, die jetzt aber nicht genutzt werden, in Schulen geschehen, das kann aber auch durch externe Räume geschehen und da muss man jetzt im Einzelfall gucken und das kann im Einzelfall auch durch Anbau möglich und notwendig werden. Insofern ist nach dem, was ich heute gehört habe, im Grunde Ihre Forderung eine ganz klare Aufforderung darüber, standortspezifisch auch eben in Verhandlungen einzutreten. Also das ist mir sehr deutlich geworden, dass das, was Sie mit Ihrer Volksinitiative begonnen haben, ein ganz klares Angebot auch an uns als Fraktionen und an den Senat ist, genau über diese Fragen zu sprechen und sie dann etwa im Rahmen des Musterflächenplanes als Zielvorgabe zu definieren und eben im Übrigen im Einzelfall bei jeder Schule zu gucken, was kann man da eigentlich machen. Und insofern finde ich es auch richtig, wenn Sie sich gar nicht aufs Glatteis führen lassen und Sie gar nicht dieser Aufforderung nachkommen, jetzt genau zu beziffern, das brauchen sie nämlich in dieser Situation auch gar nicht.

Ich würde aber gerne noch einmal jetzt zu einem anderen Thema kommen, und das ist die Frage Vollzeitverträge für Erzieher und das ist ja das Thema Verzahnung Vormittag/Nachmittag. Da verstehe ich Sie so, dass Sie möchten, einmal, dass die Erzieherinnen und Erzieher bessere Arbeitsbedingungen erhalten, indem sie Vollzeitverträge bekommen, aber darüber hinaus auch, dass dann eben auch Erzieherinnen und Erzieher am Vormittag eingesetzt werden. Und bedeutet das dann auch, dass Lehrerinnen und Lehrer am Nachmittag dann tätig werden? Also dass man sozusagen beide Professionen auf den Ganzttag gestreckt einsetzt? Das hat eine Menge rechtlicher Probleme, das ist klar, weil wir nach wie vor, das ist ja auch ein Geburtsproblem, zumindest von GBS, dass hier verschiedene Rechtskreise, auch verschiedene Behörden betroffen sind, wobei Sie da auch sagen können, das löst ihr einmal schön, das müssen wir nicht lösen, würde ich Ihnen auch zugeben. Wie stellen Sie sich das vor, wie soll Unterricht am Vormittag und am Nachmittag einfach nur nach dem, was Sie sich überlegt haben, wie soll diese Art von Einsatz von Lehrerinnen und Lehrern und Erzieherinnen und Erziehern auf der anderen Seite am Vormittag und am Nachmittag andererseits aussehen?

Frau Scheibner: Ganz kurz etwas zum Hintergrund dieser Forderung. Das große Problem, was wir haben im Ganzttag, und zwar nicht nur an GBS-Schulen, sondern auch an GTS-Schulen, ist, dass die Erzieher in der Regel nur Teilzeitverträge haben. An GBS-Schulen ist es ganz extrem, weil es da alle trifft. An GTS-Schulen gibt es hin und wieder welche, die auch ein bisschen mehr Stunden eingesetzt werden. Grundsätzlich sind aber ja die Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, nur für diese zusätzliche Zeit, die jetzt betreut werden muss, da. Und das bedeutet, dass wir eine hohe Fluktuation haben, das wissen Sie ja sicherlich alle, die sich mit dem Thema beschäftigt haben, wir haben viele Erzieherwechsel, wir haben gesehen, was das für die Kinder bedeutet. Und wir brauchen attraktivere Arbeitsplätze, damit wir überhaupt noch Fachpersonal im Ganzttag an Schulen finden, weil, die gehen im Moment alle in die Kitas, weil sie natürlich dort auch gesucht werden. Und übrig bleiben dann Honorarkräfte oder, ja, Erzieherinnen und Erzieher in der Ausbildung, die

eigentlich so vollwertig noch gar nicht eingesetzt werden können und so weiter. Und das ist der Hintergrund zu dieser Forderung. Und deswegen bezieht sie sich auch besonders in diesem Fall auf Erzieherinnen und Erzieher oder Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen, um diesen Arbeitsplatz aufzuwerten, um ihn attraktiver zu machen. Und natürlich dann auch im Zusammenhang mit der Verzahnung, mit der Möglichkeit, am Vormittag, um jetzt bei meinem Beispiel zu bleiben, Französischunterricht, die Erzieherin erkennt, was drankommt als Stoff und bietet dann am Nachmittag, was weiß ich, dazu Lieder, Spiele, keine Ahnung was, an. Also einfach ... Das ist ja der Sinn vom Ganztage, egal, ob GBS oder GTS, dass wir formales Lernen und informelles Lernen miteinander verbinden. Und dafür brauchen die Professionen natürlich Zeit, um sich abzustimmen.

Vorsitzende: Okay. Beantwortet, Frau Prien?

Abg. Karin Prien: Fürs Erste ja, danke.

Vorsitzende: Frau Duden.

Abg. Barbara Duden: Ja, ich will sozusagen noch einmal den zweiten Teil der Frage von Frau Prien stellen, nämlich, Sie fordern ja ursprünglich auch, dass Sie sagen, an allen Standorten soll eine Besetzung am Vor- und Nachmittag mit Erziehern und Sonderpädagogen gewährleistet sein. Sonderpädagogen werden, glaube ich, im Augenblick so mit A 13 bezahlt, und was ich im Vorfeld der Vorbereitung zur heutigen Sitzung auch mitgenommen habe, obwohl ich nicht Juristin bin, ist die Frage, dass es große arbeitsrechtliche Probleme gibt, wenn man sozusagen Leute, die bei zwei verschiedenen Trägern angestellt werden ... Wie man das gestaltet. Haben Sie sich darüber Gedanken gemacht?

Und dann würde ich noch gerne sozusagen noch einmal eine Frage stellen zu den Schulkonferenzen. Da ist es ja so, dass Sie sagen, an jeder Ganztage Schule soll ein Gremium gebildet werden, das paritätisch von Schulleitung, Vertretern von Lehrern, Jugendhelferträgern, Erziehern und Schülern ab Jahrgangsstufe 5 und Eltern sozusagen besetzt ist. Und Sie haben, ich erinnere mich nicht mehr genau, wer von Ihnen gesagt hat, dass Sie davon ausgehen, dass in diesen Schulkonferenzen jeder, der am Ganztage beteiligt ist, in diesen Schulkonferenzen ist. Das würde für mich auch bedeuten, die Köchin mit den regionalen Angeboten. Aber da würde ich gerne auch noch einmal wissen, wie können Sie sich vorstellen, dass man das durchführt, ohne dass die Eltern- und die Schülerrechte in dieser Frage jetzt beschnitten werden.

Vorsitzende: Wenn Sie die Frage nicht verstanden haben, fragen Sie. Ich sehe gerade in etwas blanke Gesichter.

Herr Kotoll: Nein, nein, alles gut. Ich würde auch da mit der zweiten Frage beginnen wollen, die zu beantworten. Die Schulkonferenz ist die Schulkonferenz, das höchste Entscheidungsgremium gemäß Hamburger Schulgesetz, die wird so bestehen bleiben. Die Forderung, die wir hier stellen, ist die nach einem zusätzlichen Gremium, in dem eben die Ganztagesdinge besprochen werden und dort sollen in der Tat alle diejenigen, die eben am Ganztage beteiligt sind, paritätisch ein Stimmrecht haben. Und, ja, das kann dann gegebenenfalls auch die Köchin sein genauso wie heute in der Schulkonferenz auch schon das nicht pädagogische Personal ja auch vorgesehen ist mit Vertretern durch Sekretärin, also Schulsekretariat, Hausmeister et cetera pp. Die erste Frage brauche ich noch einmal ganz kurz zusammengefasst, dann beantworte ich die auch, bitte.

Abg. Barbara Duden: Also ich habe bei der ersten Frage, das war sozusagen ja eine Zusatzfrage der Frage, die Frau Prien gestellt hat, ob Sie sich sozusagen, als Sie den Text entworfen haben, da haben Sie ja gesagt, Vollzeitstellen für Erzieher und Sonderpädagogen. Ich will jetzt nicht wieder auf den Finanzierungsvorbehalt kommen, ich will von Ihnen da auch

in dieser Frage gar keine Zahl hören, weil ich glaube, die gibt es auch nicht. Da habe ich einmal drauf hingewiesen, dass Sonderpädagogen mit A 13 bezahlt werden, das ist ja schon eine ganze Menge Geld, und ich habe gefragt, ob die Initiative sich im Vorfeld, als sie das formuliert hat, darüber Gedanken gemacht hat, dass es große arbeitsrechtliche Probleme gibt, Vollzeitstellen von Erziehern zu schaffen, weil es sozusagen unterschiedliche Arbeitgeber gibt. Ich hoffe, das ist jetzt verständlich geworden.

Herr Kotoll: Ja. Sie war mir nur gerade entfallen, also verstanden hatte ich es vorher auch. Aber danke noch einmal für die Wiederholung. Es ist uns bewusst, dass es dort eben diese Problematiken gibt, weil da zwei Rechtskreise aufeinandertreffen, was ja auch so ein bisschen der Geburtsfehler ist, in dem widerspiegelt wird, dass wir da zwei Behörden haben, die da mit im gleichen Topf rühren sozusagen. In der Tat muss das rechtlich gelöst werden, aber da stimme ich Frau Prien komplett zu, dass das eben die Fachleute in den Behörden dann tun sollen. Ich habe heute gehört, dass da auch entsprechend schon Aufträge laufen an Rechtsanwaltskanzleien, die sich da sehr gut mit auskennen im Arbeitsrecht. Das soll gelöst werden können. Und, ganz ehrlich, wenn wir das Problem haben, dass es irgendwie Bundesrecht berührt, weiß ich, dass die regierenden Parteien hier in Hamburg eben auch Verbindungen haben zur Bundespartei und nötigenfalls kann man es eben doch dort halt regeln und Gesetze auch ändern. Die sind ja nicht in Stein gegossen. Fertig.

Frau Dwenger: Dann würde ich an dieser Stelle noch einmal ganz kurz auf die Sonderpädagogen eingehen, von denen Sie gerade gesprochen haben. Hier geht es um Kinder mit besonderem Förderbedarf. Hier geht es nicht um jedes Hamburger Kind und wenn Hamburg Inklusion haben will, was wir auch umsetzen müssen, wir sind dazu verpflichtet, das ist uns bewusst, aber dann müssen wir das auch im Ganztage umsetzen, sowohl vormittags sowie nachmittags. Die Kinder werden keine anderen, die wir haben.

Vorsitzende: Gut. Frau Duden signalisiert, die Frage ist beantwortet soweit. Frau Boeddinghaus.

Abg. Sabine Boeddinghaus: Ja, das ist ja ein ganz spannender Punkt und aus unserer Sicht ist gerade die Verzahnung von Vor- und Nachmittag und gerade der Austausch der Professionen, man spricht ja auch von multiprofessionellen Teams, über den ganzen Tag hinweg, ist im Grunde der Qualitätssprung hin zu einer Ganztage Schule, wie wir sie uns als LINKE zumindest vorstellen und ich gehe einmal davon aus, dass Sie diesem Gedanken auch gar nicht abgeneigt sind. Und wenn ich sehe, dass das beim HIBB, also bei der Zusammenarbeit der beruflichen Schulen und der Wirtschaft ja durchaus gelingt, unterschiedliche Rechtskreise zusammenzubringen, wenn das bei der Jugendberufsagentur gelingt oder beziehungsweise der politische Wille es ist, dass es gelingen möge, dass unterschiedliche Rechtskreise zusammenarbeiten, dann sehe ich überhaupt nicht ein, warum der politische Wille, wenn er denn da wäre, nicht auch hier gute Fortschritte machen könnte. Von daher akzeptiere ich dieses Argument nicht, es gäbe bei der Kooperation rechtliche Probleme, man verweist auf Bundesrecht und legt sich gemütlich in seinen Stuhl zurück. Von daher stelle ich auch ganz dezidiert heute die Frage auch an den Senat, ob er sich vorstellen kann, in die Verhandlung zu gehen zum Beispiel mit dieser Option, durchaus ernsthaft über diese Möglichkeit der Zusammenarbeit nachzudenken. Und wir haben da ja auch eine ganz konkrete Finanzierungsgrundlage, weil ja heute den ganzen Abend nach Zahlen gefragt wird, wir wissen ja von dem Modellversuch des PARITÄTISCHEN, dass er hochgerechnet auf alle Grundschulen Pi mal Daumen fünf Millionen Euro kosten würde. Das ist ja nur diese eine Stunde, die aber einen unglaublichen Qualitätssprung bringt für die Schulen. Also das ist die eine Frage von mir auch an den Senat.

Und die zweite Frage ist, ob er zum Beispiel mit einer weiteren Verhandlungsoption in die Runde gehen würde mit der Volksinitiative, nämlich das Musterflächenprogramm aufzumachen. Weil das, glaube ich, ist ein Dreh- und Angelpunkt, das zu hinterfragen und

das neu zu schreiben und das kann man dann durchweg auch in guten Verhandlungsschritten Standort für Standort machen, weil, das ist kein Gießkannenprinzip, sondern das muss man sich ganz verantwortungsvoll vor Ort angucken. Jeder Stadtteil ist auch ganz unterschiedlich aufgestellt.

Und zum Dritten möchte ich noch einmal Ihre Forderung, Frau Scheibner, vom Anfang aufnehmen. Ich finde es sehr wichtig, dass wir noch einmal zusammen eine Sitzung machen mit dem Familienausschuss, mit der BASFI oder wie auch immer wir das dann organisieren, aber es kann wirklich nicht sein, dass wir diesen ganzen Aspekt vernachlässigen, weil er elementar wichtig ist in dieser ganzen Diskussion. Ich hoffe, dass wir da ein Verfahren finden, dass wir da noch einmal zu einer Sitzung gemeinsam mit der BASFI kommen. Vielen Dank.

Vorsitzende: Das war, glaube ich, keine Frage, aber Sie wollen sich dazu auch nicht äußern. Gut.

Abg. Sabine Boeddinghaus: Ich habe den Senat gefragt.

Vorsitzende: Der Senat kommt ja nachher dran. Also jetzt ist erst einmal Bürgerschaft und dann nachher ... Habe ich ja vorhin erläutert. Also wenn Sie sagen als Initiatorinnen und Initiatoren, wir konnten unsere Forderung umfänglich darstellen, dann hören wir auf und dann wird danach der Senat befragt. Aber dann haben wir das schon einmal für den Hinterkopf. Frau Blandow-Schlegel.

Abg. Hendrikje Blandow-Schlegel: Vielen Dank. Ich möchte auch erst einmal sagen, dass ich alle Punkte, die Sie aufgegriffen haben, wirklich sehr spannend finde. Ich habe große Kinder im Alter von 34 bis 16. Ich habe diese Schullaufbahnen alle miterlebt und ich war in mehreren Schulkonferenzen, deswegen habe ich zwei ganz konkrete Fragen, die sich aus der jetzigen Diskussion auch schon ergeben haben zu Ihren Punkten. Die erste ist, Frau Prien, Sie haben das vorhin noch einmal dezidiert aufgegriffen, was Sie mündlich erörtert haben, die standortspezifischen Anforderungen in der Raumfrage. Da haben Sie aber vorhin gleichzeitig formuliert, Sie würden daraus gerne einen Rechtsanspruch machen. Ein Rechtsanspruch standortspezifisch, das kann nicht funktionieren, weil ein Rechtsanspruch muss immer eine bestimmte allgemeine Fassung und Form haben, die dann im Zweifelsfalle auch allgemein erfüllt werden kann. Deswegen kann es nicht standortspezifisch geprüft werden. Also da müssen Sie sich dringend konkret darüber Gedanken machen, wie es wirklich ganz praktisch formuliert werden kann, um es zu einem Rechtsanspruch zu machen, halte ich für eine juristisch ganz, ganz schwierige Frage. Das ist der eine Punkt. Aber vielleicht haben Sie sich ja dazu schon Gedanken gemacht.

Der zweite Punkt ist ebenfalls juristisch für mich ganz schwierig, das paritätische Mitbestimmungsrecht in der Kooperation. Jetzt haben Sie das ausführlich erläutert, dass Sie sich eine Verzahnung von Nachmittag und Vormittag vorstellen. Die Verzahnung von Nachmittag und Vormittag bedeutet ja aber auch eine Verzahnung nicht nur der verschiedenen Träger und der Schulsituation, also eigentlich auch eine Verzahnung der verschiedenen schulischen Themen mit dem sozialpädagogischen Auftrag, der dahintersteht. Wie soll das mit einem parallelen Gremium stattfinden? Das könnte bedeuten, dass Sie in der Schulkonferenz einen anderen Beschluss haben als in dem parallel von Ihnen geforderten Gremium. Das halte ich für ganz hochproblematisch. Also das wäre eine Art Parallelsituation, wo Sie konträre Beschlüsse haben plötzlich. Das ist eigentlich nicht durchdacht und ich glaube, ich verstehe schon, was Sie als Ziel sich wünschen. Ich glaube, das ist aber sehr kompliziert, weil natürlich das Schulgesetz der Schulkonferenz ja eine bestimmte Aufgabenstellung gibt und deswegen nicht von ungefähr, also nicht ... Ganz konkret zum Beispiel in der Grundschule Turmweg nicht der ETV, das ist der Eimsbütteler Turnverein, in der Schulkonferenz, der nachmittags die Trägerschaft hat, der kann nicht in der Schulkonferenz zu allen Fragen, zum Beispiel Handybenutzung oder wie wird die

Schulküche ausgestattet oder was weiß ich, da hat der ETV einfach nichts mitzureden. Faktisch in der Sache nicht. Und da stellt sich für mich die Frage, wie Sie sich das vorstellen, ob in allen Fragen tatsächlich dann notwendigerweise in der Schulkonferenz, das ist der einzige sinn..., gangbare Weg wäre das meiner Meinung nach, wie sich das umsetzen lässt. Ich halte das für sehr kompliziert und rechtlich für fragwürdig.

Frau Scheibner: Ja, Sie haben ja jetzt gerade zwei Dinge ausgeschlossen, die quasi entweder oder bedeuten würden. Also Sie sagen einerseits, es geht nicht in der Schulkonferenz andererseits geht es aber auch nicht mit einem weiteren Gremium. Wir haben ganz deutlich gemacht, dass dieses paritätische Mitbestimmungsrecht, das soll sich auf die Belange der Kooperation beziehen, nicht auf die Belange, die die Schule als Leistungszielvereinbarung oder sonstige Dinge festlegt. Und wir sagen auch nicht, extra nicht, wir sagen nicht, das soll die Schulkonferenz sein, die einfach nur um ein paar Sitze erweitert werden soll, sondern wir sagen, es soll ein Gremium sein und das ist ja auch wieder eine Frage dessen ... Wir können natürlich jetzt weitermarschieren und ein Volksbegehren, Volksentscheid und so weiter und werden dann die Dinge entsprechend auch konkretisieren, ob Sie damit aber so glücklich werden, das weiß ich nicht. Also es geht ja tatsächlich darum, gemeinsam einen Weg zu finden, diese Probleme, die wir da identifiziert haben, so zu lösen oder Ansätze zu finden, um das Bestmögliche da rauszuholen.

Herr Kotoll: Noch auch ergänzend dazu, es gibt ja auch heute schon mehrere Gremien an den Schulen. Der Elternrat ist ein Gremium, die Gesamtkonferenz ist ein Gremium et cetera pp. Auch die fassen Beschlüsse und auch die kommen nicht immer eins zu eins durch die Schulkonferenz durch, auch die werden dort teilweise abgelehnt. Weil die eben dort entsprechend keine Mehrheit finden. Also das ... Ich sehe da relativ wenig rechtliche Problematik drin in diesem Bereich.

Was die Quadratmeterfrage angeht oder den rechtlichen Anspruch auf das, was die Räume angeht, ja, da können wir noch ein bisschen verschärfen, das werden wir mit unserer Rechtsabteilung auch noch einmal besprechen, wie wir das formulieren. Das wird uns gelingen, da bin ich optimistisch.

Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg: Gut. Jetzt bin ich noch einmal auf der Redner/innenliste und Frau Prien habe ich noch. Gibt es noch weitere Wortmeldungen gerade? Im Moment noch nicht. Herr Seelmaecker. Gut.

Ich habe zwei relativ kleine Fragen, und zwar einmal zum Thema Erzieher/innen-Kind-Schlüssel. Sie unterscheiden ja zwischen Vor- und Nachmittag, was bei GBS ja auch ganz einfach nachzuvollziehen ist. Wenn ich das immer so richtig verstanden habe, wie Sie unterscheiden, Sie unterscheiden, so habe ich das jedenfalls wahrgenommen, zwischen Unterricht und Freizeit oder Betreuungszeit oder wie auch immer, was ja bei den gebundenen Ganztagschulen durchaus anders rhythmisiert sein kann, dass auch am Vormittag Freizeit, mit andern Worten Kurse oder so etwas stattfinden. Deswegen würde ich gerne von Ihnen nur wissen, fragen oder erfahren, gilt dieser Erzieher/innen-Kind-Schlüssel dann immer für die Phasen, die nicht Unterricht sind im klassischen Sinne nach Studentafel? Das ist die eine Frage. Und die zweite Frage ist, Sie fordern ja auch einen Snack am Nachmittag, der zur Verfügung stehen soll, sagen noch nichts zu den Kosten beziehungsweise zur Kostenbeteiligung. Ist Ihre Forderung, dass dieser Snack kostenfrei sein soll oder sollen die Eltern sich daran beteiligen?

Herr Kleine: Also zum Snack am Nachmittag kann ich sagen, es war ja früher in den Horten durchaus üblich, dass die Kinder, die nachmittags noch im Hort waren, noch einen kleinen Snack bekamen. Das hat ihnen auch gutgetan. Soweit ich weiß, ist das in Österreich beispielsweise sehr üblich, dass die Kinder nachmittags noch einmal einen kleinen Snack bekommen. Ich bin kein Ernährungsphysiologe oder wie auch immer, -wissenschaftler, aber

wenn ich das richtig verstanden habe, ist das für Kinder sehr, sehr wichtig, dass die einen relativ konstanten Zuckerspiegel haben, damit es ihnen gut geht. Und um das gewährleisten zu können, wäre dieser Snack am Nachmittag einfach sehr wichtig für die Kinder, die vielleicht dann auch um vier noch gar nicht abgeholt werden, sondern bis um fünf oder bis um sechs in der Schule sein müssen. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass aufgrund der mangelnden räumlichen Kapazitäten der Kantinen, Kinder oft in mehr Schichten essen und dass viele Kinder um 12 Uhr schon mittagessen müssen. Natürlich haben die irgendwann wieder Hunger und natürlich ist das unsere Pflicht oder die Pflicht der Schulen, die eben in dem Fall dann im Ganztage an die Schulen übertragen wurde, auch für diesen Snack zu sorgen. Und früher war es eben abgegolten mit dem einmaligen Essensbeitrag im Hort. Es wäre schön, wenn das machbar wäre auch im Ganztage. Warum soll ... Entschuldigung?

(Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg: Kostenfrei?)

Natürlich. Wie gesagt, das Essen ist auch ein bisschen Bildungsauftrag, es hat, wenn man das bis zum Ende durchdenkt, ja auch mit Bildungsgerechtigkeit zu tun.

Frau Scheibner: Wenn wir noch einmal zum Ursprung des Ganztages zurückkommen, dass das ja Chancen –

(Zuruf Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg)

Ja, ja, das, nein, nein, das gehört dazu. Dass das Chancengleichheit darstellen soll, da muss man sagen, die Eltern der bildungsnahen Familien, würde ich jetzt einmal sagen, wie das ja auch immer so schön im Senat heißt, die geben ihren Kindern wahrscheinlich schon Essen mit, entsprechend mehr, damit die eben am Nachmittag keinen Hunger haben. Aber es betrifft eben gerade die anderen Kinder, die, die vielleicht auch kein Frühstück bekommen haben und kein Frühstück mitbekommen haben, die auch nicht für das Mittagessen angemeldet worden sind, weil die Eltern das Teilhabepaket nicht anfordern oder nutzen oder weil sie nicht damit klarkommen, die Kinder zum Essen anzumelden. Es geht immer zulasten der Kinder, die sowieso schon die Schwachen sind und die eigentlich im Ganztage gefördert werden sollten und deswegen sagen wir ganz klar, das muss kostenlos sein für alle. Zu diesem Apfel. Und die andere Frage, können Sie die noch einmal ganz kurz zusammenfassen?

Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg: Also was die Frage der Gruppengröße beziehungsweise den Erzieher/innen-Kind-Schlüssel angeht, gilt das immer für die Phasen des Nicht-Unterrichts sozusagen? Anders kann ich das nicht für mich formulieren, weil es nicht immer am Vor- und Nachmittag ist.

Frau Scheibner: Na ja, es gibt ja nun mehr Mittel sowohl für gebundene Ganztage Schulen als auch für die GBS, was die zusätzliche Zeit betrifft, die jetzt dazugekommen ist. Also nicht die Unterrichtszeit, sondern die Zeit zwischen 13 und 16 Uhr. Das ist ja das, was letztendlich dazugekommen ist, oder bis 18 Uhr, und was den Hort früher ausgemacht hat. Und daher bezieht sich diese Forderung auf diese Zeit, die jetzt die Kinder quasi als Ganztagezeit im Sinne von mehr Zeit an der Schule verbringen.

Vorsitzende: Frau Prien.

Abg. Karin Prien: Danke schön. Ich muss noch einmal auf diesen Punkt Kooperationsgremium, paritätisch besetztes Kooperationsgremium zurückkommen. Ich glaube, die Frage, ob das jetzt mit dem Schulgesetz, so wie es ist, geht oder nicht, ist für Sie nicht entscheidend, sondern das muss man dann eben ändern, wenn das mit dem Schulgesetz so jetzt nicht geht. Ich glaube, deshalb ist das auch gar kein Argument, zu sagen, da steht jetzt aber etwas anderes im Schulgesetz. Aber von Ihrer Zielrichtung ...

(Abg. Hendrikje Blandow-Schlegel: Das habe ich nicht gesagt.)

Dafür sind wir ja da, Gesetze notfalls auch zu ändern. Aber von der Zielrichtung geht es doch nach meinem Verständnis darum, dass Sie ein paritätisch besetztes zusätzliches Gremium wollen, das nur für die Fragen, die explizit den Ganzttag betreffen, dann entscheidungsbefugt ist. Habe ich das richtig verstanden? Also insofern die Frage der Konkurrenz der Entscheidung oder die Konkurrenz der Beschlüsse der beiden Konferenzen, Schulkonferenz und diesem neuen Gremium, würden gar nicht entstehen, weil es da unterschiedliche Zuständigkeiten gäbe. Habe ich das richtig verstanden?

Frau Dwenger: Man kann ein gesondertes Gremium einberufen. Man kann es aber auch anders lösen. Wir haben das offengehalten, damit Sie das durchaus auch gestalten können, denn was uns ganz wichtig oder was uns sehr klar war, ist, dass wir, wenn wir heute, also wenn ich persönlich mir da etwas wünschen könnte, würde ich sagen, wenn man eine Ganzttagsschule will, haben absolut alle, insbesondere eine GTS-Schule, die rhythmisiert ist, haben insbesondere alle am Ganzttag Beteiligten dort mitzureden. Ganz klar. Da hat der Hausmeister mitzureden, da hat die Schulsekretärin mitzureden, da hat die Küche durchaus mitzureden, wenn es nämlich um die Belange des Essens geht und da hat die Erzieherin und der Sozialpädagoge mitzureden, da haben die Eltern mitzureden und die Kinder mitzureden und die Lehrer und die Schulleitung. Das ist unglaublich wichtig. So, das ist jetzt einmal mein persönlicher Ansatz, das zu sagen. Und da wäre es mir auch tatsächlich egal, also von mir aus gerne in der Schulkonferenz. Wir sehen aber durchaus, dass Hamburg dafür überhaupt nicht bereit ist, dass Schule dafür gar nicht bereit ist. Wir sagen darum, es soll ein Gremium geben und wie das gelöst wird, das möchten wir gerne auch Ihnen überlassen und das entwickeln wir auch gerne mit Ihnen gemeinsam, denn Sie sind an dieser Stelle die Fachleute. Wir sind, um es noch einmal ganz klar zu sagen, zwar nicht ungebildet, aber wir sind Eltern und wir sind keine Fachleute für Schule.

Frau Scheibner: Ich wollte gerne noch einmal ganz kurz auf das Thema Handy kommen, weil das so schön plakativ ist. Es kann halt nicht sein, dass in der Schulkonferenz beschlossen wird, dass der Träger am Nachmittag die Handynutzung so und so zu regeln hat. Also die haben ja nun auch ihren pädagogischen Ansatz, den sie mitbringen und entweder man löst so etwas ... Der eigentliche Sinn dieser Konferenzen ist ja, dass man eigentlich im Vorfeld Dinge bespricht und die dann einfach nur noch einmal beschlossen werden, um sie festzuhalten und da gehören einfach im Ganzttag die auch am Nachmittag dazu. Also da gibt es ganz, ganz viele Entscheidungen, die die auch betreffen. Genau. Und das kann, wie gesagt, Schulkonferenz sein oder ein neues Gremium.

Herr Kotoll: Auch dazu noch einmal ergänzend, verstärkend, die Position, ob es denn nun richtig sein kann, dass die Schulkonferenz nach alter Prägung wie selbstverständlich auch über die ganzen Nachmittagsthemen entscheidet, wo vielleicht auch die Kompetenz so ein bisschen fehlt, das inhaltlich entscheiden zu können, gerade, was Küchenfragen angeht. Also ich würde da sehr dringend darauf plädieren, dass man dort dann eben auch die Menschen hört und auch mitreden lässt, die dazu sehr viel kompetenter Auskunft geben können als die, die üblicherweise dort am Tisch sitzen. Das ist ja die andere Betrachtung. Insofern macht es einfach Sinn, dort über ein neues Gremium nachzudenken, wo eben wesentlich mehr Leute, die eben auch davon betroffen sind, auch etwas dazu sagen können und auch mitentscheiden können.

Vorsitzende: Herr Seelmaecker.

Abg. Richard Seelmaecker: Ja, vielen Dank. Herr Kotoll, ich möchte noch einmal auf einen Punkt zurückkommen, den Sie vorhin erwähnten, der Ihnen ganz wichtig ist und der ist mir auch ganz wichtig, das ist die Ehrlichkeit in der Diskussion.

Wir stehen ja jetzt am Anfang und ich glaube oder verstehe das nach der Anhörung heute so, dass wir im Grunde genommen zwei Punkte haben, die im Fokus stehen werden. Das ist die Konkretisierung der Forderungen letztlich, also das Ausverhandeln im weitesten Sinne. Und das Zweite – und daran wird sich das natürlich stark orientieren – sind die Kosten. Das muss man klar sagen. Wenn wir uns den Haushalt angucken, wir sind ja als Abgeordnete der Bürgerschaft für den Gesamthaushalt verantwortlich, dann müssen wir haushalten mit dem, was da ist und müssen das zueinander gewichten. Das wird also auch ein wesentlicher Punkt sein, der ist ja auch schon mehrfach vorhin angeklungen. Ich will das sozusagen nur noch einmal in den Fokus stellen, weil zur Ehrlichkeit natürlich dazugehört. Gerade wenn es zum Beispiel um mehr Personal geht, sind das die Kosten, die den Haushalt am stärksten belasten, weil es halt dauerhafte Kosten sind, anders als Investitionskosten für Räume. Da ist es nicht ganz so wild. Das heißt, das ist das, was mir wichtig ist.

Und einen Appell an uns selbst will ich einmal auch noch 'mal loswerden, weil, diese rechtlichen Bedenken, die eben schon erwähnt wurden in verschiedenen Teilbereichen, die sind ja richtig und die sind auch wichtig. Ich sehe aber, und das ist meine Befürchtung, dass wird so eine Art Schere im Kopf haben, das kann man auch als typisch deutsch empfinden, wie ich es tue. Ich will zwei Beispiele bei mir im Wahlkreis ganz konkret benennen. Wir haben eine Flüchtlingsunterkunft bekommen in Fuhsbüttel am Eschenweg, direkt neben einer Schule, 300 Flüchtlinge, relativ wenige Kinder, und unmittelbar angrenzend das Schulgelände. Da haben wir also einen wunderbaren Schulspielplatz gehabt und dann kamen die rechtlichen Einwendungen, warum die Kinder, diese Flüchtlingskinder nun, die ihre Nase da plattdrücken am Zaun, diesen Schulspielplatz nicht nutzen können. Also lange Rede, kurzer Sinn, es hat am Ende nicht geklappt aufgrund rechtlicher Bedenken, Haftungsfragen, Aufsicht und und und. Ich will das als Jurist auch gar nicht geringschätzen, das sind ja keine Sachen, die man einfach einmal mit einem Finger oder mit einer Handbewegung wegwischen kann, das ist ja richtig. Nur, diese Schere im Kopf, die müssen wir, glaube ich, wenn wir so etwas verbessern wollen, tatsächlich lösen, die müssen wir loswerden. Und das Gleiche gilt auch für die Kooperation, die wir haben beispielsweise zwischen den Schulen und den Vereinen. Wir haben ein weiteres Beispiel: Am Gymnasium Alstertal wurde eine Halle gebaut, neu. Nachmittags soll die Schule kooperieren dort mit dem Verein. Der Verein sagt, wunderbar, dass ihr das jetzt fertiggestellt habt, tolle neue Halle, wir können sie nur in Teilen nicht nutzen, weil der Geräteraum zu klein geplant ist, weil keiner uns gefragt hat, was wir für Anforderungen haben, die eben anders sind, andere Anforderungen sind als die, die die Schule an eine Halle heute stellt.

Also das sind so kleine Dinge, aber Sie sehen schon an den kleinen Dingen, dass das nicht ganz einfach ist. Insofern wäre mein Appell – wir stehen jetzt am Anfang –, offene, ehrliche Diskussion ist wichtig. Die Kosten werden wir auf jeden Fall zu berücksichtigen haben und dann sehe ich das auch nicht als ein Gegeneinander nach dem Motto, wenn uns das nicht gefällt, dann gehen wir in die zweite Stufe. So habe ich Sie auch nicht verstanden und so würde ich das von meiner Seite auch jedenfalls nicht sehen wollen, sondern dass wir in einen konstruktiven Dialog eintreten und sehen, dass wir das beste Ergebnis erzielen können. Danke.

Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg: Ich habe aufgrund der Diskussion über dieses Thema Gremium, das ja durchaus einen Charme hat als weiteres demokratisches – also so habe ich das jedenfalls verstanden – Mitbestimmungsgremium in einer Ganztagschule, habe ich noch einmal eine Frage. Warum haben Sie nur die Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 5 da mit drin und nicht Erst- bis Viertklässler oder Vorschüler/innen? Die sind ja durchaus auch schon selbstbestimmte Menschen.

Frau Scheibner: Das ist im Schulgesetz auch erst ab Klasse 5 vorgesehen.

Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg: In die Schulkonferenz, ja.

Frau Scheibner: In die Schulkonferenz, genau. Vorher gibt es ja Klassenkonferenzen und so weiter, also auch bei den Kindern natürlich, aber was ... Ja. Genau. Es gab noch einen anderen rechtlichen Punkt, fällt mir gerade nicht ein.

Frau Dwenger: Also mir fiel dazu gerade ein, da hatten wir ganz klar die gerade angemahnte Schere im Kopf, nämlich wir sind von dem Ist-Zustand ausgegangen, was gibt das Schulgesetz gerade her, was steht da drin, haben uns dort angelehnt und haben das übertragen, aber das ist der Grund.

Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg: Also dann frage ich noch einmal anders, weil, ich habe es ja ... Noch einmal Rückfrage. Ich habe es richtig verstanden, die Schulkonferenz bleibt so bestehen, wie sie ist. Es gibt ein zusätzliches demokratisches Mitbestimmungsgremium, das über die Belange der Kooperation entscheidet, wo auch Jugendhilfeträger zum Beispiel mit an Bord sind. Und deswegen einfach ohne Schere im Kopf die Frage: Können Sie sich vorstellen, dass auch die Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 4 da mit drinsitzen können oder Vorschüler/innen, um ihre Interessen zu vertreten?

Frau Dwenger: Zwei Antworten darauf. Auf Ihre letzte Frage: Ja. Und noch einmal zu dem Vorlauf, es kann auch die Schulkonferenz sein. Wir haben nicht gesagt, dass es nicht die Schulkonferenz ist, sondern es ist etwas, was wir gemeinsam oder dass Sie sozusagen entwickeln können. Wir sagen, es soll ein Gremium geben, in dem. Das ist der Unterschied. Und wie man das entwickelt, wie man das ins Leben ruft, wie man es plastisch macht, das möchten wir Ihnen überlassen.

Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg: Hatte ich gerade gedacht, ich hätte es verstanden, jetzt bin ich wieder verwirrt. Aber gut. Okay.

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Frau Blandow-Schlegel hat noch eine Wortmeldung.

Abg. Hendrije Blandow-Schlegel: Jetzt gerade die letzten Äußerungen nehme ich jetzt noch einmal zum Anlass, um ganz konkret nachzufragen. Wir haben ja als Abgeordnete diesen Text vorgelegt bekommen. Der steht im Ende tatsächlich zu einem Volksbegehren zur Diskussion, wenn sie nicht zu einem zufriedenstellenden Ergebnis kommen in den Gesprächen. Wir müssen uns ja aber an dem Text abarbeiten. Jetzt meine konkrete Frage: Ihr Ziel ist doch aber wahrscheinlich, dass Sie das, was Sie als Ziel damit verfolgen, durchsetzen wollen und nicht unbedingt den konkreten Text. Ich nehme jetzt das letzte Beispiel als Anlass, denn im Text steht tatsächlich ausdrücklich, „ein anderes Gremium“.

(Zuruf Frau Scheibner)

– „ein Gremium“. „Ein Gremium“, nicht die Schulkonferenz. Ja, wir müssen schon genau sein. Das ist das Problem. Wenn wir genau sind, dann steht dort „ein Gremium“ und eben nicht die Schulkonferenz.

(Frau Scheibner: Das könnte sie auch sein.)

Ja. Aber ... Okay. Ich möchte noch einmal die Frage stellen, Ihnen ist eigentlich nicht wichtig, was jetzt in dem Text steht, sondern Ihnen ist das Ziel wichtig. Ihnen ist die Mitbestimmung wichtig, Ihnen ist die Kooperation wichtig und nicht unbedingt, ob es jetzt dieses Gremium ist oder die Schulkonferenz, sondern Sie wollen einen Weg finden, wie diese Kooperation abgesichert wird.

(Herr Kotoll: Soll ich jetzt antworten?)

– Ja.

Herr Kotoll: Gut. Also die Form des Gremiums, da sind wir relativ offen. Also wir haben gesagt, dass die Schulkonferenz, so wie es jetzt ist, ist nicht das geeignete Gremium dafür. Es wäre aber beispielsweise möglich und es wäre auch eine Lösung im Sinne von zielführend, so etwas wie eine erweiterte Schulkonferenz zu schaffen, als Beispiel, wo dann eben ein zusätzlicher Kreis an Menschen, die eben mitbestimmen dürfen zu den Fragen, die dort entsprechend relevant sind, mit am Tisch sitzen, die meinetwegen auch abwechselnd tagen, wie auch immer. Wäre eine Variante beispielsweise. Uns ist in der Tat wichtig, dass die Problemlage, die besteht, gelöst wird. Derzeit ist sie einfach ungelöst. Ja, es gibt ... Ein anderes Beispiel ist ja auch das Elternngremium, es gibt diesen Elternausschuss für den Nachmittag. Ja, zumindest auf dem Papier, noch nicht einmal an jeder Schule. Ja und die Wirkung eines Beschlusses aus dem Elternausschuss ist nicht messbar. Damit ist eigentlich keinem gedient. Ja, und dann ist auch nicht relevant, ob das jetzt ... Also dieses Gremium muss auch keinen stellvertretenden Ersatzkassenwart haben. Das ist nicht relevant, ist auch nicht zielorientiert und auch nicht lösungsorientiert.

Frau Scheibner: Darf ich noch ganz kurz etwas dazu sagen? Es geht darum, dass auf Augenhöhe kooperiert wird. Das wird ja immer wieder gesagt, und im Moment ist es das einfach nicht, wenn in einer Schulkonferenz ein Träger nur ein Rederecht hat oder ein Anhörungsrecht. Er hat halt kein Mitbestimmungsrecht und das ist das Zentrale, was geändert werden muss.

Vorsitzende: So, ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Deswegen frage ich Sie als Initiatorin und Initiatoren, ob Sie ausreichend Gelegenheit hatten, Ihr Anliegen, Ihre Volksinitiative zu erläutern und vorzustellen.

(Frau Scheibner: Ja.)

(Herr Kotoll: Ja.)

Wunderbar.

Herr Kotoll: Ja.

Vorsitzende: Gut. Dann erkläre ich hiermit die Beratung für beendet und ich schlage vor, dass wir jetzt eine zehnminütige Pause machen, weil der Senat nach vorne zieht, Sie ziehen nach hinten, und dann erteilen wir dann dem Senator noch das Wort, und wir haben ja auch schon gehört, es gibt ja noch Fragen an den Senat zu einzelnen Fragen. Okay? Prima. Super.

(Pause von 19:08 Uhr bis 19:20 Uhr)

Vorsitzende: So, nun haben wir die Gelegenheit, den Senat zu befragen zu diesem Thema „Ganztag“ und auch Anliegen der Initiative, und ich bitte Herrn Senator Rabe zunächst um das Wort.

Senator Ties Rabe: Frau Vorsitzende, liebe Abgeordnete. Zunächst einmal möchte ich einleitend sagen, dass ich mit großem Interesse die Ausführungen der Initiative gehört habe, dass wir auch eine Reihe von Punkten diskutiert haben, die für uns sehr wichtig sind, dass wir aber dabei aber eines nicht vergessen dürfen, es handelt sich hier um eine Volksgesetzgebung. Da geht es nicht um freundliches Miteinander, sondern auch um ein echtes Gesetz. Da geht es darum, die gesamte Wirklichkeit zu gestalten, zu verändern, und da geht es auch um viel Geld. Und dabei ist dann entscheidend, auch oder in erster Linie, der Text, denn über den Text stimmen die Hamburger ab, nicht über das Gespräch hier. Und

der Text, den die Initiative vorgelegt hat, der ist für uns deshalb Richtschnur gewesen bei der Frage, was ist es denn jetzt eigentlich, was dort gefordert wird. Und ich habe eben mit Interesse vernommen, dass die Initiative in ihren Ansprüchen deutlich hinter ihrem Text bleibt, denn der Text ist wesentlich klarer und auch in seinen Forderungen wesentlich weitgehender als das, was eben mündlich vorgetragen wurde. Wir haben uns den Text genau angeguckt, denn dieser Text ist es, über den die Hamburgerinnen und Hamburger entscheiden. Und sollte es so sein, dass dieser Text eine Mehrheit findet, dann ist er ein Gesetz und keine Verhandlungsermächtigung. Deswegen müssen wir genau reingucken, was in diesem Text eigentlich an Forderungen drinsteht?

Wir haben uns das genau angeguckt, wir haben uns das nicht leicht gemacht und ich habe eben, als ich der Initiative zugehört habe, gemerkt, dass wir sogar noch etwas zu vorsichtig die Kosten eingeschätzt haben, weil wir in der Tat glaubten, die Forderungen basieren auf der Altersgruppe bis 14 Jahre. Jetzt wurde ja deutlich, und das muss man sagen, gibt der Text auch her, dass die Forderungen sich auf alle Ganztagschulen beziehen. Da wir mittlerweile nur noch Ganztagschulen haben, könnte man auch sagen, auf alle Schulen. Und insofern ist das, was ich jetzt vortrage, in Bezug auf den Text zu konservativ geschätzt, weil wir nicht die älteren Schülerinnen und Schüler in diese Kostenrechnung mit einbezogen haben. Wir glaubten bisher, pauschal gesehen, dass wir zur Erfüllung des im Text formulierten Anspruches zwei Summen brauchen: 1,5 Milliarden Euro Investitionskosten für den Schulbau und jährlich 100 Millionen Euro für zusätzliches Personal und für den Betrieb der zusätzlichen Gebäude. Ich will das im Einzelnen knapp darstellen.

Wir haben eben sehr viel über Räume diskutiert. Im Text steht das sehr klar, was gefordert ist. Hier steht für jeden Standort, nicht für einige, für jeden Standort zusätzliche Räume, die in Ausstattung und Größe den Richtlinien für den Betrieb von Kindertagesstätten, Kindertageseinrichtungen entsprechen. Diese Richtlinien stehen auf dem Papier, jeder kann sie nachgucken. Und Sie sagen, dass ein Kind 4 Quadratmeter braucht und um diese 4 Quadratmeter Raum sozusagen herzustellen, brauchen wir noch Funktionsflächen, Flure und vieles mehr, sodass die Erfahrung der Kindertagesstätten – und wir haben ausführlich mit der Sozialbehörde darüber gesprochen – dazu führen, dass man sagt, wenn man die 4 Quadratmeter Raum für Kinder bereitstellen will, die ja zusätzlich kommen sollen, dann braucht man weitere 40 Prozent Flächen für Organisation, Räume, Flure und so weiter und so weiter. Das ist das auch, was in Kitas gemacht wird. Und auf dieser Grundlage haben wir geschätzt, wie viele Kinder nehmen am Ganztage teil und was bedeutet das. Und ich sage einmal, das ist jetzt nicht einfach willkürlich so gemacht worden, sondern wir haben uns sehr seriös an diesem Text abgearbeitet, mit der BASFI lange gesprochen, auch nachgefragt in der BASFI, wie läuft das eigentlich mit den Richtlinien für den Betrieb für Kindertageseinrichtungen und so weiter und so weiter. Da gab es lange Expertisen, die am Ende dazu geführt haben, dass wir sagen müssen, hier steht die Forderung, jede Schule, auch die, die Schwierigkeiten machen, – genannt war Hafencity, genannt war Eimsbüttel, Generalsviertel, sage ich jetzt einmal hier als Beispiel für eine schwierige Geschichte, oder ich weiß nicht, Ottensen, Rothestraße, alles enge Innenstadtlagen –, für jede Schule zusätzliche Räume, die den Richtlinien entsprechen in Ausstattung und Größe. Und wenn man das tut und nur die Sechs- bis Vierzehnjährigen berechnet, dann kommen wir auf Investitionskosten, die sich im Großen und Ganzen auf 1,38 Milliarden Euro subsumieren. Und da wir gute Erfahrungen haben beim Schulbau und da wir Quadratmeterpreise sehr genau wissen, etwas, über das wir im Schulausschuss auch schon immer geredet haben, kann man sagen, das ist eher vorsichtig geschätzt nach dem Motto, die heutigen Baupreise, die wir dann einhalten würden, das ist schon gewaltig viel. Wenn ich eingangs sagte, wir glauben, dass wir 1,5 Milliarden Euro Investitionskosten brauchen und eben nur 1,38 Milliarden Euro dargestellt habe, liegt das an einer zweiten Investition, die ebenfalls in diesem Bereich sehr klar gefordert ist. Hier steht, dass wir Produktionsküchen haben wollen, und zwar an allen Standorten, allen Standorten, nicht sozusagen nach Verhandlungen mit der Initiative da, wo es geht, sondern überall.

Eine Produktionsküche – ich habe es hier schon einmal erläutert – ist eben mit sehr viel hygienischen Standards belegt, mit sehr viel baulichen Standards, und die ist nicht einfach zu errichten. Ich hatte immer als Beispiel dieses wunderbare Thema mit den Duschen fürs Personal nach Männern und Frauen getrennt in unmittelbarer Umgebung der entsprechenden Küche. Das mag man belächeln und komisch finden und manchmal wundere ich mich auch, aber es sind deutsche Bauvorschriften, die wir einhalten müssen. Es sind Hygienevorschriften, die wir einhalten müssen, und das heißt konkret, wenn wir das wollen – eine normale Küche wird bei uns mit einer Million Euro veranschlagt –, selbst wenn wir uns große Mühe geben, wird die Produktionsküche eine halbe Million Euro teurer sein und wir rechneten damit – auch hier haben wir konservativ viele weiterführende Schulen nicht ordentlich mit einbezogen –, dass, wenn wir uns nur auf die Grundschulen konzentrieren, wir weitere gut 120 Millionen Euro brauchen. Beide Investitionen subsumieren sich insofern auf 1,5 Milliarden Euro.

Ich sage das nicht, weil ich es künstlich hochrechnen will. Im Gegenteil, ich hatte schon angedeutet, dass die Rechnung zu konservativ ist, weil wir nur bis Klasse 8 gerechnet haben, sondern um Ihnen einerseits zu erklären, was im Text ableitbar steht. Und ich will noch einmal daran erinnern, sollte das Volksbegehren und anschließend ein Volksentscheid ein Erfolg werden, dann muss sich die Regierung an diesem Gesetz ausrichten, egal, was wer vorher wem gesagt hat. Das steht dann in Stein gemeißelt im Papier und ist für uns Richtschnur.

Die anderen Punkte, die ich auch gerne ausführen möchte, beziehen sich auf die laufenden Kosten und den Erzieher-Kind-Schlüssel und viele andere Dinge. Beim Erzieher-Kind-Schlüssel habe ich auch ein paar Fragen, die im Moment vom Text nur mittelbar erschlossen werden können. Es wird öffentlich immer behauptet, wir hätten einen Erzieher-Kind-Schlüssel von 1:23. Das ist nicht richtig. Das ist nicht richtig. Wir haben einen Landesrahmenvertrag mit den GBS-Trägern geschlossen. In diesem Landesrahmenvertrag ist geregelt, wie viel Personalmittel die Schulbehörde einem Träger für sein Personal gibt und dort stehen in der Anlage, Seite 21, für jeden öffentlich nachlesbar drin folgende Punkte.

Für eine Gruppe, die bei den KESS-Schulen 3 bis 6 23 Kinder hat und bei den KESS-Schulen 1 bis 2 19 Kinder hat, also für eine solche Gruppe, bezahlt die Schulbehörde einem Träger Geld fürs Personal nach folgendem Schlüssel. Erstens: Pro Gruppe braucht es eine Vollzeitpädagogin. So weit richtig. Zusätzlich Personalmittel, um 0,2 Leitungskräfte zu finanzieren. Zusätzlich auf diese Ausstattung einen Aufschlag von 17,45 Prozent. Es tut mir leid, dass die Zahl so schräg ist, ich habe es auch nicht verstanden, wer sich das einmal so genau ausgedacht hat. Als Aufschlag für Krankheitsvertretung, Fortbildung und ähnliche Dinge und auf das Ganze noch einmal einen Aufschlag von 21,3 oder 21,6 Prozent, das kann man jetzt hier mit dem Taschenrechner unterschiedlich ausrechnen, für zusätzliches Personal. Wir sprechen hier vom pädagogischen Budget.

Wenn ich diese Mittel alle subsumiere, dann finanzieren wir für Träger, für eine 23er- oder 19er-Kindergruppe Personalmittel, die im Großen und Ganzen 1,7 Stellen entsprechen. Ich sage hier aber auch sehr deutlich, das sind nicht alle Stellen, die am Kind sind. Leitung ist Leitung, vielleicht nicht ausschließlich, denn der Leitungsschlüssel ist sehr hoch. Eine Schulleitung sozusagen finanzieren wir in der Regel mit dreimal so vielen Kindern erst. Deswegen kann vielleicht auch Leitung teilweise mit am Kind arbeiten, aber natürlich nicht ausschließlich, und Vertretungen selber auch nicht, aber im Kern ist hier das Problem, das öffentlich häufig diskutiert wird, es gibt 1:23 und sonst nichts. Das ist so nicht richtig. Über diese 1:23 hinaus finanzieren wir eben eine Reihe von zusätzlichen Personalmitteln, die nicht alle am Kind eingesetzt werden müssen, aber häufig durchaus auch beim Kind eingesetzt werden. Das gilt insbesondere für das pädagogische Budget, das im Landesrahmenvertrag sogar ausschließlich als Mittel beschrieben werden, um sie am Kind einzusetzen.

Und jetzt ist die Sache für uns ein bisschen schwierig zu übersetzen, wenn es heißt, wir fordern als Initiative in Zukunft einen Schlüssel von 1:15 oder 1:11. 1:15 bei KESS 3 bis 6, 1:11 bei KESS entsprechend 1 bis 2. Wenn damit gemeint ist, dass die sonstigen zusätzlichen Personalmittel laut Landesrahmenvertrag auch weiterhin gewährt werden sollen, also Leitungsaufschlag und so weiter und so weiter, dann entstehen daraus in der Tat erhebliche zusätzliche Personalbedarfe.

Im Text ist das nicht hundertprozentig ableitbar. Ich sage das ganz offen. Ich nehme einmal an, wir haben es eben auch nicht so thematisieren können, dass die Initiative es meint. Wenn die Initiative dagegen meint, die bisherigen Personalschlüssel zu ersetzen durch einen Schlüssel 1:15 und 1:11, dann kommen wir beinahe bei plus/minus null hin, weil sich in Wahrheit nichts ändert. Ich nehme aber einmal an, das ist nicht der Fall, sondern dass die Initiative sozusagen von der 1:23-Regel zusätzlich auch noch die entsprechenden Aufschläge mit in ihrer Kalkulation hat.

Wenn das der Fall sein sollte, rechnen wir zumindest für die Altersgruppe der Bis-14-Jährigen mit rund 63 Millionen Euro, die wir für viele zusätzliche Stellen bräuchten, um das auskömmlich zu finanzieren. Ich will an dieser Stelle aber auch deutlich machen, dass die Ausstattung des Ganztags gemessen an sonstigen Ausstattungen von Schule überhaupt außerordentlich gut ist. Deswegen heißt es sicherlich, dass man im politischen Raum immer diskutieren muss, ab wann ist eigentlich das so gut, dass man sagt, nun ist gut genug. Wir erinnern uns an die Diskussion, dass der Krippenbereich mit 1:5 nicht zufrieden ist, sondern auf 1:4 und 1:3,5 will, und da kann man auch jetzt ... Es ist schwer sozusagen, eine Abwägung zu treffen, aber umgekehrt sind wir ja nicht ganz im luftleeren Raum. Ich habe mich bemüht, in anderen Bundesländern zumindest einen Eindruck zu bekommen, wie Ganztags dort finanziert ist, und diese Aufschläge mit eingerechnet haben wir eine ganz außerordentlich gute Personalausstattung in dem Hamburger Ganztags. Das heißt nicht, dass man es nicht noch besser machen kann. Das ist eine Frage der politischen Bewertung, aber wir sind vermutlich schon zumindest in Westdeutschland mit dieser Ausstattung an der Spitze und bewegen uns ja nun nicht ganz im luftleeren Raum. Deswegen muss man sich an der Stelle nicht nur fragen, was kostet das, sondern wenn wir den ganzen schulischen Bereich vor Augen haben und würden unbedingt 63 Millionen Euro ausgeben wollen, wo sind sie dann eigentlich am besten eingesetzt.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch daran, dass wir auch viele andere Fragen haben der Lehrerversorgung, Inklusion und vieles andere, über das sich dann nachzudenken lohnt, aber um es noch einmal konkret zu sagen, diese Frage jedenfalls haben wir für uns aus dem Text so abgeleitet, dass wir der Meinung sind, die Initiative möchte die im Landesrahmenvertrag festgehaltenen, aber im Text der Initiative nicht erwähnten Add-ons, Leitungskräfte und Vertretung und Fortbildungs- und so weiter und so weiter Personalmittel zusätzlich weiter haben. Und dann würde das eine entsprechende Besserausstattung nach sich ziehen in diesem Bereich.

Ich will auf das Problem eingehen, das zur Sprache gekommen ist, mit der Verzahnung des Vor- und Nachmittags. Hier will ich noch einmal deutlich darauf hinweisen, es geht nicht, wie hier mehrfach dargestellt wurde, darum, dass sich zwei Behörden nicht vertragen würden nach dem Motto: Das müssen die Behörden jetzt ja lösen, das seien ja unterschiedliche Rechtskreise, und bei der Jugendberufsagentur hätten wir es ja auch gelöst. Ganz und gar darum geht es gar nicht. Die BASFI und die Schulbehörde sind sich da absolut einig. Die Problematik besteht darin, dass wir in der Tat am Nachmittag in 125 Schulen einen sogenannten GBS-Träger haben, und das ist kein Problem und kein Geburtsfehler, wie es hier manchmal dargestellt wurde, sondern ich finde, es ist eine gute und schöne Einrichtung, die aber uns an einigen Stellen in der Tat vor große Schwierigkeiten stellt, für die weder der GBS-Träger noch die Schulbehörde etwas können, nämlich die Sache mit dem Arbeitsrecht. Wir haben formal, auch wenn wir uns nicht so benehmen und wenn wir gut zusammenarbeiten, formal gibt es zwei Unternehmen und zwei Arbeitgeber, die

Schulbehörde am Vormittag und am Nachmittag der Träger. Wir möchten auch gerne – da sind wir uns mit der Initiative absolut einig – den Erziehern am Nachmittag eine richtig gute Vollzeitstelle anbieten, denn wir wollen gutes Personal in der Schule halten. Und wir haben am Vormittag in der Tat große Einsatzmöglichkeiten. Die Schulbehörde beschäftigt mittlerweile weit über 2.000 Erzieher auf eigenes Konto, nicht die zusätzlichen, die noch bei den GBS-Trägern sind, sondern selber. Darin wird deutlich, hier ist ein großer Bereich, wo wir Erzieher am Vormittag einsetzen können.

Aber wer am Nachmittag bei einem Träger angestellt ist, der hat diesen Arbeitgeber. Und wir haben jetzt ein hochkompliziertes Arbeitsrecht, das ich nicht erfunden habe und das bei allem Zutrauen zu Großen Koalitionen auch nicht einmal eben so geregelt werden kann, dass es uns erschwert, diesen Erziehern am Nachmittag am Vormittag eine Beschäftigungsmöglichkeit zu geben. Wir haben dort genug zu tun. Sie könnten in der Inklusion eingesetzt werden, sie könnten in der Begleitung eingesetzt werden. Da ist vieles möglich. Aber formal kann dieser arme Erzieher entweder zurzeit, und das sagen die Rechtsanwälte und die Arbeitsrechtler, nicht ich, entweder hat er zwei Lohnsteuerkarten, indem er bei zwei Unternehmen arbeitet. Dann hat er bei dem einen Unternehmen Lohnsteuerklasse 6 und kriegt im Großen und Ganzen seinen Verdienst erst über den Lohnsteuerjahresausgleich richtig wieder. Bis dahin zahlt er horrenden Steuern. Und in der Gehaltsklasse, muss man sagen, ist das etwas, was man Erziehern nicht ernsthaft empfehlen kann. Also, wenn man sich ein Jahr im Voraus sozusagen gegenfinanziert, dann geht das da nach einer Weile, aber in Wahrheit ist das nicht klug mit den zwei Lohnsteuerkarten, weil es dazu führt, dass man am Anfang mit enormen Steuern belastet wird.

Die zweite Variante ist, der Träger am Nachmittag würde – jetzt muss ich leider formaljuristische Begriffe benutzen, die eigentlich der guten Zusammenarbeit nicht gerecht werden –, aber er würde als Dienstleister sein Personal dem Vormittag zur Verfügung stellen. Hier haben wir aber dann das Problem, dass diese Dienstleistung arbeitsrechtlich behandelt wird – ich spitze zu –, als ob ein Klempner dort ein Rohr repariert. Und in dem Moment, wo es aber um eine echte Zusammenarbeit geht, Erzieher und Lehrer sind in einer Klasse und man redet miteinander und sagt, ich kümmere mich jetzt um die Mathematikfragen, könnten Sie, könntest du dich einmal mit Friederike und Hamsi an den Tisch setzen und dies und das machen, haben wir eine Kommunikationssituation hergestellt, die über diese Dienstleistung hinausgeht und in Wahrheit die Scheinselbstständigkeit und das ganze Brimborium der Arbeitsüberlassung so weit berührt, dass uns Arbeitsrechtler sagen, das kann man vielleicht augenzwinkernd mit einem kooperativen Träger einmal in einer Schule so machen, aber als flächendeckendes Modell landen wir drei Wochen später vor dem Arbeitsgericht und verlieren alles, was es da nur gibt. Auch keine große Empfehlung.

Und deswegen ist es hier richtig, was die Initiative fordert. Falsch ist es, so zu tun, als ob nur die Sozialbehörden und die Schulbehörde sich nicht vertragen würden, sondern in Wahrheit sind es sehr komplizierte Arbeitsgesetze, die wir übrigens alle einmal gemeinsam gemacht haben, um diese gemeine Scheinselbstständigkeit auch zu unterbinden, die uns jetzt aber hier quer im Magen liegen und es sehr schwer machen, die an der Stelle berechtigten Forderungen einer guten Zusammenarbeit zu erfüllen.

Dann möchte ich mich noch einmal äußern zu der Initiative in Bezug auf die Frage der Produktionsküchen selber. Ich weiß, dass wir alle im Ausschuss sehr häufig darüber temperamentvoll gesprochen haben und dass wir Vor- und Nachteile auch unterschiedlich gewichten, und da hat jeder auch seine eigenen Erkenntnisse gesammelt. Ich möchte hier aber nur zu bedenken geben, meine drei Kinder waren in drei verschiedenen Kitas. In keiner dieser Kitas ist das Essen direkt produziert worden, sondern es ist auch angeliefert worden. Das muss nicht schön sein, aber so zu tun, als ob Schule hier etwas ganz Abscheuliches

macht, was nirgends sonst wo ist, ist nicht wahr. Ist nicht wahr. Dafür gibt es genügend Beispiele in allen Bereichen.

Unsere Begehungen an den Schulen zeigen, dass es hervorragende Beispiele gibt, je nachdem, manchmal in Produktionsküchen, manchmal bei Caterern, die anliefern, und es gibt auch furchtbar schlechte Beispiele in der Tat, wo nichts funktioniert, und zwar auch nicht so, dass man sagen kann, das ist aber nur bei Caterern so und bei anderen nicht, sondern wir haben hier, glaube ich, eher die Aufgabe, und die ist schwierig genug, nicht nur mit Pauschalurteilen darauf zu gucken, sondern sorgfältig zu gucken, was sind Erfolgsfaktoren und Gelingensfaktoren. Pauschal für alles eine Produktionsküche zu fordern, kann man tun. Wenn man das tun wollte, bitte ich zu berücksichtigen, dass wir bei vielen kleinen Grundschulen über die hohen Baukosten hinaus dann auch für eine Personalausstattung sorgen müssen, denn eine Schulkantine für Schulen mit unter 250 Kindern ist als Produktionsküche niemals wirtschaftlich zu betreiben und braucht einen Pauschalzuschuss, der nicht gering ist.

Wir können das alles machen und darüber nachdenken und streiten, aber auch hier werden dann zusätzliche laufende Kosten sicherlich dazukommen, deren Erfolg ein Stück weit auch infrage gestellt werden darf, denn wir müssen auch sehen, und ich bin selber überrascht, wenn ich mir das immer anhöre, mit welcher besonderen Herausforderung an den Küchen mittlerweile gearbeitet werden muss. Wir haben Kinder mit einer Vielzahl von Allergien, die ich zum Teil nicht einmal kenne – da ist die Laktoseintoleranz nur ein kleines Nebenwerk –, auch viele kulturell bedingte Essensanforderungen, und wir machen die Erfahrung, dass zum Teil professionelle Caterer, die gleich 30, 40 Schulen beliefern, uns gleich für 25 Allergien Essen anbieten können, während die kleine Produktionsküche vor Ort häufig diese Vielfalt kaum gewährleisten kann. Ich bitte, das zumindest auch zu berücksichtigen, damit wir nicht von vornherein alle miteinander uns einreden, nur die Produktionsküche wird unsere Probleme lösen.

Ich hatte heute Morgen in der Pressekonferenz darauf hingewiesen, dass wir zwei Schulen haben, die haben eine Produktionsküche und bitten uns jetzt, dass sie einen Caterer beschäftigen können, weil sie glauben, das ist für sie der bessere Weg. Deswegen haben wir unterschiedliche Lagen und sollten uns das genau angucken, ob es auch wirklich gerechtfertigt ist und ob es immer der bessere Weg ist. Ich glaube, wir haben hier zwischen Rot und Grün ja eine Vereinbarung geschlossen, dass wir die Zahl der Produktionsküchen deutlich erhöhen wollen, dass wir aber auch nicht glauben, dass an jedem Standort das auch in der Sache die bessere Lösung ist. Dennoch, wenn man es machen wollte, die zusätzlichen Investitionskosten hatte ich genannt, und dass wir zusätzliche Personalkosten finanzieren müssten an vielen kleinen Grundschulen, will ich hier nur andeuten.

Ich will zum Schluss noch einmal darauf eingehen, dass die Sache mit dem zusätzlichen Snack hier auch noch erwähnt worden ist. An dieser Stelle sage ich Ihnen ganz offen, auch Schulsensoren sind Teil einer Regierungsmannschaft, die insgesamt überlegen muss, wo geht Geld hin und wo geht nicht Geld hin. Allerdings ist es richtig, hier ist der Schulbereich schlechter gestellt als die parallel laufenden Systeme der Jugend, hier insbesondere der Kitas und der Krippen. Sie wissen, in den Kitas und Krippen sind 4,50 Euro als Essenspauschale sozusagen vom Staat bezahlt übernommen. Das beinhaltet auch den berühmten Snack. Wir haben 3,50 Euro, die die Eltern zahlen müssen. Damit ist das Mittagessen übrigens genauso gut finanziert wie im Kita-Bereich, aber wir haben erstens die Eltern in großen Teilen damit zur Kasse gebeten. Ich sage hier allerdings auch, dass bei mehr als einem Drittel der Essen der Staat auch im Schulbereich zahlt, weil die Eltern zu wenig Geld verdienen, und wir haben den Snack nicht. Und deswegen kann ich gut verstehen, wenn die Initiativen sagen, na ja, das ist ja eine gewisse Ungleichheit zwischen den beiden Systemen, hier wünschen wir uns mehr. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich, als Schulsensoren kann ich durchaus das nachvollziehen. Umgekehrt müssen wir in einer Gesamthaushaltslage darüber nachdenken, wie wir Gelder verteilen. Dieser Snack alleine –

das nur als Hausnummer – wird sicherlich zwischen 16 und 17 Millionen Euro kosten, und das nur unter der Voraussetzung, dass nicht noch mehr Kinder am Ganzttag teilnehmen. Sonst wird es entsprechend teurer. Das ist schon eine gewaltige Summe, für die man auch im Schulbereich viele andere Sachen tun kann.

Das sind nur die wichtigsten Punkte, die ich darstellen wollte. Ich will hier noch einmal betonen, ich habe mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, dass die Initiative diese Forderungen hier in mündlicher Darstellung so nicht wiederholt hat, sondern durchaus gesagt hat, sie kann sich Gespräche vorstellen. Ich muss allerdings auch sagen, wir sind in einem Volksgesetzgebungsverfahren und unsere 203 Grundschulen verteilen sich auf 280 Schulstandorte. Wie es gelingen soll, in den nächsten vier Wochen über alle 280 Schulstandorte so eine Verhandlung zu führen, wie es eben dargestellt wurde, glaube ich, ist nachvollziehbar sehr schwierig. Wenn wir uns jetzt hinsetzen und sagen, HafenCity-Schule, wie machen wir denn das jetzt und was machen wir mit der Schule Rellinger Straße und wie machen wir es mit der Rothestraße und Altengamme, Elbdeich und so weiter und so weiter, das ist natürlich schon eine Sache, die man jetzt auch politisch bewerten muss. Wenn wir uns am Text orientieren, finden wir dort bis auf die Frage nach dem Personalschlüssel sehr klare Hinweise in Bezug auf die Raumanforderungen, die weit klarer und weit weitgehender sind als das, was hier eben dargestellt wurde.

Zum Schluss der Punkt mit der Augenhöhe. Ich will ganz offen sagen, ich habe ein großes Interesse an der Augenhöhe, und wir haben auch den Eindruck, dass in den Schulen selber diese Augenhöhe sehr gelebt wird. Manchmal wissen Kinder und Eltern gar nicht, ob sie in der GBS- oder in der GTS-Schule sind, obwohl die eine auch formal auf Augenhöhe ist und die andere formal nicht. Und wir erkennen auch vor Ort viele gute Kommunikationsstrukturen. Dass die Leitungen des GBS-Trägers und die Leitungen der Schule immer sehr eng zusammenarbeiten, ist sowieso der Fall. Darüber hinaus gibt es fast in allen Schulen Steuergruppen und Beauftragte, Postbücher mit entsprechender Übertragung und vieles mehr, sodass man sagen kann, in der gelebten Praxis reden die durchaus auf Augenhöhe miteinander.

In der Tat ist hier allerdings auch die schwierige Frage, an der wir uns nicht ganz vorbeimogeln können, die hier auch mehrfach angesprochen worden ist, nach den gesetzlichen Regularien der Schulkonferenz. Und hier bin ich kein Jurist. Ich bin nicht einmal Fachmann genug, um Ihnen das bis ins Letzte aufzudröseln, aber die Schulkonferenz ist nicht irgendein Gremium nach dem Motto, so wie, was weiß ich, die drei Klassensprecher der Unterstufe sich einmal zusammensetzen, sondern es ist ein im Schulgesetz geregeltes Gremium, das sich mehr oder weniger auch aus grundgesetzlichen Rahmenbedingungen ableitet und das sehr klare und übrigens in Hamburg extrem weitgehende Befugnisse hat. Und deswegen ist die Teilnahme an dieser Schulkonferenz exakt geregelt, und ich glaube schon, unsere Juristen sind jedenfalls der Auffassung, dass die Vorstellungen der Initiative an dieser Stelle nicht mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen in Übereinstimmung zu bringen sind.

Die Initiative hatte ursprünglich gefordert, und mündlich tauchte es manchmal auf, dass auch in der Schulkonferenz der Träger mit Sitz und Stimme verankert sein soll. Im Text steht das so nicht. Das ist richtig. Im Text steht, es soll ein zusätzliches Gremium geschaffen werden, in dem der Träger mit Sitz und Stimme verankert ist. Allerdings bedeutet das, die Frage zu stellen, welche Entscheidungskompetenzen hat dieses Gremium denn nun eigentlich. Wenn es, in Anführungsstrichen, nur beratenden Charakter hat und am Ende die Schulkonferenz dann doch entscheidet, dann wird es der Augenhöhenforderung nicht gerecht, wäre aber vermutlich gesetzeskompatibel. Wenn es dagegen einen festen Entscheidungsspielraum hätte, dann, und ich will Ihnen ganz ehrlich sagen, da bin ich politisch noch selber mit meiner Empfindung nicht klar, aber die ist gar nicht maßgeblich, sondern hier geht es um Schulgesetz und gesetzliche Regelung, und die scheinen dort doch sehr eindeutig zu sein und zu sagen, dann geht das nicht, einen solchen Bereich herauszunehmen aus den

Kompetenzen der Schulkonferenz und einem anderen Gremium zu übertragen.

Das wird deutlich an einer Kleinigkeit, die mich auch schon einmal sehr aufgeregt hat, die ich aber akzeptieren musste, obwohl ich da im Herzen beinahe ähnlich wie die Initiative denke, nämlich die Sache mit den Hausmeistern. Solange die Hausmeister Beschäftigte der Schulbehörde waren, waren sie in der Schulkonferenz indirekt über das pädagogische – oder wie heißt das nun noch? – nicht pädagogische Personal vertreten und wurden auch gewählt in die Schulkonferenz. Jetzt sind die Hausmeister formal immer noch da. Sie heißen immer noch Herr Meier, Frau Schmidt und sind immer noch nett und alle machen mit denen etwas, aber sie sind bei Schulbau Hamburg eingestellt, und wo das der Fall ist, sind sie nicht mehr berechtigt, in der Schulkonferenz mitzuwirken.

Ob das alles klug und sinnvoll ist, will ich gar nicht erläutern und erörtern, ich will das auch gar nicht verteidigen. Wenn da weiterhin Herr Meier eine tolle Arbeit macht, dann ist das eigentlich gemein, aber ehrlicherweise sind das Dinge, die auch Politik nicht einmal mit Handstreich regeln kann, weil wir dort sehr tief eingreifen in Dinge der schulischen Verfassung, die sich zum Teil vielleicht sogar unserer Kompetenz entziehen und die zum Teil aber auch viele neue Fragen aufwerfen, die nicht einfach zu regeln sind.

Fast kommt es mir lächerlich vor, sozusagen jetzt hier die juristischen Feinheiten aufzudröseln, weil ich in der Sache ja durchaus verstehen kann und richtig finde und wir uns auch nach Kräften bemühen, mit den GBS-Trägern eine solche Partnerschaft hinzubekommen, dass da nicht nach dem Motto „Herr und Knecht“ oder „Besteller und Erfüller“ so ein Verhältnis entsteht. Wir haben Konfliktmanagement. Wir versuchen dort vor Ort, mit Schulräten zu vermitteln und sind auch immer diejenigen, die dafür sorgen wollen, dass die sich miteinander gut vertragen und verstehen. Deswegen verstehe ich dieses Anliegen. Ich finde es nachvollziehbar, aber es ist für uns als Politiker juristisch sehr schwer zu lösen, und ob wir es alleine auf Hamburg-Ebene einmal eben lösen können, wird von unseren Juristen zurzeit unterschiedlich bewertet und noch geprüft.

So weit meine Einlassungen zunächst einmal.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Senator. Dann kommen wir jetzt in die Befragungsrunde. Ich habe jetzt einfach einmal Frau Boeddinghaus als Erstes aufgeschrieben, weil sie vorhin ja schon den Senator etwas fragen wollte. Wer hat denn noch Fragen? Frau Prien, Frau von Treuenfels. Gut.

Abg. Sabine Boeddinghaus: Ich würde aber gern einen kleinen Vorlauf machen. Das war ja sehr umfassend und Sie haben jetzt zum Schluss ein bisschen noch den Schlenker hingekriegt, doch auch anzuerkennen, dass die Initiative aus Ihrer Sicht schätzenswerte Beweggründe hat. Das ist mir bisher ein bisschen zu kurz gekommen aus Ihrer Sicht. In der Pressekonferenz kam es gar nicht durch. Da hieß es eigentlich, wir machen alles gut und es gibt eigentlich überhaupt gar keine Notwendigkeiten einer Verbesserung.

Jetzt klingt es ein bisschen durch, dass Sie durchaus anerkennen, dass es Motivationen gibt, die man respektieren kann. Ich finde aber, dass das die Grundfrage sein müsste eigentlich heute und da habe ich doch dann zu wenig von Ihnen gehört, ob Sie eigentlich meinen, dass die GBS und GTS, so wie es in Hamburg ist, qualitativ ausbaufähig ist, und zwar strukturell, oder ob Sie meinen, es gibt Probleme im Einzelfall, so wie Sie das ja immer gerne schildern in Abwägung Produktionsküche und Caterer und aufgewärmt und beides schmeckt einmal bäh und beides schmeckt einmal lecker. So, das ist eigentlich so eine Kernfrage, die mich interessiert, wie da eigentlich Ihre Einschätzung ist.

Zum Zweiten ist es ja nicht so, dass Schulbau Hamburg vom Himmel gefallen wäre und es ist auch nicht so, dass GBS vom Himmel gefallen wäre, sondern das sind beides Modelle und Konzepte, die politisch gewollt worden sind und politisch installiert worden sind. Und

jetzt können Sie sich nicht darüber beklagen, dass die Hausmeister aber plötzlich nicht mehr zum nicht-pädagogischen Personal gehören und Sie können sich auch nicht darüber beklagen in Wahrheit, dass wir jetzt ein massives juristisches Problem haben bei der Verzahnung von Vor- und Nachmittag. Ich erwarte, wenn Sie zu dem Schluss kommen, es gibt grundsätzlich Verbesserungsbedarf, und zwar im Sinne unser aller Kinder und der Beschäftigten an den Schulen, an allen Schulen mittlerweile, dann sind solche Probleme Kinkerlitzchen. Der Senat hat es geschafft, innerhalb weniger Wochen ein riesiges Olympia-Konzept aus dem Boden zu stampfen. Also, da traue ich Ihren Behörden eine Menge an Sachverstand und Intelligenz zu, um solche Probleme dann zu bewältigen. Es geht um den politischen Willen und der fehlt mir hier noch ein bisschen, und da bin ich einfach noch einmal gespannt, ob Sie da noch ein bisschen mehr zu haben.

Ganz konkret zu den 1,5 Milliarden Euro, die Sie benennen. In der Pressekonferenz haben Sie diese 1,5 Milliarden Euro bezogen auf Ihre Unterstellung, die Initiative würde die Vormittagsräume nicht nutzen wollen für den Nachmittag. Das ist ja jetzt ausgemerzt, dieses Missverständnis, sodass also auch die 1,5 Milliarden ...

(Zurufe)

Die Initiative hat heute ganz deutlich gesagt ...

(Senator Rabe: Aber damit wird der Preis nicht geringer.)

– Gut, dann müssen Sie vielleicht noch einmal etwas dazu sagen, weil, Sie haben heute Mittag in der Pressekonferenz diese Zahl auf eine Behauptung bezogen, die im Grunde nicht stimmt. Da hätte ich gerne noch einmal Aufklärung.

Produktionsküche. In dem Text kommt die Produktionsküche mit keinem Wort vor. Die Initiative ... Also, jedenfalls in dem Text, den ich hier vorliegen habe, gesundes und frisches Essen, kommt das Wort Produktionsküche nicht vor. Da steht: „Ich fordere Bürgerschaft und Senat auf, frisch vor Ort zubereitetes Essen und einen ganztägig nutzbaren Kantinenbereich an jedem Standort zu gewährleisten.“ So, wie ich die Initiative ...

(Zuruf Abg. Jens-Peter Schwieger)

– Nein, das ist keine Unbedingt-Produktionsküche, sondern das nennt man Frischeküche. Es gibt nämlich durchaus unterschiedliche Konzepte. Produktionsküchen können nämlich im Grunde auch, so wie sie nämlich jetzt installiert sind in Hamburg, eher auch zu einem großen Caterer führen, der nämlich dann den eigenen Schulstandort und mehrere andere Schulstandorte und womöglich auch noch einen Betrieb und eine sonst etwas für eine Kantine noch beliefert. Wir müssen dann schon auch bei der Ehrlichkeit und Wahrheit bleiben und man muss sich dann mit den Details eben auch einmal ein bisschen ausführlicher beschäftigen. So, und von daher meint die Initiative Frischeküchen. Sie meint es nämlich, dass es vor Ort im Zusammenspiel mit den Kindern in der Ernährungskunde ... Das haben wir ja alles ausführlich gehört, und ich finde, das ist sehr respektabel. Und so wie ich informiert bin, sind die Frischeküchen weitaus preiswerter als eine Produktionsküche.

Dann komme ich noch zu den Räumen. Ich habe Sie gefragt, ob Sie bereit wären, in die Verhandlungsrunde zu gehen, indem Sie das Musterflächenprogramm infrage stellen und indem Sie auch Ihr Ziel infrage stellen, was, soweit ich informiert bin – Sie können mich da gerne berichten –, im Schulentwicklungsplan für die allgemeinbildenden Schulen bis 2020 die Flächen für die Schulen um 10 Prozent reduziert werden sollen. Das ist ja auch eine Ansage, die auch politisch gewollt ist. Die könnte man jetzt selbst auch wieder infrage stellen und zurücknehmen, wenn man in so eine Verhandlung geht. Darauf müssten Sie auch antworten.

Dann gebe ich Ihnen gerne zu, dass Sie den Erzieher-Kind-Schlüssel durchaus verbessert haben gegenüber dem schwarz-grünen Modell GBS und GTS. Das muss man ja auch einmal würdigen, dass der rote Senat, und jetzt Rot-Grün, da draufgelegt hat. Man muss aber auch sehen, dass das wiederum teuer erkaufte wurde dadurch, dass Inklusion im Vergleich zur Kita um die Hälfte dann gekürzt wurde und eben auch die viel berühmten 3,50 Euro dann entstanden im Verhältnis zu den 4,50 Euro in der Kita. Das muss man ja alles wissen, wie die Genese war und was wofür dann letztendlich in Rechnung gestellt wurde.

Das sind jetzt viele einzelne Dinge, die ich genannt habe, aber meine Quintessenz ist eigentlich, dass ich erstens von Ihnen hören möchte, wie ist die grundsätzlich politische Einschätzung, die hinter der Motivation der Initiative steht, die immerhin von 15.000 Menschen unterschrieben wurde, und was wären Ihre Angebote, wenn es zu einer Verhandlung käme. Denn ehrlicherweise habe ich nicht ganz verstanden, außer einer kleinen Wertschätzung, ob Sie überhaupt einen Sinn sehen darin, mit der Initiative sich an einen Tisch zu setzen. Vielen Dank.

Vorsitzende: So, es war ein sehr ausführlicher Fragenkatalog. Mit Sicherheit wird Frau Boeddinghaus die eine oder andere Frage notfalls noch wiederholen. Herr Senator Rabe.

Senator Rabe: Ja, der Reihe nach. Ich hatte in der Tat heute Morgen gesagt, die Initiative wolle nicht die bestehenden Unterrichtsräume verwenden, sondern eigene haben. Das lag daran, dass die Initiative ursprünglich diese Forderung hatte, allerdings nach rechtlicher Beratung diese Forderung anders formuliert hat. Und insofern war das heute Morgen nicht ganz präzise, aber es hat keine Relevanz und bedeutet nach wie vor, dass wir das gleiche Geld ausgeben müssen. Denn auch die jetzt von der Initiative gewählte Formulierung ist hier sehr eindeutig, ich erinnere noch einmal. Und deswegen war ich auch bei der Anhörung die ganze Zeit ein bisschen verblüfft, weil ich ja schon mehrere Volksinitiativen mitgemacht habe, und da war man immer an dem Text zugange. Und ich habe heute viele Dinge gehört, die mit dem Text nicht in Übereinstimmung sind. Der Text ist es aber, über den die Hamburger entscheiden und nicht das, was die Initiative hier im Schulausschuss sagt. Und im Text steht „für jeden Standort“ – jeden, nicht irgendeinen, jeden – „lärmgeschützte Räume und Flächen für die Freizeit der Kinder zur Verfügung zu stellen, die zusätzlich zu den Räumen des Unterrichts Platz bieten für Toben, Ruhe und Spiel und die in Ausstattung und Größe den Richtlinien für den Betrieb von Kindertageseinrichtungen entsprechen.“ Eindeutiger geht es nicht. Und diese Eindeutigkeit kann man an den Richtlinien für den Betrieb von Kindertagesstätten genau nachlesen und braucht dafür nicht einmal einen großen Taschenrechner, das geht ganz schnell. Und an der Stelle muss ich sagen, es ist egal, dass die Initiative jetzt sagt, „und die Unterrichtsräume würde ich am Nachmittag gerne auch noch nutzen“. Das ist schön, aber es hat trotzdem keine Auswirkung auf das gewaltige Bauprogramm, das hiermit verbunden ist, weil nach wie vor die Forderung besteht, zusätzlich zu diesen Unterrichtsräumen etwas zu fordern, das aus unserer Sicht, wie ich es eben dargestellt habe, relativ eindeutig benannt ist.

Sie fragten, ob wir denn bereit sind, das Schulbauprogramm anzupassen. Die Frage ist für mich deshalb schwierig zu beantworten, weil ich, ohne jetzt hier einen großen Aufschlag zu machen, noch einmal daran erinnern möchte, wir haben die Investitionen für den Schulbau verdoppelt. Und die ersten zehn Jahre der 2000er-Dekade waren durchschnittlich 150 Millionen Euro verbaut worden. Unser Ziel ist 300 Millionen, wir lagen jetzt, glaube ich, bei 293 Millionen. Dabei haben wir noch nicht einmal die Berufsschulen eingerechnet. Wir machen hier enorm viel. Und es ist eine gewaltige Kraftanstrengung, das auch in dem Gesamtkonzert der Stadt durchzusetzen, denn auch andere Bereiche haben zu Recht Ansprüche, die wir nicht alle erfüllen können. Eine so gewaltige Verbesserung kann ich mir finanziell nicht vorstellen, auch deshalb nicht, weil wir gerade bei den Grundschulen wegen der Kantinen enorm viel gemacht haben. Ich hatte das heute in der Pressekonferenz gesagt. Ich glaube, 160 Kantinen haben wir gebaut in dreieinhalb Jahren. Das ist einmalig überhaupt in der Hamburger Schulgeschichte, und deswegen ist mir wirklich nicht klar, wie das in dem

Gesamtkonzert der Behörden, aber auch unter Gesichtspunkt Schuldenbremse und Etat von wem woher eigentlich noch finanziert werden soll. Zumindest diese Forderung in dieser Größenordnung halte ich nicht für finanzierbar. Die 1,5 Milliarden Euro sind offensichtlich ja noch etwas zu knapp gerechnet, weil wir eher noch auch für die weiterführenden Schulen hier nicht ganz alle berücksichtigt haben.

Sie fragten nach den Kosten der Produktionsküchen. Ja, Sie haben zwar recht, aber dann doch wieder nicht ganz. In dem Text steht drin – wenn ich das hier einmal zitieren darf –, Bürgerschaft und Senat werden aufgefordert, ich zitiere, „frisch vor Ort zubereitetes Essen und einen ganztägig nutzbaren Kantinenbereich an jedem Standort zu gewährleisten, der die Versorgung der Kinder übernimmt.“ Nun ist es so, da steht nicht Produktionsküche, aber frisch zubereitetes Essen braucht eine bestimmte Küche. Und auch hier sind wir ja nicht Herr der Lage und können sagen, na, frisch zubereiten kann man auch, indem ich jetzt einen Kühlschrank und einen Messer und einen Schneidetisch noch in eine normale Aufwärmküche stelle, sondern hier gibt es beinharte Vorschriften, die für ganz Deutschland gelten und auch nicht in der Ermessenslage sind vom Bezirksamt Bergedorf. Und die sind sehr klar. Wir haben in der Vergangenheit es geschafft, dass wir hier mit den Genehmigungsbehörden in der Tat eine Mischform ermöglicht haben, die noch keine Produktionsküche ist, aber auch über das hinausgeht, was die normale Regenerierküche – manchmal auch böse als Aufwärmküche bezeichnet – in der Ausstattung hat. Da haben wir jetzt Mischformen etabliert.

Aber, Frau Boeddinghaus, jetzt einmal im Ernst. Wenn die Hamburger darüber abstimmen und das am Ende eine Mehrheit hat, glauben Sie, dass ich hinter diesem Text dann sagen könnte, ja, aber ihr meint ja keine Produktionsküchen, ihr meint ja nur die Mischküchen? Oder würde dann die Initiative nach einem eventuellen Sieg eines solchen Volksbegehrens nicht sehr eindeutig sagen können – und das ist rechtlich hiermit sehr klar vermacht –, frisch vor Ort zubereitet ist Produktionsküche? Das, was wir als Mischform anbieten, reicht gerade, um den Salat noch zusätzlich zuzubereiten, aber nicht, um beispielsweise Fleisch, Kartoffeln oder Fisch oder Gemüse und Entsprechendes richtig zu kochen. Und insofern glauben wir schon, dass hiermit die Produktionsküche vermacht ist und nicht eine Zwischenform. Vielleicht lässt sich in Gesprächen mit der Initiative das noch konkretisieren. Aber wir müssen ja auch damit kalkulieren, dass dieser Text, wenn die Hamburger alle darüber abstimmen, vielleicht einmal eine Mehrheit bekommt. Und dann kann der Staat nicht sagen, na, das habt ihr doch wohl nicht ganz so schlimm gemeint, sondern dann muss man sagen, was steht da drin, das ist ein Gesetz geworden und nicht eine Verhandlungsmasse.

Ich will auch noch einmal auf die Frage eingehen, als Sie sagten, ist das strukturell alles gut ausgestattet. Diese Frage ist für einen Schulsenator immer schwierig zu beantworten, weil man sich überall Verbesserungen vorstellen kann. Ich will Ihnen aber auch an der Stelle deutlich sagen, wir haben zwei Systeme etabliert, GBS und GTS. Und GBS hat einige strukturelle Schwächen, aber wir wollten es in der Tat, ich wollte es auch selber. Weil wir nur mit GBS überhaupt es möglich machen konnten, die viele gute Expertise, die es in den Horten gab, auch weiterhin am Kind zu behalten, statt das ganze System 'mal eben abzuschaffen, alle vor die Tür zu setzen und dann ein paar Neue einzustellen und alles neu zu machen. Das ist nicht nur unmenschlich gegenüber den Beschäftigten, sondern das würde zu einem Verlust von sehr viel pädagogischem Wissen führen. Und wir wollten uns diese Ressourcen erschließen und haben damit in Kauf genommen einige strukturelle Mühsamkeiten, die damit vermacht sind. Das ist in der Tat so und eine dieser Mühsamkeiten ist in der Tat unsere arbeitsrechtliche Problematik. Wenn ich beides miteinander vergleiche, dann wünsche ich mir bei GBS, dass wir diese verdammte Zwangslage mit der Beschäftigtengeschichte überwinden können. Da bin ich ganz bei der Initiative. Ich war nicht nur beim Snack etwas freundlicher, auch bei diesem Bereich, auch bei der Augenhöhe, sodass man jetzt nicht sagen kann, dass ich das alles schlecht finde. Aber uns fehlt im Moment dort der entscheidende Hebel.

Wenn es um die Ausstattung geht, nach der Sie gefragt haben, Frau Boeddinghaus, möchte ich aber sagen, GTS ist nach meiner Auffassung schlechter ausgestattet. Und wenn wir jetzt noch einmal Geld hätten, dann würde ich mir Mühe geben, hier etwas zu machen und weniger bei GBS. Ich will als Beispiel sagen, wenn eine Schule vor der Wahl steht, mache ich dieses oder mache ich jenes, dann ist der Schulleiter, wenn man GTS macht, angeschmiert. Denn im Großen und Ganzen sagen wir dem, du hast A 13 Z, A 14, jetzt bist du eben doppelt solange in der Schule, viel Spaß, es bleibt dabei. Und wir machen fast nichts. Während wir bei GBS Kooperationspauschalen haben und im Großen und Ganzen auch vielen in der Schule sagen können, um 13 Uhr bleibt es dabei, es ist Schluss für euch, dann kommt der Träger dran. Und insofern muten wir hier GTS-Schulen einiges zu. Und ich sag 'mal, auch wenn ich jetzt fürchten muss, dass alle von Ihnen in der Opposition sofort den Antrag schreiben und uns damit über Stock und Stein jagen, wenn wir uns wirklich mit dieser Frage ernsthaft beschäftigen und wenn wir einmal in den Haushaltsberatungen Toleranzen haben, dann würde ich hier Verbesserungspotenzial sehen. Wenn es um die strukturellen Fragen geht, dann würde ich mir wünschen, dass wir weiterkommen bei der arbeitsrechtlichen Frage, bei den Kooperationsfragen bei GBS, GTS. Aber hier sehe ich nicht vordringlich die Frage der Ausstattung im Mittelpunkt, sondern die Frage der Zusammenfassungsstrukturen. Das sind die beiden Handlungsbereiche, wo ich Ihnen auch einmal offen und ehrlich sagen würde, wenn ich Geld und weitere Möglichkeiten hätte, wo ich ansetzen würde.

Abg. Sabine Boeddinghaus: Ja, vielen Dank, Herr Senator Rabe. Fand ich jetzt echt in Ordnung, wie Sie geantwortet haben. Ich habe aber eine ganz kleine Nachfrage noch. Treten Sie jetzt in ernsthafte Verhandlungen oder nicht?

Senator Rabe: Die Ausführungen eben haben ja zumindest deutlich gemacht, dass hier zwischen dem Text und dem, was dargestellt wurde, Fragen sind, die man klären muss. Und ich finde, da werden sicherlich Gespräche geführt werden, wir haben bisher mit jeder Initiative gesprochen. Ob die zu einem Erfolg werden und wie sich das gestaltet, das weiß ich nicht und das bleibt jeder Initiative vorbehalten. Und ich würde auch dieser Initiative raten, den Weg zu beschreiten, den sie sich dabei gedacht haben. Da möchten wir nicht mit irgendwelchen Verhandlungen auf Zeit spielen oder Ähnliches. Aber ich sage noch einmal ganz offen, wir hatten G8/G9, wir hatten „Wir wollen lernen“ und was ich da nicht noch alles schon so miterlebt habe. Die Unterschiede in der Darstellung und im Text waren jedoch sehr auffällig und lohnend, glaube ich, auch auf Senatsseite das noch einmal genauer mit der Initiative zu diskutieren.

Vorsitzende: Frau Prien hat sich als Nächstes gemeldet.

Abg. Karin Prien: Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ja, das wäre auch mein dringender Appell an Sie, Herr Senator. Denn es ist doch sehr deutlich geworden, dass die Initiative Ihnen im Grunde heute ein sehr großzügiges Gesprächsangebot unterbreitet hat. Und deshalb finde ich es auch nicht ganz fair, jetzt auf den Text abzustellen, der am Ende zur Abstimmung stehen würde. Denn wir wissen alle miteinander, zum einen, dass es hier ja nicht um ein Gesetz geht, wie Sie immer wieder behaupten. Es geht hier nicht um ein Gesetz, es geht hier um eine andere Vorlage. Und es geht auch in der Abstimmung ja nicht zwingend um diesen Text, sondern da sind ja durchaus Korrekturen noch möglich. Und ich gehe nämlich schon davon aus, dass die Initiative auch viele Anregungen aus den heutigen Beratungen mitnehmen wird, um an der einen oder anderen Stelle noch entsprechend nachzuschärfen. Im Moment sind wir aber nicht in der Phase, wo darüber abzustimmen ist, sondern wir sind jetzt in der politischen Phase, wo Gespräche zu führen sind. Und da würde ich mir sehr wünschen und hätte mir jetzt auch bei Ihren Ausführungen noch ein bisschen mehr gewünscht, dass Sie die Bereiche ansprechen, in denen man sprechen kann. Sie haben es ein bisschen getan, da komme ich jetzt gleich noch einmal drauf.

Und es gibt Bereiche und Fragen, die von der Initiative aufgeworfen werden. Die kosten eine Menge Geld, sehr viel Geld möglicherweise, wobei, ob Ihre Interpretation zu den Räumen so zutreffend ist, das will ich auch noch einmal infrage stellen wollen. Aber zumindest bei den Küchen, ja, das könnte sehr viel Geld kosten. Aber es gibt andere Fragen, die sind gar nicht so teuer, über die man reden kann, wenn man das denn will. Und deshalb, denke ich, würde es sich sehr lohnen, jetzt in detaillierte Gespräche über die einzelnen Bereiche zu gehen, um zu sehen, ob man zu einer politischen Lösung hier kommen kann. Wir sind dazu bereit, ich glaube, die LINKEN sind es auch, die FDP ist es auch, darüber zu sprechen. Und wir sollten die Zeit, die jetzt bleibt, sollten wir versuchen, gut zu nutzen.

Sie haben aus meiner Sicht völlig zu Recht die Strukturfragen angesprochen, an denen Handlungsbedarf besteht, und Sie haben auch ausgeführt, dass das arbeitsrechtliche Problem schwierig zu lösen ist. Sie haben aber heute Morgen auch in der Pressekonferenz schon gesagt, dass Sie sich dort beraten lassen und an Lösungsansätzen arbeiten. Da würde mich jetzt noch einmal interessieren, in welche Richtung diese Lösungsansätze gehen, ob Sie dazu schon etwas sagen können. Und die gleiche Frage auch noch einmal zu der Frage Mitbestimmung der Träger in einem Gremium oder in der Schulkonferenz. Gibt es da auch Lösungsansätze, die Sie uns darstellen können oder sagen Sie einfach nur, das ist juristisch schwierig und deshalb können wir das ... irgendwie brauchen wir das gar nicht weiterdenken? Für diese beiden strukturellen Fragen würde mich das noch interessieren.

Vorsitzende: Herr Senator.

Senator Rabe: Ja, es ist richtig, dass wir in der Tat Lösungen suchen, insbesondere, was die Verzahnung von Vor- und Nachmittag angeht. Wir haben uns ... Wir hatten mit den Trägern schon seit längerer Zeit darüber ein Gespräch und das mehrfach versprochen, dass wir das machen wollen, sind auf Behördenebene hier nicht weitergekommen, das will ich offen sagen. Denn es geht um sehr komplizierte arbeitsrechtliche Fragen, die sicherlich auch juristische Abteilungen in diesem Spezialwissen an Grenzen führen. Und deswegen haben wir jetzt eine sehr renommierte Hamburger Anwaltskanzlei, die sich eben gerade mit Arbeitsrecht führend auskennt – und die nichts zu tun hat übrigens mit der Profession unseres Bürgermeisters, nur, damit wir gleich keine Sorgen haben –, beauftragt, uns Lösungsvorschläge hierfür zu erarbeiten. Ich habe dazu noch keine Ergebnisse auf dem Tisch, außer, dass ich den Eindruck hatte, in den Vorgesprächen waren die auch eher besorgt, als voller Freude auf Lösungen. Aber im Kern ist das im Moment der Weg, den wir hier gewählt haben.

Bei den Schulkonferenzen bleibt die Sache in der Schulkonferenz nach wie vor schwierig. Deswegen ist eher die Frage, ob es nicht gelingen kann, in dem täglich vernünftigen Miteinander Dinge so zu regeln und zu organisieren, dass wir diese Schwierigkeit auf diese Art und Weise umgehen können. Ich will ein Beispiel dafür nennen. Formal – ich glaube, es ist in einem Nebensatz gefallen eben in den Beratungen – bräuchten wir oder wäre es forderbar, dass an jeder Schule zwei Elterngremien existieren. Das schulische Elterngremium und das Ganztagselterngremium des Nachmittags, zumindest bei den GBS-Schulen wäre das nötig. Nicht nötig, es wäre forderbar. Aber ob es wirklich klug ist, wenn die meisten in Personalunion ihre Kinder sowieso auch am Nachmittag haben und wohin es führt, wenn zwei Gremien dort sind ... Ich komme aus einer Partei, wir alle kommen aus Parteien und wissen, wenn wir mehrere Gremien einrichten, haben die in der Regel immer unterschiedliche Meinungen. Wir haben unheimlich viel miteinander zu tun, dass sie sich vertragen und abstimmen, obwohl es häufig dieselben Menschen sind, aber einmal geht das eine in die eine Richtung und das andere in die andere Richtung. Und deswegen hatten wir hier versucht, einfach durch tägliches Tun, dazu beizutragen, dass insbesondere Eltern, die Ihre Kinder im Ganztage haben, von vornherein in der Schulkonferenz oder im Schulelternbeirat vertreten sind und wir ein Stück weit um diese Vielfalt der Gremien herumkommen.

Das Gleiche gilt übrigens für die Abstimmungsprozesse. Die Augenhöhefrage war am Anfang relevant, weil wir in der Tat auch gefürchtet haben, dass wir hier ein schwieriges Miteinander bekommen zwischen Schule und Träger. Wir stellen fest, dass das in vielen Schulen sehr partnerschaftlich funktioniert, obwohl es formal in keiner Schule partnerschaftlich ist. Denn formal kann die Schulkonferenz jederzeit den Träger kündigen. Aber dennoch erleben wir viele, viele Beispiele ... Wie heißt die da? von Berg? Jetzt nicht Frau von Berg, sondern Frau Berg in Lurup (...)

(Zuruf: Frau Berg. Langbargheide.)

– und Frau ..., mit dem holländischen Nachnamen?

(Zuruf: Kloiber.)

– So war das. Richtig. Kennen Sie alle.

Formal können die sich gegenseitig beharken und kündigen. Wer da hinkommt, weiß nicht, ob er jetzt gerade mit der Schulleiterin oder mit der GBS-Leiterin spricht, weil die wie ein Herz und eine Seele diese Schule regieren. Und deswegen ist es schon eine Frage, wie die das ausgestalten, ob Schulbehörde nicht an der Stelle beratend helfen kann, auch Konflikte zu verringern, mit Supervision und ähnlichen Dingen zu arbeiten, um hier ein Miteinander zu erzeugen. Wir glauben, dass bei vielen, vielen GBS-Schulen das so funktioniert, obwohl es formalrechtlich eine Ungleichheit gibt, die sich aber nicht im konkreten Leben abbildet. Und wir sehen dort eher den Ansatzpunkt, um voranzukommen, als dass wir tatsächlich den sehr dornigen Weg gehen, der nicht nur mit Schulgesetzänderungen zusammenhängt, das könnten wir ja in der Tat machen, sondern der aus unserer Sicht auch weitergehende Fragen aufruft rund um die Bedeutung der Schulkonferenz, die vermutlich nicht nur in Hamburg geregelt werden können. Und bevor wir dieses große Schwert dort ziehen, wäre eher die Frage, ob man nicht im vernünftigen Miteinander vieles einfach besser machen kann. Und das ist bisher der Weg, den wir finden, in vielen Schulen mit Erfolg gegangen zu sein.

Vorsitzende: Keine Nachfragen. Frau von Treuenfels.

Abg. Anna von Treuenfels-Frowein: Vielen Dank. Ich habe eigentlich keine ... Doch, ich habe eine Frage, und zwar auch die, die Frau Boeddinghaus schon gestellt hat, die wollte ich noch einmal nachhaken. Und zwar kam mir das vorhin so vor, Ihren Ausführungen zufolge, dass Sie erst einmal das Ganze finanziell so hochgerechnet haben und dann gesagt haben, darüber müssen die Bürger abstimmen, nach dem Motto, das können wir uns gar nicht leisten, das geht ja gar nicht. Ich finde auch, dass wir in dieser Phase noch überhaupt nicht sind, dass wir uns ..., also dieses Damoklesschwert über uns hängt, dass wir so sagen, dann werden wir ja völlig eingeengt. Sondern wir sind eigentlich doch jetzt in der Phase, in der wir die zugegebenerweise – das fand ich ja auch schon vorhin in den Ausführungen der Initiative – vielleicht nicht ganz richtig präzisierten Forderungen einmal daraufhin abzuchecken, was ist machbar und was ist nicht machbar. Sie wissen, glaube ich, von uns allen, also hier aus der Opposition, dass wir ja auch nicht müde werden, zu kritisieren, dass der Ganzttag, so wie er jetzt ist, nicht funktioniert. Und Sie selber haben ja auch oft genug gesagt, jetzt haben Sie die Quantität erreicht, jetzt wollen Sie nicht nur in die Fläche, sondern auch eine Qualitätsoffensive anfangen. Da will ich hoffen, dass man Sie da auch beim Wort nehmen kann und nicht nur, wenn wir 'mal Geld haben, dann tun wir etwas in den Ganzttag rein und am besten nur in die GTS, weil GBS hat ja genug.

Ich glaube, wir wissen alle um die Probleme des Ganztages und Sie ja auch. Ich möchte das nicht nur befürworten, sondern auch eigentlich geradezu darum bitten, dass wir hier als Fraktionen untereinander und vielleicht Sie sehr schnell auf die Initiative zugehen und sich nicht immer nur darüber unterhalten, wer klebt jetzt am Text und wer nicht. Sondern dass wir die Forderungen, die ja hier alle schon angeklingen sind, die ich der Zeit halber jetzt nicht

noch einmal alle wiederholen möchte, die wir, glaube ich, alle für wichtig halten, mit denen einfach einmal durchsprechen. Und dass man dann möglicherweise mit einer Initiative ja einmal eine politische Lösung finden kann und nicht überlegt, ja, wir kennen ja so viele Initiativen, die fordern alle dies und jenes, sodass der Weg dann schon so abgesprochen ist – sollen sie doch ihren Volksentscheid machen. Denn das Bibbern nachher, wenn der Volksentscheid wirklich weitergeht, das haben wir beim letzten Mal ja auch erlebt, dann kriegen die plötzlich viele Stimmen und dann dreht sich hier der Wind ja auch. Jetzt haben wir noch die Möglichkeit, das vielleicht abzuwenden, und zwar im positiven Sinne, und darauf möchte ich doch sehr hinwirken. Vielen Dank.

Vorsitzende: Herr Senator.

Senator Rabe: Ja, in Bezug auf die Qualität hatte mich natürlich das Eingangsreferat der Initiative schon ein bisschen mitgenommen, weil wir natürlich bei, ich glaube, was hatten wir, 47.000, 48.000 Kinder im Ganztags, uns tagelang Geschichten erzählen können, wo was wann klemmt. Wir können uns auch tagelang Geschichten erzählen, wo das hervorragend läuft. Und ehrlicherweise wird das immer dann schwierig, wenn man das mit einzelnen Erlebnissen festmacht. Wir haben deshalb schon vor zwei Jahren gesagt, okay, jetzt gucken wir da genau nach, wir bilden mit den Trägern zusammen, aber auch mit Experten der Schulbehörde, mit den Schulaufsichten und anderen ein Gremium. Das muss jede Ganztagsgrundschule besuchen, es muss sich dort drei Stunden aufhalten, es muss mit den Elternvertretern sprechen, es muss mit der Schulleiterrunde sprechen, es soll sogar das Mittagessen einmal kosten und vieles mehr. Und schon beim letzten Mal hatten wir Ihnen dargestellt, diese Erlebnisse dort waren dann doch in der Summe wesentlich positiver, als sich das an einzelnen Geschichten immer wieder anders darstellt. Dass wir dabei auch Probleme gesehen haben, ist klar geworden. Ich hatte beim letzten Mal darauf aufmerksam gemacht, in den Kantinen war es zu laut. Das hatte mehrere Gründe, die starke Nutzung einerseits, aber auch bauliche Fehler, weil man schlicht vor lauter Hamburg Stahl, Glas und sonst etwas überall wunderbar hallende Wände hatte. Und wir haben nachträglich eine ganze Menge mit Vorhängen und Ähnliches, um die Schallemissionen zu vermindern, gemacht. Und so sehen wir da auch Handlungspunkte.

Aber ich will auch deutlich machen, es lohnt schon, sich das in den Schulen überall genau anzugucken. Ich kann nicht bestätigen, dass das eine schwierige Lage ist. Dass wir das besser machen wollen, gehört zum Auftrag für die Politik, das gilt überall. Aber, ich habe das, glaube ich, einmal zum Besten gegeben, ich bin verheiratet mit einer Schulleiterin aus Schleswig-Holstein. Da kann ich nur sagen, Ganztags geht auch noch wesentlich anders, und zwar wesentlich preiswerter und wesentlich anders, als wir das schon hier gewohnt sind. Deswegen haben wir schon ein sehr hohes Qualitätsniveau erreicht. Damit wollen wir nicht zufrieden sein und deswegen sind diese Begehungen fortgesetzt worden. Wir haben jetzt die zweite Runde beendet. Wir gucken uns das jetzt mit den Trägern gemeinsam an, was wir erlebt haben und wollen darüber sprechen. Aber an der Stelle will ich auch deutlich machen, wenn man Qualität verbessern will, heißt das nicht, dass das, was da ist, schlecht ist, sondern das heißt, dass Politik immer den Auftrag hat, etwas besser zu machen. Aber wir dürfen schon sagen, dass das, was da ist, aus unserer Sicht schon gut funktioniert.

Und die hohen Teilnehmerquoten, da kann man schon darauf hinweisen. Wir wissen, wie viele Eltern berufstätig sind, es sind wesentlich weniger, als Schüler am Ganztags teilnehmen. Und deswegen scheint es wohl auch so zu sein, dass das Angebot an sich viele überzeugt, auch wenn sie nicht zwingend aufgrund der Betreuungsprobleme am Ganztags teilnehmen müssen.

Vorsitzende: Gibt es noch weitere Fragen an den Senator? Gut. Das ist nicht der Fall, sehe ich jedenfalls nicht. Dann möchte ich gerne die Empfehlung aussprechen des Ausschusses, dass wir die Kenntnisnahme aussprechen zur Drucksache 21/2099. Und wie auch eingangs schon gesagt ...

Frau Boeddinghaus nun doch noch?

Abg. Sabine Boeddinghaus: Ja, aber nicht an den Senat, sondern ich möchte noch einmal daran erinnern, dass ... ich weiß nicht, ob ich das jetzt hier formal beantrage oder ob man das auch im Einvernehmen macht, dass wir eben noch einmal eine Beratung auch im Familienausschuss machen. Weil, es ist kein unerheblicher Teil beteiligt an diesem ganzen Prozess, der eben auch in das Ressort der BASFI fällt. Und da habe ich noch Ihre Meinung nicht zu gehört, ob Sie sich das vorstellen können. Ich fände es wirklich fachlich sehr geboten, dazu noch einmal eine gemeinsame Beratung zu machen.

Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg: Dann habe ich noch einmal eine Frage an den Senator. Es ist doch so, der gesamte GBS-Bereich liegt doch in der BSB. Ist das richtig?

Senator Rabe: Die Organisation und Finanzierung von GBS liegt komplett in der BSB. Wir beschäftigen allerdings bei GBS Träger, die dann wiederum bei der Aufsicht führenden Behörde zum Teil der BASFI in einigen Bereichen zugeordnet sind. Allerdings hat das Parlament entschieden, wo es sich damit befassen will. Und ich will jetzt das nicht abschätzen, aber zu den weitgehend meisten Bestandteilen ist ausschließlich die BSB zuständig.

Vorsitzende: Frau Boeddinghaus.

Abg. Sabine Boeddinghaus: Aus meiner Sicht geht es aber nicht nur rein darum, wer jetzt wen beschäftigt oder wer der Dienstherr ist, sondern aus meiner Sicht geht es darum, dass, wenn wir wirklich eine gute Verzahnung erreichen wollen und eine Kooperation, dann hat die Jugendhilfe einen ganz, ganz deutlichen Part zu spielen in der Schule oder soll ihn ja auch spielen. Und wir haben ja auch festgestellt, dass diese gleiche Augenhöhe in vielen Fällen noch nicht erreicht ist, weil die Schule so ist, wie die Schule ist und da einfach noch einen unglaublichen Lernzuwachsbedarf hat. Und die Jugendhilfe ja auch im Grunde mit ganz anderen Zielen und mit ganz anderen Inhalten für Kinder und Jugendliche in die Schulen kommen und dass da, glaube ich, der Prozess ja erst gerade beginnt, wie überhaupt diese Zusammenarbeit gut funktionieren kann im Sinne der Kinder. Und von daher finde ich wirklich diese fachliche Beratung, unabhängig von Angestelltenverhältnissen, sehr, sehr wichtig auch im Familienausschuss.

Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg: Dann möchte ich kurz meine Frage, ich als GRÜNE Abgeordnete, kurz begründen. Es geht ja darum, würde aus so einer Beratung zusätzlicher Nährwert noch erfolgen. Das ist das eine. Das sehe ich jetzt nicht so. Zweitens muss ich einfach einmal ganz deutlich sagen, wir haben hier ein Volksgesetzgebungsverfahren, da gibt es bestimmte Fristen. Die Initiative muss sich auch vorbereiten, die Initiative muss Entscheidungen treffen. Wir haben diese Viermonatsfrist. Die haben wir jetzt mit der Überweisung der Beratung hier in den Ausschuss, mit der Gelegenheit für die Initiative, sich zu äußern und auch zu erklären, haben wir dem Genüge getan, werden es auch noch ganz zeitnah an die Bürgerschaft überweisen beziehungsweise wird in der Bürgerschaft auf die Tagesordnung genommen. Und damit hat die Initiative auch einfach Planungssicherheit und kann auch weiter planen. Und deswegen muss ich einfach 'mal sowohl als Abgeordnete als auch als Ausschussvorsitzende sagen, genau solche Überlegungen hätte man natürlich im Vorfeld anstellen müssen, ob es Sinn macht, die BASFI mit dazu, zu diesem Ausschuss zu laden.

Nun sind wir hier im Schulausschuss, wir beraten das im Schulausschuss. Es ist auch in den Schulausschuss überwiesen worden, und zwar auch nur in den Schulausschuss. Ich als Ausschussvorsitzende sage oder empfehle, diesem Antrag ... Ich werde diesem Antrag nicht zustimmen auf zusätzliche Beratung, weil ich das gerne heute abschließen möchte und

werde deswegen ... Ich weiß nicht genau, wie das Verfahren ist, Frau Kuhlmann ... So geschäftsordnungssicher bin ich bei solchen Anträgen dann nicht, aber ...

(Zuruf Frau Kuhlmann)

– Genau, es muss ja im Einvernehmen hergestellt werden. Dieses Einvernehmen wird nicht hergestellt werden können, so sehe ich das. Genau.

Gut. Da hätte man ein bisschen früher dran denken müssen eventuell.

Also wiederhole ich meine Aussage, wir werden jetzt die Beratung abschließen und die Ausschussempfehlung lautet: Kenntnisnahme der Drucksache 21/2099.

Zu TOP 2

Keine Niederschrift, siehe Stellungnahme an den federführenden Haushaltsausschuss.

Zu TOP 3

Auf Antrag der SPD-Abgeordneten beschloss der Ausschuss einstimmig bei Abwesenheit des AfD-Abgeordneten, sich im Rahmen einer Selbstbefassung gemäß Paragraf 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft mit dem Thema „*Beschulung von Flüchtlingskindern in Hamburg*“ in der Ausschusssitzung am 4. Februar 2016 zu befassen.

Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE) (Vorsitz)	Karin Prien (CDU) (Schriftführung)	Claudia Kuhlmann (Sachbearbeitung)
---	---------------------------------------	---------------------------------------

Wir wollen einen Guten **Ganzt**ag!



Foto by www.schaeferfoto.com



Guter Ganzttag
für Hamburgs Kinder

Die Lebenssituation von Kindern in Deutschland

„Offenbar fehlt es vielen Kindern in Deutschland an einem positiven Selbstwertgefühl.

Es ist die Aufgabe der Erwachsenen,
Kindern die Möglichkeit zu eröffnen,
den Glauben an sich selbst zu entfalten (...)

Mädchen und Jungen brauchen Freiräume,
um sich im Spiel mit anderen Kindern eigenständig zu entwickeln.

Dazu sollten wir ihnen in und außerhalb der Schule genügend Platz lassen.
Dies sollte künftig bei allen politischen Anstrengungen für Kinder bedacht werden.“

Unicef-Studie 2013



Einführung Ganzttag

ERGEBNISLOS

Flash Mob

Pädagogischer

Wahrnehmung

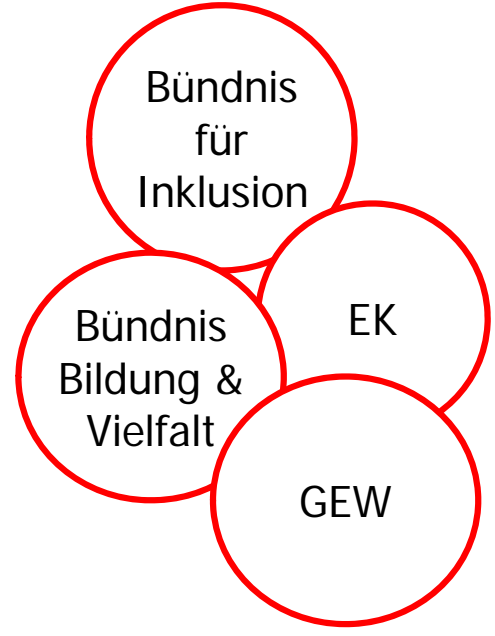
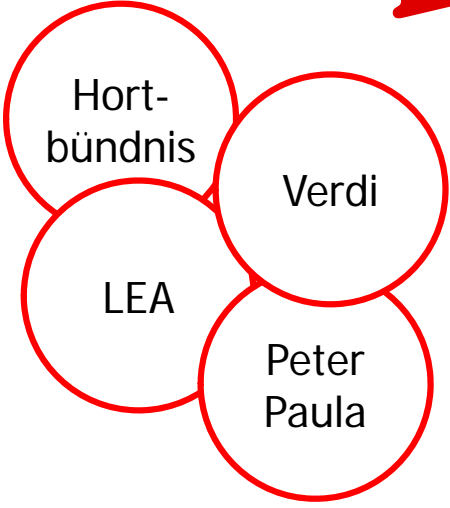
Online-Petition

Parlamentsdebatten

Gespräche mit Politikern

Runde Tische

Öffentliche Anhörungen



► Guter Ganzttag

Menschen dahinter



Michael Kahnt



Christina Dwenger



Jörg Gröndahl



Jörg Kleine



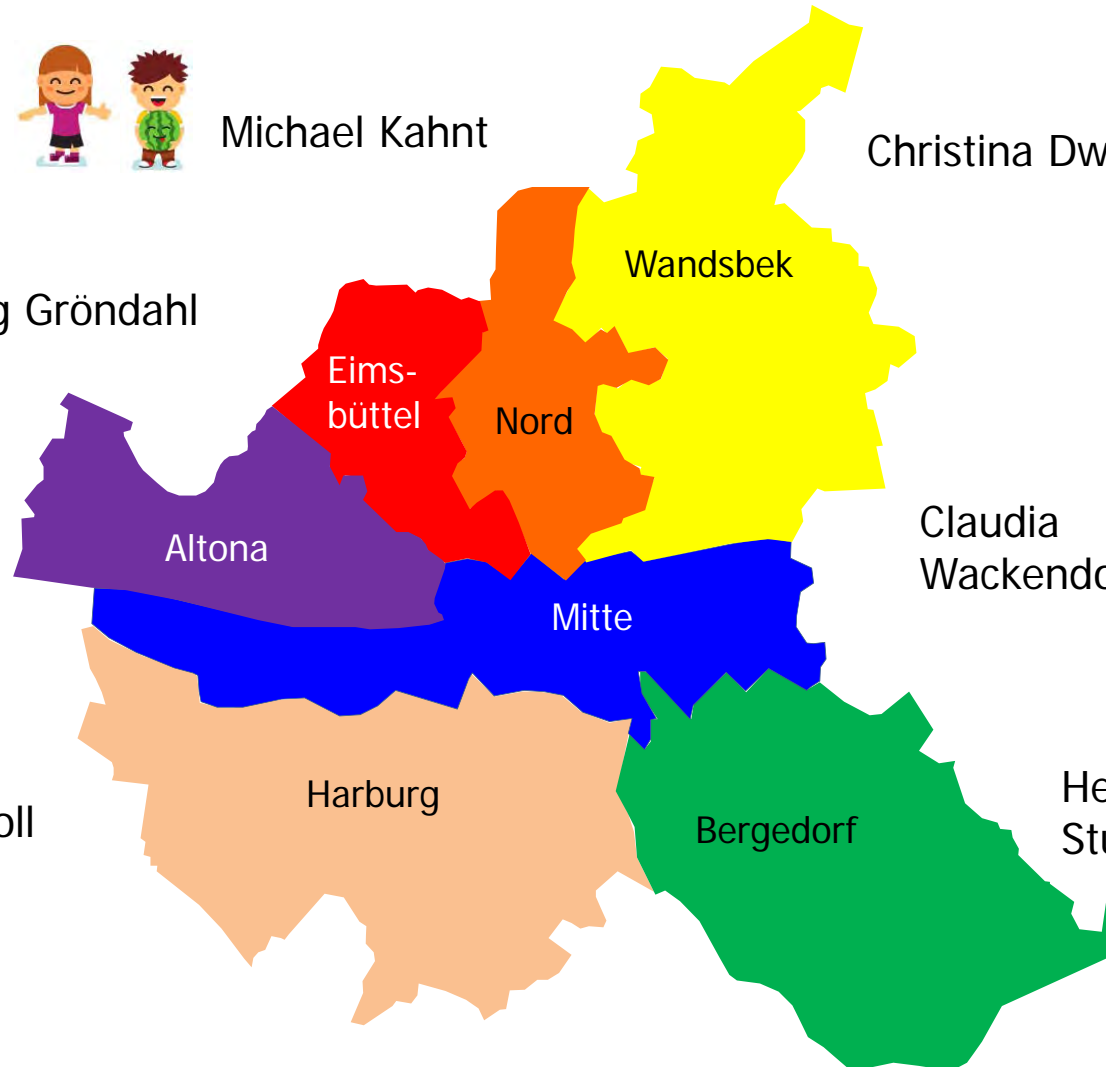
Claudia
Wackendorff



Gerd Kotoll



Helmuth
Sturmhoebel



Kindheit

Frei-Raum Frei-Zeit



► Guter Ganzttag



Forderungen

Guter Ganzttag

Räume



Betreuung



Mittagessen



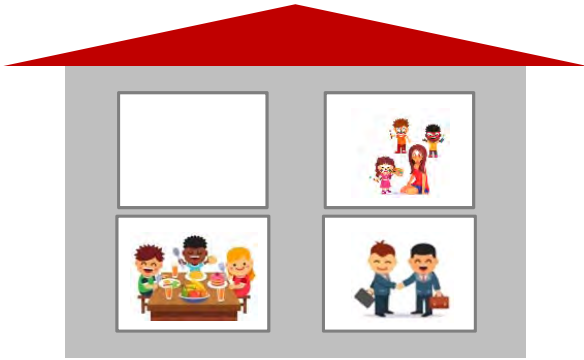
Kooperation



► Guter Ganzttag



Räume – Schule als Lebensort



Ich möchte
etwas
ausprobieren!

Endlich
kann ich
spielen!

Ich will
jetzt toben!

Ich bin
müde!



Betreuung – Grundlage für Chancengleichheit



Ich bin
traurig!

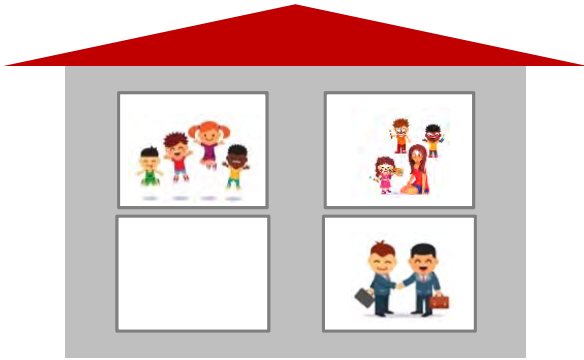
Ich verstehe
das nicht!

Schau mal
mein Bild!

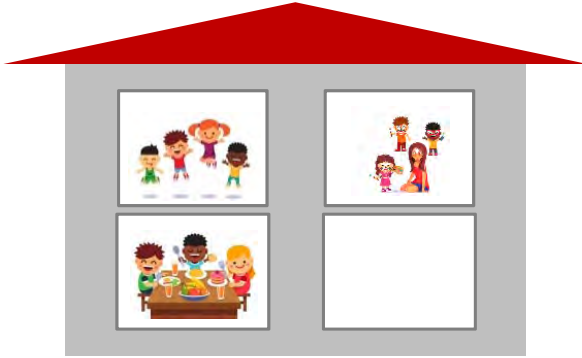
Ich brauche mehr
Zeit für alle!



Mittagessen – das soziale Herz des Ganztags



Kooperation – den Ganzttag gemeinsam gestalten



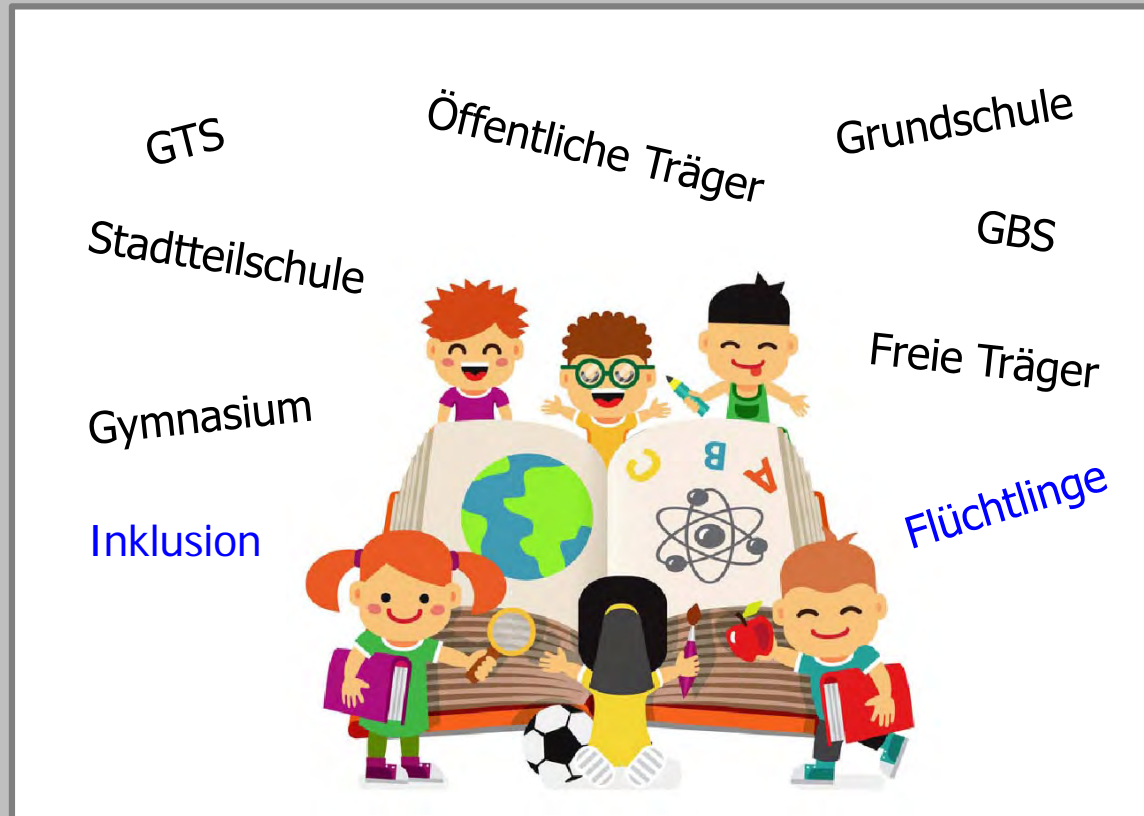
Die Schulkonferenz ...
fördert die
Zusammenarbeit...

Aber bitte mit allen
Beteiligten auf
Augenhöhe.



Politische Verantwortung

Ganzttag



► Guter Ganzttag

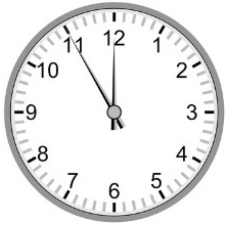


Entscheidung

Erfolgreiche Verhandlungen

Es liegt an Ihnen !

Volksbegehren



► Guter Ganzttag



Kontakt



www.guter-ganztag.de

www.facebook.com/guterganztag

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

